Nr. 264. 19. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 11. November 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Geständnis des Staatsstreichs.

Die Blätter der reaktionären Umsturzparteien verschwenden in diesen Tagen überreich aus ihrem Entrüstungsvorrat. Durch die wütige Entrüstung gegen die Socialdemokratie, die den Zolltarif hindert, soll der freche Plan des Bruches der Geschäftsordnung gedeckt werden. Es ist gegenüber diesen zahllosen Schimpfartikeln unnötig, immer von neuem das moralische und politische Recht der Opposition im Kampfe gegen den Wuchertarif zu erörtern; die Wucherparteien, die gierig nach ihrer Beute drängen, sind für Gründe des Rechts doch unzugänglich und andrerseits stehen die arbeitenden Klassen im Lande, denen das Brot und alle Lebensbedürfnisse schmählich verteuert werden sollen, vertrauensvoll und begeistert hinter der kämpfenden Socialdemokratie.

Gerade das jetzige Vorgehen der Mehrheitsparteien gegen die Geschäftsordnung des Reichstages beweist ja in denkbar schärfster Deutlichkeit, daß diese Parteien, unbekümmert um Recht und Ordnung, vor der offenbarsten Vergewaltigung der Minderheit sich nicht scheuen.

Wir haben sogleich, als der Antrag Aichbichler bekannt wurde, darauf verwiesen, daß es nach der Geschäftsordnung des Reichstages unmöglich sei, diesen Antrag vor Erledigung der übrigen dem Reichstage bereits vorliegenden Anträge zur Beratung zu bringen.

Die meisten Zeitungen der Wucherparteien stellen sich, als hörten sie diesen fundamentalen Einwand gegen ihren Versuch, die Geschäftsordnung mittels Bruches der Geschäftsordnung zu stören, nicht; sie schweigen und bekunden durch das Schweigen der Verlegenheit ihr Unrecht. Nur wenige Blätter befassen sich mit jenem Einwand und suchen ihn aus dem Wege zu räumen; wie sie dies versuchen, ist wiederum sehr kennzeichnend für die Skrupellosigkeit der Zöllner.

Die „Deutsche Tageszeitung" zunächst erklärt:

„Die Presse der Linken tröstet sich nun damit, daß der Antrag erst in geraumer Zeit verhandelt werden könne, da eine große Anzahl früher eingegangener Anträge nach der Geschäftsordnung vorher zur Beratung gestellt werden müßten. Man übersieht dabei, daß der Reichstag das unzweifelhafte Recht hat, Anträge, deren Verhandlung dringend erscheint, außerhalb der Reihenfolge zu beraten. Das ist auch schon oft genug geschehen, so daß dieser Einwand gegenstandslos erscheint."

Irgend welchen Beweis für ihre Behauptungen bringt die „Deutsche Tageszeitung" nicht. Es ist auch unmöglich, Beweise zu erbringen, weder dafür, daß eine Aenderung in der Reihenfolge der Anträge, wie sie jetzt beabsichtigt wird, jemals geschehen ist, noch dafür, daß durch irgendwelche Bestimmung dem Reichstag „das unzweifelhafte Recht" gegeben sei, Anträge, deren Verhandlung einer Mehrheit dringend erscheint, allen andren Anträgen vorzuziehen. Bestände eine solche Bestimmung, so wären allerdings die Minderheitsanträge der Mehrheit auf Gnade und Ungnade überliefert. Die Geschäftsordnung des Reichstags ist aber besser, als die „Deutsche Tageszeitung" vorgiebt.

Daß eine derartige Bestimmung nicht besteht, beweist auch sogleich der gänzlich mißglückte Versuch des „Reichsboten", solche Bestimmungen aus der Geschäftsordnung zu destillieren. Das konservative Blatt sagt, nachdem es unsern Hinweis auf § 35 der Geschäftsordnung citiert hat:

„Nun heißt es aber am Schlusse der Bestimmungen des § 35 Absatz 3: „Eine Entfernung von der Stelle der Tagesordnung, welche den von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträgen und den Petitionen nach der Priorität gebührt, kann nur beschlossen werden, wenn nicht bei Anträgen von dem Antragsteller und bei Petitionen von 30 Mitgliedern widersprochen wird."

Danach kann der Reichstag beschließen, daß der Antrag Aichbichler an die Stelle des Antrages aus dem Hause gesetzt wird, der zuerst zu beraten wäre, wenn der Steller dieses ersten Antrages damit einverstanden ist. Darüber wird die Mehrheit sich schon vergewissert haben, und so findet denn ein Platzwechsel zwischen Antrag Aichbichler und Antrag 1 statt. Das ist nach § 35 durchaus zulässig. Ferner dürfte auch, da der Antrag Aichbichler ein Antrag zur Geschäftsordnung ist, § 34 der Geschäftsordnung Platz greifen. Da heißt es zwar nur, daß Mitglieder, welche zur Geschäftsordnung sprechen wollen, sofort das Wort erhalten müssen; es läßt sich daraus aber sehr wohl schließen, daß auch Anträge zur Geschäftsordnung sofort zu behandeln sind.

Der letzte Satz charakterisiert die ganze Unsinnigkeit des „Reichsboten". Weil die Mitglieder des Reichstages auf sofortige Zulassung zum Wort selbstverständlichen Anspruch haben, wenn sie Bemerkungen zur Geschäftshandhabung zu machen haben, daraus soll das Recht gefolgert werden können, daß die Geschäftsordnung selbst zu beliebiger Minute geändert werden darf! Warum haben denn die Wucherparteien überhaupt erst einen Antrag eingebracht? Es ist nicht anzunehmen, daß die Leute des „Reichsbote" die zu solcher Schlußfolgerung hinreichende Denkunfähigkeit besitzen. Sie wissen, daß es Unsinn ist, was sie sagen, und wollen nur hinter dem Unsinn die brutale Vergewaltigung verstecken.

Der Hinweis des „Reichsboten" auf den letzten Teil des § 35 ist nicht weniger unsinnig. § 35 ist musterhaft klar und unmißverständlich. Er schreibt vor, daß die früher eingegangenen Anträge zunächst beraten werden müssen. Er macht in seinem letzten Abschnitt nur die Ausnahme, daß bereits eingebrachte Anträge bei Einverständnis des Antragstellers später behandelt werden können. Es ist also gestattet, daß dem Reichstage schon länger vorliegende Anträge zurückgestellt werden, so daß andre eher an die Reihe kommen. Das ist aber etwas Grundverschiedenes gegenüber dem Verfahren, das der „Reichsbote" zu rechtfertigen sucht, indem er spätere Anträge nicht nur vor die durch die Antragsteller selbst zurückgestellten, sondern auch vor alle andern, keineswegs von ihren Antragstellern zurückgestellten Anträge beliebig einsetzen will. Ginge das an, was der „Reichsbote" vertritt, so wäre der Schutz des § 35 gänzlich beseitigt, so könnte eine Mehrheit stets ihre neuen Anträge an die Stelle ihrer alten setzen, während die Minderheit bei ihren alten Anträgen verbleiben müßte. Thatsächlich giebt der letzte Absatz des § 35 allerdings dem Centrum und den Konservativen die Befugnis, ihre sämtlichen älteren Anträge von der Stelle, an der sie bisher stehen, abzusetzen und so ihren neuen Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung eher zur Beratung zu bringen. Aber vor der Beratung dieses Antrages müßten sämtliche von andren Parteien früher eingebrachte Anträge erledigt werden, auf deren Beratung an der ihnen gebührenden Stelle der Tagesordnung ihre Antragsteller nicht verzichten. Dieser Thatbestand ist völlig außer Zweifel und keine Verdrehungskunst kann ihn verwirren.

Ein klassisches Zeugnis für die Richtigkeit unsrer Darlegung giebt überdies — ein Centrumsblatt. Die „Märk. Volkszeitung", das „Centralorgan der katholischen Vereine von Berlin", sagt:

„Wie der „Vorwärts" ankündigt und ohnedies zu erwarten stand, wird die Linke den Antrag mit allen Mitteln ihrer „Kunst" bekämpfen. Zunächst will sie verhindern, daß er überhaupt auf die Tagesordnung kommt. Sie beruft sich darauf, daß noch von früher her eine ganze Anzahl von Initiativanträgen vorliege, die nach der Geschäftsordnung diesem neuen Antrage vorgehen würden. Da es von den Antragstellern abhängt, ob sie einem andren Antrage den Vortritt lassen wollen, **so kämen hier bloß die von Socialdemokraten-Freisinnigen gestellten Anträge in Betracht. Vielleicht bietet sich aber für diejenigen,** die in der Notwehr die Geschäftsordnung ebenso rücksichtslos ausnutzen wollen, wie die Linke sie aus skrupellosem Uebermut ausnutzt, **eine Möglichkeit, sich über die entgegenstehenden Anträge hinwegzusetzen."**

Das ist die vollkommene Anerkennung der Unmöglichkeit, den Antrag Aichbichler den schon vorliegenden Initiativanträgen vorzuziehen. Es ist zugleich **das offene Zugeständnis des gewaltsamen Bruches der Geschäftsordnung,** wenn dennoch die Zollmehrheit zwingen wollte, den Antrag demnächst auf die Tagesordnung zu setzen. Es bedarf auch keines ernsthaften Wortes gegen das Unterfangen des Centrumsblattes, den von ihm zugegebenen gesetzwidrigen Bruch der Geschäftsordnung mit der rücksichtslosen Ausnutzung der Geschäftsordnung durch die Linke zu entschuldigen. Die Linke ist stets peinlich innerhalb der Geschäftsordnung verblieben. Die Ausnutzung der durch die Geschäftsordnung zum Schutze der Minderheit gegebenen Mittel ist das gute Recht der Minderheit. Was aber Centrum und Konservative planen, ist **Bruch der Geschäftsordnung.**

Das wäre die Auflösung aller parlamentarischen Ordnung. Die Wucherparteien sollten es sich sorgsam überlegen, ob sie diesen verhängnisvollen Weg gehen wollen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. November.

Die geschäftsunfähige Reichstagsmehrheit.

Die Zollwucherparteien des Reichstags haben am Montag wieder ihre völlige Geschäftsunfähigkeit bewiesen.

Die Sitzung begann mit namentlichen Abstimmungen über die socialdemokratischen Anträge zum § 5, die von der Zollfreiheit gewisser Waren handeln. Bei der ersten Abstimmung zählte das Haus 219 Stimmen, bei der zweiten stieg die Zahl auf 224 Stimmen, die bei der dritten nur noch 216 und bei der vierten 214 Stimmen betrug. Bei der fünften Abstimmung ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses und die noch vorhandenen 191 Mitglieder konnten nach Hause gehen. Dem Präsidenten blieb nichts übrig, als die nächste Sitzung auf Dienstag 12 Uhr anzuberaumen.

Die Mehrheit des Reichstags huldigt offenbar wahren Aufsichtsrats-Anschauungen. Sie möchte die „Tantiemen" des Zollwucher-Gesetzes einstreichen, ohne sich um das „Geschäft" selbst zu kümmern. Sie verlangt, daß man ihr das Gesetz fertig ins Haus schickt. Die Zollopposition wird schwerlich so gutmütig sein, diesen ausschweifenden Wünschen Vorschub zu leisten. —

•

Richtigstellung. Unser Bericht über die Reichstagssitzung des letzten Freitag enthält eine irrtümliche Darstellung vom Verhalten des Herrn Vicepräsidenten Büsing. Die Auffassung, als habe Herr Büsing den Antrag der Mehrheit auf Schluß der Debatte über § 5 des Tarifgesetzes in übermäßiger Schnelligkeit zur Unterstützung und zur Abstimmung gestellt, um so die Linke zu überraschen, ist nicht richtig. Wenn kein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Debatteschluß gestellt wurde, so entsprach das in diesem Falle lediglich der Absicht der Linken.

Würdig der Freisinnigen Volkspartei!

Im anhaltinischen Landtag ist bekanntlich eine Vorlage über die Bestrafung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter verhandelt worden. Eine Säule der freisinnigen Volkspartei im dortigen Landtag, der Landtags-Abgeordnete Irmer in Köthen ist für die Bestrafung des Kontraktbruches eingetreten. Selbst im freisinnigen Lager war man über dieses Musterbeispiel freisinniger Arbeiterfreundlichkeit entrüstet und Herr Irmer hatte heftige Angriffe zu erdulden. Der edle Herr wußte aber besser als seine Verkleinerer, was einem freisinnigen Volksmanne erlaubt ist und was nicht. Er wandte sich im Vollgefühl seiner Unschuld an die Berliner Centralleitung seiner Partei und bringt nunmehr folgendes offizielle Antwortschreiben zur offiziellen Kenntnis:

„Geschäftsführender Ausschuß der freisinnigen Volkspartei. Berlin SW., den 7. Juli 1902. Sehr geehrter Herr! Für die Zugehörigkeit zur freis. Volkspartei ist die Anerkennung des Nürnberger Parteiprogramms von 1897 maßgebend. **Ueber die Frage der Bestrafung des Kontraktbruchs ist in diesem Programm nichts enthalten, die Stellungnahme bei dieser Frage also nicht maßgebend für die Zugehörigkeit zur Partei.** Ergebenst **Dr. Müller-Sagan."**

Nun kann Herr Irmer allen seinen Gegnern getrost die Stirn bieten. Er hat das patentierte Zeugnis in der Tasche, daß er ein durchaus braver Freisinnsmann ist, wenn er auch für die agrarische Knebelung der Landarbeiter eintritt.

Ist es schon ein köstlicher „taktischer" Zug des als Zolltaktiker berühmt gewordenen Herrn Müller-Sagan, daß er die Unterstützung irgend welcher erzreaktionärer Maßregeln mit der Zugehörigkeit zur freisinnigen Volkspartei für vereinbar hält, wenn diese zufällig nicht ausdrücklich im Programm verworfen sind, so verrät Herr Müller-Sagan in seinem Schreiben entweder eine Unkenntnis seines eignen Parteiprogramms oder aber die wahren Meinungen, die hinter dem Programm stecken. Das Programm der Freisinnigen Volkspartei bekennt sich sowohl zum Koalitionsrecht, wie es jedes Ausnahmegesetz verpönt. Die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches aber erschöpft die schon vorhandene Vorenthaltung des Koalitionsrechts für Landarbeiter in der Richtung völliger Leibeigenschaft. Sie bedeutet außerdem ein weiteres niederträchtiges Ausnahmegesetz für diese ohnehin entrechtete Arbeiterkategorie.

Wenn der Geschäftsleiter der Freisinnigen Volkspartei trotzdem meint, die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches sei durch das freisinnige Programm nicht verboten, so kann das nur heißen, daß die Freisinnige Volkspartei weder für freies Koalitionsrecht noch gegen Ausnahmegesetze ist.

Gerade jetzt sammelt Herr v. Podbielski Material bei den Landwirtschaftskammern, um ein Gesetz, das den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter in Preußen bestrafen will, vorzubereiten. Auch die Zustimmung zu diesem Gesetz wird also einem freisinnigen Volksparteiler erlaubt sein. —

Deutsche Hochschulen im Dienste der russischen Polizei.

Es scheint fast, als ob die Schergendienste, die die Berliner Hochschulen der russischen Polizei erweisen, nicht skandalöse Sondererscheinungen Berlins sind, sondern die Wirkungen einer thatsächlichen Heiligen Alliance sind, die zwischen Deutschland und Rußland neuerdings geschlossen worden ist. Sollten diese ungeheuerlichen Erscheinungen etwa auf jene geheime Anarchisten-Konvention zurückzuführen sein, von deren Existenz man munkelt. Und sind die deutschen Hochschulen wirklich gewillt, dieses deutsch-russische Polizeikartell ihrerseits zu fördern?

Aus Darmstadt wird uns über einen sehr merkwürdigen Parallelfall zu den Berliner Vorgängen mitgeteilt:

„In den letzten Tagen des vorigen Monats kamen in Darmstadt zwei russische Studenten an, die — wie so viele der an der dortigen Hochschule Studierenden — in Rußland relegiert waren, um sich für das Wintersemester zu immatrikulieren. Der eine hatte dies auch bereits gethan, als am andern Tage abends sich ein Kriminalbeamter bei ihnen einstellte und sie einlud, dem Polizeirevier einen Besuch abzustatten. Hier wurden sie in ein Verhör genommen und am andern Tage **zu dem Rektor der Hochschule** gerufen, der dem einen seine **Studiengelder wieder zurückgab** mit dem Ausspruch: **„Wer in Rußland einmal von der Universität verwiesen ist, den brauchen wir hier in Deutschland auch nicht."**

Im Korridor der Hochschule hatte sich inzwischen ein Kriminalbeamter eingefunden, der sich ihrer in der liebenswürdigsten Weise annahm, sie nach dem Polizeirevier spedierte, woselbst ihnen eröffnet wurde, **innerhalb 24 Stunden Darmstadt zu verlassen,** da man sie sonst abschieben würde. Die Studenten verlangten einen schriftlichen Ausweisungsbefehl — um, wie sie ihren Kollegen nachher erzählten, die Sache einer Zeitung zu unterbreiten — der ihnen jedoch verweigert wurde."

Wir würden diese Mitteilung für unglaublich halten, wenn wir nicht nach der Bestätigung des Berliner Falles das ärgste gerade für das glaublichste halten müßten. Auch in Darmstadt muß die Universitätsbehörde die Papiere der Polizei zur Kenntnis gebracht haben, sonst wäre es nicht begreiflich, warum unmittelbar nach der Immatrikulation die Polizei eingriff.

Bestätigt sich aber obige Meldung, so wird die Berliner und Preußische Angelegenheit zu einer Reichssache. Wir richten darum die Frage an die Reichsregierung: **Existiert eine Verfügung, der zufolge die deutschen Universitätsbehörden angewiesen sind, die russischen Studenten** in der Berliner Manier **unter Polizei-Aufsicht zu stellen?** Wenn diese Verfügung existiert, so wäre das eine Schmach für die deutsche Kultur, eine größere Schmach freilich noch träfe die Hochschulen selbst, die sich solchem unerhörten Ansinnen bereitwillig fügen. Ist die Verkommenheit der bürgerlichen Intelligenz bereits so weit gediehen, daß man jeden Kampf gegen den Zarismus als ein Verbrechen empfindet, ja daß man die jungen Leute für vogelfrei erklärt, die der russischen Polizei nicht angenehm sind? —

Die Stichwahl in Favoriten.

-st- Wien, 9. November.

Trotz eines wahrhaft bewunderungswürdigen Kampfes ist es nicht gelungen, das Favoritner Mandat zu behaupten: mit einer Mehrheit von 39 Stimmen ist der christlichsociale Prochazka — ein

talentloses Bürschlein ohne Wissen und Erfahrung — gewählt worden.

Die Wahl in Favoriten war wohl der heftigste Wahlkampf, der je in Oestreich ausgefochten worden ist. Von 15 278 Wählern stimmten 12 485, also 81 Proz. Adler erhielt 6223, Prochazka 6243: es haben uns also nur elende vierzig Stimmen zur absoluten Mehrheit gefehlt. Daß der christlichsociale Sieg nur durch einen unerhörten Schwindel zu stande gekommen ist, braucht bei der moralischen Qualität dieser Partei nicht einmal mehr gesagt zu werden. Die Einrichtung der Legitimationen macht den Schwindel möglich, und diese Möglichkeit wird von den Luegerleuten mit einer Unverfrorenheit ausgenützt, als ob es kein Gesetz und kein Strafgericht gäbe. Mit der „Legitimation" wird nämlich das Wahlrecht von dem Wähler getrennt und in einem Stück Papier konstituiert, das natürlich übertragbar ist an jeden und benützbar für jeden. Die Legitimation ist die Vermutung, daß der, der sie vorweist, der ist, auf den sie lautet; dagegen, daß mit ihr kein Mißbrauch getrieben werde, giebt es nur einen Schutz: daß es verboten ist. Aber was braucht der christlichsociale Fälscher ein gesetzliches Verbot fürchten, da sich die „schwarzen Wähler", wie sie in dem Gaunerjargon der Wiener Wahlen genannt werden, dem christlichsocialen Vorsitzenden der Wahlkommissionen durch besondere Erkennungszeichen kenntlich machen können! Nicht Wähler stehen gegen uns, sondern Legitimationen: die Legitimationen von absichtlich erzeugten Doppelwählern, von Toten, von den dreißig Prozent Indifferenten, bei denen sie die christlichsociale Hausagitation — verkörpert im Hausherrn und im Hausmeister — abgesammelt hat. Für den, der die Verhältnisse kennt, unter denen sich in Wien Stichwahlen abspielen, ist es eher überraschend, daß die Differenz an Stimmenzahlen nicht größer gewesen ist. Daß die Socialdemokraten an die absolute Mehrheit so nahe gekommen sind, daß vierzig Prozent aller Wähler für Adler gestimmt haben, beweist vielmehr, daß sie in Favoriten wirklich die stärkste Partei sind, und daß das Mandat nach Recht und Gesetz ihnen gehört. Jede andre Körperschaft als der niederösterreichische Landtag würde das mit so viel Schwindel und mit so geringer Majorität erlangte Mandat kassieren; von dem Lueger-Landtag ist dieses primitive Anstandsgefühl freilich nicht zu erwarten. Trotzdem wird gegen die Wahl Protest erhoben werden.

Der Wahltag endete mit einer Schandthat der Wiener Polizei, die für die Zustände, die sich aus dem christlichsocialen Terrorismus entwickelt haben, ungemein charakteristisch ist. Ohne jede Veranlassung sprengten nämlich die berauschten Polizisten — von Alkohol berauscht und von dem Hasse gegen die Arbeiterschaft — das Thor des jüngst eröffneten Favoritener Arbeiterheims, drangen mit gezückten Säbeln in den mit Menschen überfüllten Saal und richteten dort schreckliches Unheil an, verwundeten eine Unmasse Menschen und demolierten alles, was nicht niet- und nagelfest war. Gemeinderat Neumann schildert in der „Arb.-Ztg." als Augenzeuge den unerhörten Ueberfall folgendermaßen:

Im Souterrainsaal des Arbeiterheims stehend, wurde mir von einer Anzahl furchtbar erregter Personen mitgeteilt, daß eben Polizisten die Verglasung der Thorflügel eingehauen und im Begriff wären, in den Hausflur zu stürmen. Ich begebe mich rasch hinaus und suche zum Thor zu gelangen. Der erste Anprall war aber vorüber und ich suchte nun durch die dichtgekeilte Menge auf die Straße zu gelangen. Die Wache hatte den Eingang zum Arbeiterheim besetzt und ließ niemand hinaus. Ich suchte die mit Recht erbitterte Menge zu beschwichtigen und allmählich legte sich der von der Wache provozierte Entrüstungssturm. Da geschah etwas Unglaubliches: Fenster klirrten, und wie wütende Bestien stürzten einige Wachleute mit blankgezogenen Säbeln abermals zum Thor herein, blind dreinhauend. Eine furchtbare Panik entstand. Ein Schieben, Stoßen und Drängen entstand, ein Aufkreischen der bis zum Wahnsinn erregten Menge wurde hörbar, und eine Katastrophe schien unvermeidlich, die unabsehbare Folgen nach sich ziehen konnte. Im blinden Parteifanatismus stürmten die Wachleute die Freitreppe hinauf und drangen in den im ersten Stock gelegen Festsaal ein. Ich war in das Gastzimmer gedrängt, und als ich von rückwärts in das Thor gelangte, waren die Polizisten bereits wieder zurückgekehrt, wo ich verwundete Arbeiter, zerschlagene Gläser und eine auf das höchste entrüstete Menschenmenge vorfand. Der Wirt des Arbeiterheims hatte das Thor geschlossen, den Verwundeten wurde Hilfe geleistet. Ich habe schon viele empörende Polizei-Attacken mitgemacht. Aber einen solchen Ausbruch von Polizistenroheit habe ich noch niemals wahrgenommen. Die Polizisten hatten nicht die Ordnung aufrecht erhalten, sie fühlten sich als Parteimänner, und da sie zufällig Waffen trugen, ließen sie gegen die wehrlose Menge ihren ganzen Parteihaß los. Die Bestie war entfesselt, und die Kommandeure schienen einen Augenblick diesen wütenden Wachmännern gegenüber machtlos.

Diese unerhörte Gewalthat erregt in Wien — auch außerhalb des Kreises der Arbeiterschaft — stärkste Entrüstung und hat selbst die Polizeileitung stutzig gemacht, die es bisher nicht gelten lassen wollte, daß ihre Polizisten — natürlich wütende Lueger-Fanatiker — an Arbeitern Exzesse begangen. Das wahrhaft Schändliche an diesem Einbruch — der das Verbrechen der schweren körperlichen Beschädigung, der öffentlichen Gewaltthätigkeit und des Hausfriedensbruches darstellt — ist die empörende Thatsache, daß für ihn nicht einmal ein Vorwand gegeben war und daß ihn auch niemand kommandiert haben will; es war wirklich nichts andres als die Siegesfeier der christlichsocialen Polizeisoldateska. Die Sache wird unzweifelhaft auch im Parlament zur Sprache kommen und Herr v. Körber als Minister des Innern wird sagen müssen, ob er der behördlichen Parteiwirtschaft im Magistrat noch die Zuchtlosigkeit der Polizei als berechtigtes Kampfmittel der christlichsocialen Herrschaft zugesellen will. —

Des Kaisers Empfang in England.

London, 8. November. (Eig. Ber.)

Höflich in der Form, schmeichelhaft für die Person des Kaisers, aber entschieden ablehnend gegen die deutsche Politik ist der Empfang, den die leitende englische Presse dem Kaiser heute bereitet. Zwei Stimmen sind besonders bemerkenswert, die der „Times" und des „Spectator", die die obere und mittlere Schicht der englischen Bourgeoisie vertreten. Die „Times" erklären: „... Was Deutschland betrifft, so wissen wir, daß wir es mit einer Macht zu thun haben, die nie nachlässig war, uns zu zeigen, daß ihre Interessen im Gegensatze zu den unsren stehen; es ist deshalb notwendig, wachsam zu sein. Unsre Politik darf keinen Winkel der Erde außer acht lassen, denn im gegenwärtigen Augenblick liefert uns Deutschland in China den Beweis, daß es fest entschlossen ist, Vorteile zu erreichen auch dort, wo seine Interessen sehr wenig vorherrschend sind... Jedoch soll uns das Gefühl der (deutschen) Feindschaft nicht abhalten, den deutschen Kaiser herzlich zu begrüßen... Aber unsre Höflichkeit, die wir dem kaiserlichen Gaste schulden ..., darf uns nicht auf Pfade leiten, die zu betreten uns die Interessen der Nation verbieten. Unser leichtes indolentes Vertrauen ist nicht am Platze, wenn wir mit einer Macht zu verhandeln haben, die immer bereit ist, uns zu verwunden und die stets wachsam ist, größere oder kleinere Vorteile zu erringen." Diese Worte klingen wie eine Mahnung an Balfour, vorsichtig zu sein.

Ausführlich und auf den Kern der Frage eingehend, ist der Artikel des „Spectator". Diese Wochenschrift, die stets die Gedanken der britischen Mittelschichten in Form und Wesen genau wiederspiegelt, geht von der Frage aus: „Was bedeutet die Reise des Kaisers?" Sie antwortet: „Der Zweck seines Kommens ist, die Interessen des Deutschen Reiches zu fördern; das ist unbestreitbar. Alle die Angriffe und Nadelstiche, die wir in den letzten Jahren von Deutschland erhielten, waren die Vorbereitungen, von uns eine Alliance oder Abmachung zu verlangen ... Was wird der Kaiser verlangen? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns fragen, was Deutschland braucht. Allgemein gesprochen, liegt es im deutschen Interesse, Frankreich und Rußland, besonders Rußland zu verhindern, sich mit Großbritannien zu verständigen. Käme eine solche Einigung zu stande, so wäre die Lage Deutschlands eine desperate. Deutschland scheint sehr groß und mächtig zu sein, in Wirklichkeit aber wandelt es einen Weg, der von jeder Seite einen jähen Abgrund hat. Den Zweibund und England auseinanderzuhalten und wenn möglich in Rußland und Frankreich den Glauben zu erwecken, daß England an Deutschland gebunden und daß deshalb eine Einigung mit England unmöglich sei, ist das dringendste Interesse Deutschlands. Der Hauptzweck des Kaisers kann also nur der sein, schlechtes Blut zwischen uns und dem Zweibunde zu machen. Der Kaiser wird nachzuweisen suchen, daß eine Abmachung mit Deutschland die deutsche Feindschaft beseitigen und uns gegen russischen Verrat schützen würde.... Aber der Kaiser dürfe auch ganz konkrete Vorschläge machen. Man weiß, wie tief er an der Vollendung der Bagdad-Bahn interessiert ist. Das deutsche Auswärtige Amt ist indes besorgt, ob nicht der Kaiser zu weit in seinen kleinasiatischen Plänen gegangen sei, die nur die Eifersucht und den Zorn Rußlands erwecken könnten — was ja die deutsche Politik stets zu vermeiden gesucht hatte. Der Kaiser sucht deshalb nach einer Schutzmauer, die ihn gegen den russischen Zorn sichert und es ihm gestattet, die Bagdad-Bahn bis zum persischen Meerbusen zu bringen.... Angenommen, der Kaiser sagt zu den britischen Ministern: „Ich verlange weder Eure Fonds noch Eure diplomatische Hilfe. Ich wünsche nur, daß die britische Regierung uns — bei Fertigstellung der Bagdad-Bahn — die indische Post gegen Subsidien von sage 100 000 Pfund Sterling jährlich übergiebt." Geht die Regierung auf diesen Vorschlag ein, so dürfte sich das britische Kapital an der Bagdad-Bahn beteiligen; dadurch wäre aber ein neuer Konfliktspunkt zwischen Großbritannien und Rußland geschaffen. Ja, die Russen würden dann das „perfide Albion" als den eigentlichen Urheber der Bagdad-Bahn hinstellen und Deutschland als unser willfähriges Instrument.... Unsre Minister müssen sich also gegen den Zauber der Persönlichkeit des Kaisers stärken. Wir würden es viel lieber sehen, wenn unsre Regierung sich mit Frankreich oder Rußland einigt, als mit Deutschland, unserem wirtschaftlichen Rivalen und wahrscheinlichen Feind." —

*

Zwei Lesarten sind wieder einmal über eine kaiserliche Rede entstanden. Und zwar ist es seltsamerweise ein und dieselbe Quelle, von der aus diese beiden verschiedenen Lesarten verbreitet wurden. In dem Telegramm des Wolffschen Bureaus über die Ansprache, die der Kaiser in seiner Eigenschaft als Chef der Royal Dragoons gehalten hat, befand sich nämlich eine Stelle, die nachträglich von demselben offiziösen Bureau korrigiert worden ist. Bei dieser Ansprache sollte nämlich der Kaiser, wie wir in unsrer Sonntagsnummer mitteilten, die Wendung gebraucht haben, daß er dem Regiment zu dem Verhalten gratuliere, das es in Südafrika an den Tag gelegt habe. In der zweiten Lesart findet sich dieser Passus nicht mehr, in dieser Lesart, die auf „zuverlässigen Informationen" beruhen soll, wird es nur zu der Heimkehr aus dem schweren Dienst beglückwünscht, den es zur Ehre seines Königs und seines Vaterlandes wacker gethan habe. Die Korrektur ist nicht so unwesentlich, wie es auf den ersten Blick erscheinen konnte. Die zweite Lesart erscheint nur eingegeben durch die Pflicht, einer konventionellen Höflichkeit zu genügen. Die erste Lesart hingegen erscheint als abermaliges Partei-Ergreifen zu Gunsten Englands, als ein neues Glied jener Kette ostentativer Parteinahmen, als die z. B. die Ordensauszeichnungen an hervorragende englische Generale des Boerenfeldzuges gedeutet werden müßten.

Offenbar wollte man an jener Stelle, von der die „zuverlässige Information" stammt, vermeiden sehen, daß der Kaiser abermals in der Rolle eines Belobigers der englischen Kriegsthaten in Südafrika erschien. Ob der nichts weniger als freundliche Ton, den die englische Presse zum Kaiserempfang der deutschen Regierungspolitik gegenüber angeschlagen hat, diese Korrektur veranlaßt hat? Oder ob man fürchtet, daß das Ergebnis der zweifellos politischen Kaiserreise derartige erneute Huldigungen für England nicht rechtfertigen möchte?

Die deutsche Presse hegt in der That bereits äußerst geringe Erwartungen. So schreibt z. B. die „Deutsche Tageszeitung":

„Es ist schon längst offenbar, daß wir... die blamierten Europäer sind. England ist bereits — wie hier mit Behagen festgestellt wird — „durch eine Politik finanzieller Zersetzung" in den Besitz des portugiesischen Ostafrika gelangt; es hat, was noch mehr wert ist, unter deutscher Rückendeckung seinen Krieg gegen die Boeren durchgeführt — was sollte es dann da noch Deutschland zugestehen? Die Frage, wie Deutschland dabei wohl abschneide, klingt aus englischem Munde wie Hohn. England braucht uns in Südafrika nicht mehr, was sollte es da noch viel mit uns verhandeln — es sei denn über die Abtretung Deutsch-Südwestafrikas an Großbritannien!"

Wir glauben, daß das Bündlerorgan thatsächlich recht hat. Die in so rätselhaften Kurven sich bewegende deutsche Politik wird England kaum irgend welches Zugeständnis abzunötigen vermögen. Die deutschen Regierungsmänner werden die blamierten Europäer sein. Die Socialdemokratie ihrerseits könnte sich freilich zu diesem genialen Mißerfolg der deutschen Auslandspolitik nur gratulieren, wenn nicht trotzdem bei diesem wunderbaren Improvisationstalent die Gefahr vorläge, daß wir auch bei der unwahrscheinlichsten Gelegenheit wieder mit Volldampf in eine weltpolitische Sackgasse hineinrennen werden.

*

Des Kaisers Fürsorge für die englischen Soldatenfrauen.

Aus der Antwort des englischen Regimentschefs wurde eine kaiserliche Aktion bekannt, von der bisher sonderbarerweise die Oeffentlichkeit noch nichts erfahren hatte. Nämlich die Thatsache, daß der deutsche Kaiser beim Ausrücken des englischen Regiments nach Südafrika einen namhaften Betrag für die Frauen und Kinder der gegen die Boeren ins Feld gesandten Dragoner gespendet hatte. Der Kaiser bekundete seine Genugthuung, daß die von ihm gespendeten Mittel ausgereicht hätten, die Frauen und Kinder der ins Feld gezogenen Mannschaften zu befriedigen. Von dieser Kriegssubvention aus der kaiserlichen Schatulle hatte man in Deutschland bisher seltsamerweise nicht das geringste erfahren! Um so befremdender muß unter solchen Umständen die Bülowsche Granitbeißer-Rede erscheinen. Der deutsche Reichskanzler eiferte gegen den Vergleich der nämlichen englischen Truppen mit den deutschen Truppen von 1870/71, zu deren Ausrüstung der deutsche Kaiser selbst beigetragen hatte!

Der Kaiser beantwortete den Dank des englischen Regimentschefs damit, daß er zum gleichen Zweck eine weitere Summe hinzufügte! —

* * *

Deutsches Reich.

Agrarische Obstruktion.

In wütendem Sperrdruck kündigt die „Deutsche Tageszeitung" an, wenn man die bestehenden Handelsverträge auf eine längere Reihe von Jahren zu verlängern wage, so müßten die Agrarier sich ernstlich die Frage vorlegen,

„ob sie nicht alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel rücksichtslos anwenden sollten, um eine derartige Vorlage zum Scheitern zu bringen."

Jetzt weiß man wenigstens, wer Obstruktion treiben will. —

Zöllner und Regierung. Die konservative Presse wendet sich in allerlei spitzen Bemerkungen gegen die Regierung und den Reichskanzler, daß sie die Zollparteien im Kampfe gegen die Opposition nicht genügend unterstütze. Seitdem Graf Bülow sich mit dem verhaßten Handelsvertragsverein in Beziehungen gesetzt hat, wird er von den Agrariern mit erneutem und vermehrtem Mißtrauen beobachtet. Die „Kreuz-Zeitung" erklärt u. a.: „Es scheint manchmal wirklich so, als habe Graf Bülow an der Zollvorlage kein Interesse mehr."

Es wäre nicht allzu wunderbar, wenn Graf Bülow allmählich erkennen würde, daß er nichts Verfehlteres thun konnte, als diesen Zolltarif dem Reichstage vorlegen. Die Ueberzöllner thaten ja ihr bestes, dem Reichskanzler die Zolllaune zu verderben. —

Die „Kreuz-Zeitung" gegen das Reichstags-Präsidium. Das Hauptorgan des konservativen Zollwuchers schreibt:

„Ebenso wird darauf gehalten werden müssen, daß die Bestimmungen der Geschäftsordnung fortan mit aller Strenge angewendet werden. Der Abgeordnete Brömel wies kürzlich darauf hin, daß Stadthagen während seiner viertundeinhalbstündigen Rede nicht ein einziges Mal zur Sache gerufen worden sei. Das war allerdings ein Mangel. Es ist ja eine entsetzliche Aufgabe für einen Präsidenten, solchem Dauerredner aufmerksam zuzuhören; allein er kann sich dabei die Unterstützung durch die Schriftführer sichern. Jedenfalls aber ist es wünschenswert, daß er von dem Rufe zur Sache und den sich daran knüpfenden Folgen fortan energischen Gebrauch macht. Verstößt aber ein Abgeordneter beispielsweise durch fortwährenden Lärm gegen die Ordnung, so kann er für die Dauer der Sitzung ausgeschlossen werden."

Das Junkerorgan ist sehr betrübt, daß das Reichstags-Präsidium sich nicht zu den von ihm gewünschten Parteilichkeiten mißbrauchen läßt. Es scheut nicht vor der beleidigenden Zumutung zurück, die Präsidenten hätten einen Redner, der gänzlich zur Sache sprach und dessen Sachlichkeit sie anerkannt haben, pflichtwidrig in seinen Ausführungen behindern sollen!

Wenn die „Kreuz-Zeitung" von Abgeordneten spricht, die fortwährenden Lärm verursachen, so denkt sie wahrscheinlich an Abgeordnete, die ihr sehr nahe stehen, an Herrn v. Kardorff und andre ordnungswidrige Lärmmacher. —

Die Untauglichkeit des Antrages Aichbichler wird nun in den Reihen der Antragsteller selbst erkannt. Die „Berliner Neuesten Nachrichten" und die „Post" teilen mit, daß eine Aenderung des Antrages erwogen werde. Man denke daran, die namentliche Abstimmung in der Art zu vollführen, daß die Abgabe von Abstimmungskarten mit dem „Hammelsprung" kombiniert wird. Die namentliche Abstimmung soll bei diesem Verfahren fünf bis acht Minuten erfordern.

Auch dieses Verfahren der Abstimmung ist jedoch als untauglich zu verwerfen, da das sofortige Bekanntwerden der Abstimmung der einzelnen Abgeordneten dabei nicht gewährleistet ist. —

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages ist vom Vorsitzenden Singer zum Donnerstag, den 13. d. M., einberufen worden, um sich mit der principiellen Frage zu beschäftigen, ob ein früher gestellter Antrag betreffend die geschäftsordnungsmäßige Behandlung eines Beratungsgegenstandes, über den bereits ein Beschluß des Hauses gefaßt ist, von neuem gestellt werden darf. —

Centrums-Wirren.

Aus Düsseldorf wird uns berichtet:

Die **Düsseldorfer Stadtverordneten-Wahlen** haben wider alles Erwarten mit einem **achtunggebietenden Siege der organisierten Arbeiterschaft geendet.** Unsre Düsseldorfer Parteigenossen haben sich in diesem Jahre zum erstenmal an den Wahlen der 3. Klasse zum Stadtrat beteiligt, und sind, indem sie die Mittelparteien mit einem Schlage verdrängten, dem Centrum derart auf den Leib gerückt, daß sie nun mit diesem eine nicht ungünstige Stichwahl auszufechten haben. Die ganze Düsseldorfer Wählerschaft ist verblüfft über dies Resultat. Was in allen Kreisen der Bevölkerung, namentlich aber bei den Arbeitern, noch bis zum Wahltage als eine Unmöglichkeit erschien — auch nur einen annähernden Erfolg zu erzielen — das ist Wirklichkeit geworden, so zwar, daß wir mit Zuversicht hoffen dürfen, in kürzester Zeit einige Hechte in den städtischen Karpfenteich hinein zu bringen.

Und wem ist das zu verdanken? Nun, niemand anders **als** dem **Centrum,** das mit seiner **Schaukel- und Gaukel-Politik** nun in Düsseldorf auf dem Punkte angekommen ist, auf dem es logischerweise ankommen muß: das Düsseldorfer Centrum hat sich nun sogar in vier, wenn man es will, sogar in fünf Gruppen gespalten.

Bei den diesmaligen **Düsseldorfer Stadtverordneten-Wahlen** treten **vier verschiedene Centrumsgruppen in den Wahlkampf, stellten** eigne **Kandidaten auf und bekämpfen einander** in Versammlungen und durch **Flugblätter.** Es giebt in Düsseldorf jetzt:

Ein Centrum der „Volksblatt"-Partei,
" " " christlichen Hausschatz-Partei,
" " " christlichen Handwerksmeister-Innungen,
" " " christlichen Nur-Agrarier.

Diese vier Richtungen haben verschiedene Kandidaten aufgestellt, die auch sämtlich Stimmen — eine der gegen das „alte" Centrum opponierenden Centrumsgruppe sogar im Verhältnis recht beträchtliche, erhielten.

Wie bekannt, hat sich in Düsseldorf eine Gruppe christlicher Arbeiter, die Hausschatz-Richtung, vom Centrum wegen dessen Brotwucher-Haltung getrennt. Um dem Drängen der gesamten christlichen Arbeiter nun mehr Rechnung zu tragen, ließ das „alte" Brotwucher-Centrum einen seiner Geldsack-„Volksvertreter" der dritten Wählerklasse, den steinreichen Rentner Kuckuk, fallen und stellte für diesen den bekannten Ex-Socialdemokraten und zum Centrum übergelaufenen Arbeiter-Sekretär Bernhard Meyer als Centrumskandidaten auf.

Die Aufstellung dieses letzteren Kandidaten verschnupfte nun aber die christlichen Innungsmeister, sie traten mit der Forderung an die Parteileitung des Centrums heran, den Meyer fallen zu lassen und an seiner Stelle einen Handwerksmeister als Kandidat zu proklamieren. Das wurde abgelehnt und sie verkündeten nun ihre Trennung von der „Volksblatt"-Partei und stellten den eignen Kandidaten Handwerksmeister Kriegers an Stelle des Bernhard Meyer auf.

Ein andrer Teil der Innungen war selbst hiermit **noch nicht** zufrieden und stellte zwei Handwerksmeister auf.

Schließlich trat noch eine weitere Spielart des Centrums hervor und stellte zum Gaudium der übrigen Wählerschaft einen (fünften) agrarischen Kandidaten auf, den Landwirt Dresia.

Es erhielten von den Centrumskandidaten: Der „Volksblatt"-Meyer-Partei des **Centrums:** 3684 bis 2939 Stimmen. Aus der ersten Handwerksmeister Gruppe des Centrums erzielte Schlossermeister Kriegert 922 Stimmen, während die Stimmenzahl der übrigen Centrums-Dissidenten allerdings nur gering war.

Der bürgerliche Mischmasch brachte es auf ganze 1159 Stimmen und ist seit der letzten Wahl erheblich zurückgegangen.

Die Socialdemokraten erhielten nach kurzer Agitation: Erbert 2292, Schmidt 2282, Ziegler 2293, Broker 2278 Stimmen! Beim ersten Anhieb brachten wir Erbert und Ziegler in die Stichwahl mit den Centrums-Kandidaten Eykeler und Meyer!

Dieser imponierende Erfolg der Socialdemokratie steht gegenüber der klerikalen Zerfahrenheit. Es geht vorwärts! —

Eine ausgelassene Verhöhnung gewisser Berliner Magistratsadressen haben sich die Berliner Kunstjünger anläßlich der Einweihung der neuen Berliner Kunstakademie in offenbar sehr vorgerückter Stimmung geleistet, indem sie das folgende Schriftstück aufs Telegraphenamt brachten:

„Ew. Majestät, dem allergnädigsten und erhabenen Beschützer wahrer deutscher Kunst, dem erlauchten Förderer alles Edlen, Schönen, wagt die heute aus Anlaß des Neuerstehens einer ihrer hehrsten Pflegestätten versammelte akademische Jugend der Reichshauptstadt die Gefühle unwandelbarer Treue und Dankbarkeit an den Stufen Ew. Majestät ruhmreichen Fürstenthrones niederzulegen. Geruhen Ew. Majestät beglückende Huld die Annahme dieser unsrer überströmenden Gesinnungen **unter gleichzeitigem Ueberzeugtsein**, daß wir Jünger **im Dienste herrlichster Musen** nie aufhören werden, uns rastlos zu bestreben, dem Vaterland und seiner Nation die Blüte der Kultur erringen zu helfen, für die Ew. Majestät als Mehrer des Friedens weitschauend die Wege geebnet haben."

Die Blüte, für die die Wege geebnet sind — die überströmenden Gesinnungen unter gleichzeitigen Ueberzeugtsein — die Jünger im Dienste herrlichster Musen — das sind so tolle Parodien auf das Rottwälsch byzantinischer Sprachkunst, daß man nicht begreift, wie es Leute giebt, die diesen übermütigen „Architektenscherz" für Ernst nehmen. —

Die unglückliche Hand des Fiskus. In Hagen hat vor einigen Tagen ein Dr. Böttrich, Sohn des Vorstehers der Eisenbahn-Betriebsinspektion Magdeburg, ein Haus zum Preise von 17 000 M. gekauft. Unmittelbar darauf verkaufte er es für 44 000 M. an den Eisenbahnfiskus, der das Grundstück für den Bahnhofsneubau benötigt.

Der Eisenbahnfiskus spart in diesen schlechten Zeiten nach Kräften. Er knapst den Eisenbahnarbeitern noch an ihren kärglichen Löhnen ab. Hier aber bezahlt er für ein einziges Grundstück fast das Dreifache des Verkaufspreises und läßt einem Privatmann einen arbeitslosen Gewinn von 27 000 M. auf Kosten des Fiskus zukommen, ein kleines Vermögen, das der Herr sich für die Mühe eines An- und Verkaufs „verdient" hat. Warum hat der Fiskus eine so unglückliche und jener Dr. Böttrich eine so glückliche Hand? —

Hessische Landtags-Wahlen. (Eig. Ber.) Die Wahlen der Abgeordneten zur Zweiten hessischen Kammer fanden am Sonnabend statt und haben wesentliche Ueberraschungen nicht mehr gebracht. In Darmstadt wurden die beiden freisinnigen Kandidaten, Fabrikant Langenbach und Buchhändler Säng, mit Hilfe unsrer Genossen gewählt. In der Stadt Offenbach wurde Genosse Ulrich diesmal einstimmig zum Abgeordneten gewählt. Von 100 Wahlmännern waren 99 zur Wahl erschienen.

Die Wahl im Landkreise Offenbach ging, wie schon gemeldet, wegen der klerikalen Obstruktion nicht so glatt von statten, denn für sie mußte zu nächsten Donnerstag ein zweiter Wahltermin anberaumt werden. In Groß-Steinheim, dem Ort der Wahl, waren wohl sämtliche 54 Wahlmänner erschienen, aber nur die 32 socialdemokratischen fanden sich im Wahllokal ein, während die Centrums-Wahlmänner in Begleitung eines Kaplans in einem andern Lokal bei einander waren, aber nicht zur Wahl gingen, trotz der persönlichen Bemühungen des Wahlkommissars. Da nun dadurch die vorgeschriebene Anwesenheit von zwei Dritteln der Wahlmänner nicht zu erzielen war, so konnte die Wahl nicht vorgenommen werden, und unsre Genossen müssen sich eben nochmals bemühen. An einigen Stellen wurde in diesem Kreise auch der Versuch gemacht — so in Weiskirchen — socialdemokratische Wahlmänner zum Fernbleiben von der Wahl zu bewegen, natürlich ohne Erfolg. Ob man in der Zwischenzeit bis zum nächsten Wahltermin noch weitere solche Verräter-Experimente vorzunehmen gedenkt?

Die Stadt Mainz wählte ihre früheren Vertreter Dr. David und Haas wieder. Beinahe wäre noch ein neuer Kreis für die Socialdemokratie erobert worden, denn in Darmstadt-Groß-Gerau wurden für unsern Genossen Friedrich-Darmstadt 19 Stimmen angegeben, während der Landwirtsbündler Bürgermeister Sensfelder-Büttelborn mit 22 Stimmen siegte. Freisinnige wurden noch gewählt in Gießen: Rechtsanwalt Gutfleisch, Friedberg: Beigeordneter Damm und Alsfeld: Rechtsanwalt Reh, ein Verwandter Liebknechts. Bingen und Ingelheim wählten die bisherigen Centrums-Abgeordneten Pennrich und Frenay wieder. Worms behält seinen nationalliberalen Vertreter Reinhart, ebenso Erbach seinen Vertreter Lang und Waldmichelbach seinen Vertreter Heidenreich von derselben Couleur. Lauterbach verlor seinen bisherigen nationalliberalen Vertreter Zinser durch Losentscheid. In Dieburg-Groß-Umstadt, wo das Centrum den Sieg seines Kandidaten Uebel-Dieburg erhoffte, siegte der Antisemit Hauck-Schafheim. Bauernbündler und Antisemiten wurden noch in Herbstein: Schmalbach, Oppenheim: Braun, Grünberg: Hirschel und Schotten: Weidner gewählt.

In einzelnen Kreisen hat es auch an Wahlunregelmäßigkeiten bei den Wahlmänner-Wahlen nicht gefehlt, so besonders auch im Kreise des christlichsocialen Weidner. Jedenfalls spricht da die Kammer noch ein ernstes Wörtchen mit, um solchen Ungehörigkeiten zu steuern. —

Die akademischen Vetterschaften. Aus München, 9. November, wird uns geschrieben:

Die Cliquen- und Protektionswirtschaft an unsern Universitäten ist nun endlich auch einmal offiziell anerkannt worden. Anläßlich der Immatrikulation hielt dieser Tage der Rector magnificus der Münchener Universität, Geheimrat Dr. v. Winckel, eine Ansprache und berührte dabei auch die Organisation des akademischen Lehrkörpers. Dabei äußerte der Rektor wörtlich: „Ersessen kann keine Professur werden, und wenn es dahin kommen sollte, so wäre das überaus traurig. Wenn freilich auch hier Protektion, **Cliquenwesen** und dergleichen sich geltend machen, wie es ja **leider nicht zu leugnen ist**, so ist das eben menschlich und überall so."

Geheimrat v. Winckel ist als sehr vorsichtiger und zurückhaltender Mann bekannt. Wenn er es trotzdem für notwendig hielt, einmal der Katze die Schelle umzuhängen, wobei er allerdings nur längst Bekanntes wiederholte, so müssen sich die Verhältnisse schon ganz hübsch ausgewachsen haben. Die Clique der Voraussetzungslosen wird ihm für seine Rede freilich wenig Dank wissen. —

Bayrische Beamten-Opposition. Aus München wird uns berichtet: Die hiesigen Staatsbeamten und Bediensteten hielten am 8. November eine große, sehr stark besuchte Versammlung ab, um zu beraten, was zu geschehen habe, wenn auch der nächste Landtag die Wohnungsgeldzuschüsse ablehnt. Es wurde beschlossen, für diesen Fall einen großen Wareneinkaufs-Verein zu gründen oder sich an einen schon bestehenden Konsumverein, der entsprechend auszubauen wäre, anzuschließen. Die Stimmung unter den Beamten und Bediensteten ist äußerst erbittert. —

Von der Feuerbestattung. Aus Baden wird uns geschrieben: In Mittel- und Süddeutschland nimmt die Zahl der Städte, die mit Einrichtungen zur Leichenbestattung durch Feuer ausgerüstet sind, von Jahr zu Jahr zu. Während im Norden und Osten des Reiches Krematorien bis heute bekanntlich nicht anzutreffen sind, bestehen solche schon seit längeren Jahren in Gotha, Eisenach, Homburg, Jena, Mainz, Offenbach, Heidelberg und Mannheim. Zu den zuletzt genannten beiden badischen Städten tritt demnächst auch die Residenz Karlsruhe hinzu, deren Stadtrat jetzt beim Bürgerausschuß einen Kredit von 66 000 M. zur Erbauung eines Krematoriums beantragt. In der Begründung der Vorlage wird hervorgehoben, es brauche in der vorliegenden Frage nicht untersucht zu werden, ob die Verbrennung der Leichen in der That diejenigen gesundheitlichen und ästhetischen Vorzüge darbiete, die die Anhänger dieses Verfahrens geltend machen; für die von der Gemeinde zu treffende Entschließung genüge es vielmehr, daß in der genannten Richtung irgend welche begründete Einwendungen gegen die Verbrennung nicht erhoben werden könnten. Ebenso dürfe außer Betracht bleiben, ob die Feuerbestattung den religiösen Vorschriften der einen oder andern Konfession entspreche, da sie selbstverständlich nur fakultativ sein könne und begründete rechtliche oder sittliche Bedenken gegen sie nicht vorlägen. Unter diesen Umständen werde es grundsätzlich richtig sein, wenn die Gemeinde als Verwalterin des Bestattungswesens je nach Wunsch der Berechtigten die Leichen entweder beerdige oder verbrenne. Sie werde dabei das neue Verfahren jedoch nur unter der Bedingung zulassen können, daß diejenigen, die nichts davon wissen wollen, auch von den daraus erwachsenden Kosten frei bleiben. Dieses Ziel werde durch eine entsprechende Gebühr erreicht, die die Kosten des Verbrennungsverfahrens ausgiebig deckt, wobei nicht außer acht gelassen werden dürfe, daß die Verbrennung der Leichen insofern eine Entlastung der Gemeinden bedeute, als für diese die Beschaffung von Begräbnisplätzen für die feuerbestatteten Leichen in Wegfall komme.

Ausland.

Ein Wendepunkt im Bergarbeiterstreik.

Paris, 9. November. (Eig. Ber.) Die fünfte Woche des Bergarbeiter-Generalstreiks beginnt mit einem kritischen Wendepunkt. Die ungerechten Schiedssprüche im Pas-de-Calais und im Norddepartement haben wieder alles in Frage gestellt. Die Arbeiter sind erbittert. Der parlamentarische Erfolg der Streikdebatte, das Kammervotum über die Einleitung einer schiedsgerichtlichen Aktion, hat sich für die etwa 90 000 Streikenden der genannten zwei Departements bereits als eine taube Nuß erwiesen. Und was die übrigen Reviere betrifft, so müßten die nordischen Schiedssprüche eine böse Rückwirkung auf die noch schwebenden Unterhandlungen ausüben. Kurz, der große Kampf würde jedenfalls seinen unmittelbaren Hauptzweck, die Abwehr der Lohnreduktion, verfehlen, wenn sich die Arbeiter der nordischen Reviere den Schiedssprüchen fügten.

Letzteres ist nun nicht geschehen. Der Kongreß der nordischen Gewerkschaften zu Lens hat, ohne die Schiedssprüche formal zu verwerfen, mit großer Mehrheit die Einleitung neuer Unterhandlungen beschlossen. Der Streik wird selbstverständlich fortgesetzt.

Die Kehrseite dieses Beschlusses ist die thatsächliche Nichtanerkennung einer Entscheidung, zu deren Anerkennung sich beide Parteien im voraus verpflichtet haben. Das Streikkomitee von Carmaux, wo sich zur Zeit Jaurès aufhält, hatte an den Abgeordneten Basly, den Vorsitzenden des Lens-Kongresses, ein Telegramm geschickt mit dem dringlichen Rate, die Schiedssprüche anzuerkennen, trotzdem sie „den gerechten Erwartungen des Bergarbeiter-Proletariats nicht entsprechen". Der Rat wird begründet erstens damit, daß die Ablehnung der Schiedssprüche einen „unheilvollen Schlag für das Princip des Schiedsgerichts" in Streiksachen bedeuten würde. Zweitens wird auf die andren Reviere verwiesen, wo die Grubengesellschaften bisher noch die schiedsgerichtliche Aktion verschleppen, also dieselbe ablehnen würden, falls die nordischen Schiedssprüche von den Arbeitern nicht anerkannt werden sollten.

Man sieht, der Lens-Kongreß konnte keinen Augenblick die Tragweite seines Kampfbeschlusses verkennen. Er hat aber trotzdem vorgezogen, es auf eine neue Kraftprobe ankommen zu lassen. Und meines Erachtens mit Recht. Das „Princip des Schiedsgerichts" hat ja gerade im gegebenen Falle Fiasko gemacht. Was hingegen die nordischen Bergarbeiter früher an Lohnerhöhungen erlangten, verdanken sie nicht jenem „Princip", sondern direkten Unterhandlungen mit den Unternehmern, d. h. dem direkten Druck ihrer Organisation. In die Form des Schiedsgerichts umgesetzt, büßt dieser Druck den besten Teil seiner Kraft ein. Im souverän entscheidenden „Unparteiischen" heben sich Druck und Gegendruck der beiden Parteien auf, und zwar gerade desto vollständiger, je unparteiischer er ist oder sich wähnt. Er hält sich daher an formaljuristische Gesichtspunkte, wie es — bestenfalls in bureaukratischer Beschränktheit — die schiedsrichtenden nordischen Berginspektoren gethan haben. . . . Jedenfalls darf die wirtschaftliche Form des Klassenkampfes ebenso wenig an ein schiedsgerichtliches „Princip" gekettet werden, wie dessen politische Form. Und es zeugt von einem gesunden proletarischen Instinkt, wenn die französischen Gewerkschaften im allgemeinen von einem schiedsgerichtlichen Princip nichts wissen wollen.

Was die Wirkung des Lens-Kongresses auf die andren Reviere betrifft, so kann sie zumindest nicht schlimmer sein, als die Wirkung der Anerkennung der Schiedssprüche gewesen wäre.

In zweitwichtigsten Streikgebiet des Loire-Departements ist die Schiedsgerichts-Aktion noch vor dem Lens-Kongreß auf sehr bezeichnende Schwierigkeiten gestoßen. Die Parteien können sich auf die Wahl des „Unparteiischen" nicht einigen. Die Arbeitervertreter haben nacheinander den Ministerpräsidenten und den Loire-Präfekten vorgeschlagen. Die Vertreter der Grubenbesitzer aber wollen nicht ihre Sache „politischen Persönlichkeiten" anvertrauen. Diese sind ihnen eben nicht unparteiisch genug. Sie schlugen ihrerseits einen hohen Gerichtsbeamten vor, zuerst den Gerichtspräsidenten von Lyon und dann den ersten Vorsitzenden des Kassationshofes. Darauf antworteten die Arbeitervertreter mit der Kandidatur des in ganz Frankreich durch seine humane Rechtsprechung berühmten Gerichtspräsidenten Magnaud, des „guten Richters" von Chateau-Thierry. Nun lehnten die Compagnien ab. Natürlich! Denn Magnaud ist selbst auf dem Amtsgerichts-Stuhl vom juristischen Formelkram frei und zeigt ein tiefes Gerechtigkeitsgefühl.

In der Haute-Loire und im Puy-de-Dôme haben die Compagnien — ebenfalls schon vor dem Lens-Kongreß — das Schiedsgericht rundweg abgelehnt. Endlich in Carmaux will die Compagnie die von den Streikenden mit gewählten politischen Vertreter, den Bürgermeister Calvignac und den Abgeordneten Jaurès, nicht einmal zu den vorbereitenden Unterhandlungen zulassen.

Es wird offenbar noch eines großen Aufwandes von Energie und Kampfmut bedürfen, um die Kraftprobe zu gutem Ende zu führen. —

Christliche Kolonialpolitik Hollands.

Das mit dem Erscheinen des christlichen Ministeriums durchaus kein Zeitalter der Gerechtigkeit angebrochen ist, ist eine bekannte Thatsache und auch die armen Indier werden nichts von dem Segen spüren, der, wie man meinen sollte, von einem Ministerpräsidenten ausgehen muß, der sich so oft auf Bibel und Offenbarung beruft und zu dem Gotte der Liebe in einem ganz besonders vertraulichen Verhältnis zu stehen glaubt. In dem Indischen Budget für 1903 deutet nichts, auch ganz und gar nichts darauf hin, daß hier etwa ein neuer christlicher Geist irgend welchen Einfluß gewonnen hat. Die Ausgaben sind auf rund 165 Millionen Gulden, die Einnahmen auf 153 Millionen berechnet; das Defizit von 12 Millionen wird aus der indischen Anleihe von 1898 gedeckt. Diese Anleihe war die zweite für Indien. Es waren 55 Millionen Gulden. Davon waren 1901 noch 19 Millionen übrig; nachdem nun aber auch 1902 ein großes Defizit gebracht hat, wird wahrscheinlich 1903 der letzte Rest der Anleihe verbraucht werden. Solange Indien Profite für den niederländischen Staat abwarf, hielten es die Machthaber für praktisch, die Finanzen der Kolonien mit denen des Mutterlandes zu verquicken; als aber die schlechten Zeiten kamen, da gingen die Herren dazu über, ein getrenntes Indisches Budget aufzustellen, damit die armen Indier die Schulden der Mißwirtschaft ihrer Ausbeuter selber tragen sollten. Nun redet man von der „Ehrenschuld" Niederlands, von jenen vielen Millionen, die es in der guten Zeit — als Staat, selbstverständlich ganz abgesehen von den ungeheuren Profiten der Privatkapitalisten — aus Indien herausgeholt hat. Aber das christliche Kabinett denkt nicht daran, auch nur etwas von dieser „Ehrenschuld" abzutragen. Der kapitalistische, militaristische und imperialistische Charakter tritt auch in dem neuen Budget nur zu deutlich hervor. Empörend ist es, wie die ca. 65 000 Europäer von Niederländisch-Ostindien den 33 Millionen Eingeborenen gegenüber bevorzugt werden. Rund 12 800 000 Gulden der Ausgaben sind bestimmt für Urlaubs- und Nonaktivitäts-Traktamenten, Wartegelder, Unterstützungen, Gratifikationen, Pensionen und Gehälter; davon erhalten aber Eingeborene nur 400 000 Gulden, Europäer 12 400 000. Für europäischen Unterricht sind 3 Millionen, für inländischen nur 1 600 000 Gulden bestimmt; für die Kinder der 65 000 Europäer wird fast zweimal so viel als für die der 33 Mill. Eingeborenen ausgegeben. Rund 35 300 000 Gulden sind für Krieg, 9 700 000 für Marine, zusammen also 45 Millionen für militärische Zwecke bestimmt, das ist weit über ein Viertel der ganzen Einnahme Indiens. Die militärischen Ausgaben für 1903 übersteigen die des stark militärischen Budgets von 1902 noch um 888 000 Gulden. Indien muß für die imperialistischen Gelüste Hollands bluten, muß z. B. auch dafür zahlen, daß Holland seine Macht auf dem australischen Neu-Guinea zu befestigen und auszudehnen sucht! Für die Indier selbst aber, für wichtige Kulturaufgaben ist sehr wenig über. Die Ausgaben für Bewässerung, für die so notwendige Verbesserung des Ackerlandes auf Java sind diesmal nur 1 995 500 Gulden gegen 2 160 000 im vorigen Budget angesetzt, und dabei nimmt die Hungersnot der Eingeborenen einen immer größeren Umfang an! — Die Kammer beginnt in der Regel mit der Beratung des Indischen Budgets in der zweiten Hälfte des November. Diesmal werden die Regierung und die Vertreter des herrschenden Systems einen ganz besonders schweren Stand haben. Unser Parteigenosse Van Kol, der von neuem aus eigner Anschauung die Zustände in Indien kennen gelernt hat, wird den Herren mit Thatsachen entgegentreten, die sie nicht zu widerlegen vermögen. Van Kol hat bereits jetzt im Anschluß an das Budget eine Schilderung der Verhältnisse auf Java und der kapitalistischen Ausbeutung der Bevölkerung veröffentlicht, die ihre Wirkung nicht verfehlen wird; er legt den Herren von der Regierung Fragen über die zukünftige Verwaltung Indiens vor, die ihnen nicht angenehm sein werden. Man kann auf sehr interessante Kammerverhandlungen rechnen. —

Frankreich.

Grubenenquete.

Paris, 8. November. (Eig. Ber.) Nach kurzer Debatte hat die Deputiertenkammer im Einverständnis mit der Regierung auf Antrag der jaurèsistischen Fraktion eine parlamentarische Enquete über die „Ursachen der Konflikte und der Ausbeutungsverhältnisse in der französischen Kohlenindustrie" votiert, und zwar mit 358 gegen 141 Stimmen. Der wichtige Beschluß ist nicht nur, wie selbstverständlich, eine direkte Folge des Generalstreiks. Unmittelbar nach den zwei ungerechten Schiedssprüchen über die Lohnfrage gefaßt, erscheint er als eine Mißbilligung dieser Schiedssprüche, wie der melinistische Abg. Beauregard zutreffend sagte, damit das ablehnende Votum der kapitalistischen Parteien begründend. Ferner hat die Kammer mit 299 gegen 182 Stimmen einen nationalistischen Zusatzantrag verworfen, der von der Enquete „Vorschläge zur Verwirklichung des unentbehrlichen Einvernehmens zwischen den Arbeitern und den Grubengesellschaften" verlangte. Dieser Zusatz bildet übrigens den Rest eines nationalistischen Enquete-Antrages, der eigentlich gegen die Streikenden und die „Streikhetzer" gerichtet war, aber durch Annahme des socialistischen Antrags ohne weiteres beseitigt wurde.

Die Enquete-Kommission wird aus 33 Mitgliedern bestehen und durch Listenwahl gewählt werden, d. h. eine überwiegende radikale und socialistische Mehrheit aufweisen.

Im Jahre 1884 wurde zum erstenmal eine parlamentarische Grubenenquete veranstaltet im Gefolge der damaligen Kohlenstreiks. Jene Enquete offenbarte das tiefe Elend und die Knechtung der Bergarbeiter und wurde zum Ausgangspunkt der Schutzgesetzgebung in der Kohlenindustrie. Die kommende Enquete wird gewiß neues wertvolles Material zu Gunsten der mächtiger denn je erhobenen Forderungen der Bergarbeiter liefern.

Rußland.

Der Oberprokurator des Heiligen Synods, Pobjedonoszew, beabsichtigt von seiner Stellung zurückzutreten. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Petersburg von gestern: Es verlautet aus sicherer Quelle, Pobjedonoszew habe mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seinen Wunsch, seine letzten Lebensjahre in Ruhe zu verleben, um Enthebung von seiner Stellung gebeten. Kaiser Nikolaus habe das Gesuch bewilligt. Man erwartet zu Neujahr die amtliche Bekanntgabe. Als sein Nachfolger wird das Mitglied des Reichsrates Graf Sergius Scheremetjew genannt. —

Aus Industrie und Handel.

Generalversammlung der Aktionäre der Leipziger Bank. Auf der Tagesordnung der Generalversammlung, die heute stattfand, stand bekanntlich die Frage der Erhebung von Regreßansprüchen gegen die früheren Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates und ferner die Geltendmachung von Ansprüchen gegen den Konkursverwalter, dem vorgeworfen wird, daß er durch seinen mit dem früheren Aufsichtsrat abgeschlossenen Vergleich die Aktionäre benachteiligt habe.

Die Versammlung, die von etwa 200 Personen besucht ist, wird vor dem Vorsitzenden des jetzigen Aufsichtsrats, Dr. Göhring, eröffnet, der nach dem telegraphischen Bericht des „Berl. Tagebl." erklärt:

Die jetzige Verwaltung habe die Initiative zu prozessualen Schritten gegen den früheren Aufsichtsrat und den Konkursverwalter nicht ergreifen wollen. Sie habe aber gegen den abgeschlossenen Vergleich protestiert. Der Appell an den Aufsichtsrat, auf gütlichem Wege die Aktionäre zu entschädigen, hat keinen Erfolg gehabt. In den jüngsten Tagen hat der frühere Aufsichtsrat formell erklärt, daß er eine Entschädigung der Aktionäre ablehnt. (Entrüstungsrufe.) Das Verhalten des früheren Aufsichtsrates mache einen beschämenden Eindruck.

Rechtsanwalt Blumenfeld begründet die Anträge der heutigen Versammlung. Der frühere Aufsichtsrat habe eine Regreßpflicht von 60 Millionen Mark anerkannt. Der Konkursverwalter habe sich aber mit 4½ Millionen zufrieden gegeben. Der Konkursverwalter habe die Interessen der Aktionäre gröblich verletzt. Redner erwähnt schließlich noch, daß die Idee ventiliert werde, einen Zwangsvergleich im Konkurse der Bank abzuschließen.

In der Diskussion wird die Beschlußfassung über die Beschaffung von Mitteln zur Prozeßführung als ungesetzlich bezeichnet. Rechts-

anwalt Joeffel stellt den Antrag, der neuen Verwaltung ein Mandat zu erteilen, mit dem früheren Aufsichtsrat und dem Konkursverwalter zu verhandeln im Interesse derjenigen Aktionäre, die Aktien vor dem Zusammenbruch besessen. (Sehr richtig.) Das Aufsichtsratsmitglied Bohens, der Vorsitzende der Aktionärvereinigung, erklärt sich gegen die Anträge der heutigen Versammlung. Rechtsanwalt Burckas weist auf die Konkursordnung hin, wonach die Gläubiger nur auf dasjenige Vermögen Anspruch haben, das der Zwangsvollstreckung unterliegt. Dazu gehören nach seiner Meinung Regreßansprüche nicht. Mithin habe der Konkursverwalter zu Unrecht den Vergleich abgeschlossen.

In endloser Debatte kommen die verschiedenartigsten Ansichten zum Ausdruck. Den Gipfelpunkt der mangelnden Sachkenntnis erreicht ein Aktionär, indem er bedauert, daß der Aktienkurs nach dem Konkurs infolge von Treibereien auf 190 Prozent (!) gestiegen sei.

Bevor zur Abstimmung geschritten wird, giebt der Vorsitzende der Ansicht Ausdruck, daß Personen, die die Rechte des früheren Aufsichtsrates vertreten, nicht mitstürmen dürfen. Die Abstimmung ergiebt, daß der Antrag Blumenfeld auf Einsetzung einer Kommission, die gegen den Aufsichtsrat Ansprüche erheben soll, mit 26 018 gegen 19 000, und der Antrag auf Erhebung von Ansprüchen gegen den Konkursverwalter mit 25 503 gegen 24 022 Stimmen angenommen wurde. Für die erforderlichen Mittel hat die Kommission Sorge zu tragen. Ein Zwang zur Zahlung von Beiträgen für die Aktionäre besteht nicht.

Am Schluß der Generalversammlung ereignete sich ein interessanter Zwischenfall; der gesamte Aufsichtsrat legte sein Amt nieder und erklärte, auf keinen Fall eine Neuwahl anzunehmen. Der Vorsitzende ersuchte um Vorschläge für die Neuwahl von 9 Aufsichtsratsmitgliedern, indes erklärte sich niemand zur Uebernahme des Amtes bereit.

In die Kommission wurden gewählt: Rechtsanwalt Blumenfeld, Direktor Schuhann, beide in Hamburg; Dr. Röder-Görlitz; Rechtsanwalt Huschner-Leipzig und Rechtsanwalt Kali in Leipzig.

Kohlenförderung. Bei der vom Kohlensyndikat in Aussicht genommenen Einschränkung der Förderung um 24 Proz. hat sich, wie die „Rheinisch-Westf. Ztg." meldet, im Oktober dieses Jahres bei 27 Arbeitstagen eine Minderförderung gegenüber der Beteiligungsziffer von nur 16,85 Proz. (gegen 20,29 Proz. im Vormonat und gegen 16,73 Proz. im Oktober vorigen Jahres bei 26 resp. 27 Arbeitstagen) ergeben. Die rechnungsmäßige Beteiligungsziffer betrug im Oktober d. J. insgesamt 5 574 474 Tonnen oder arbeitstäglich 206 462 Tonnen (5 213 876 Tonnen oder 205 534 Tonnen bezw. 5 264 425 oder 194 979). Demgegenüber stand eine Förderung von 4 579 595 oder arbeitstäglich 169 615 Tonnen (4 156 221 oder 159 855 bezw. 438 378 oder 162 362 Tonnen). Die Minderförderung belief sich demnach auf 994 879 oder arbeitstäglich 36 847 (1 057 655 oder 40 679 bezw. 880 643 oder 32 616 Tonnen). Die Förderabrechnung würde sich erheblich günstiger gestellt haben, wenn nicht die Beteiligungsziffer seit dem 1. Oktober abermals beträchtlich gesteigert wäre.

Für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Oktober belief sich die rechnungsmäßige Beteiligungsziffer der Syndikatzechen des Kohlensyndikats auf 50 651 484 Tonnen, oder arbeitstäglich 190 715 Tonnen, im Vorjahre 47 772 414 Tonnen oder arbeitstäglich 188 917 Tonnen, der eine Förderung von zusammen 40 197 507 Tonnen, oder arbeitstäglich 158 497 Tonnen, im Vorjahre 42 267 116 Tonnen, arbeitstäglich 167 146 Tonnen gegenüberstand. Es sind demnach im vorigen Jahre während der ersten zehn Monate von den Syndikatszechen 2 069 609 Tonnen mehr gefördert worden, als im laufenden Jahre.

Nach den neuesten Nachrichten aus dem Ruhrkohlen-Revier beginnt die Marktlage sich bereits erneut zu verschlechtern, da die Bestellungen seitens der französischen Kohlenhändler, die wesentlich zu dem relativ günstigen Ergebnis des Oktobers beigetragen haben, nachlassen. Englische und belgische Kohlen werden jetzt vielfach noch billiger in Frankreich angeboten als deutsche; und außerdem scheinen auch die französischen Groß-Kohlenhändler der Ansicht zu sein, daß bald der Streik beendet sein wird. Deutlich zeigt sich der Rückgang der französischen Nachfrage darin, daß die Wagenverladungen und die Wagenanforderungen während der vergangenen Woche beträchtlich hinter denen in der letzten Oktoberwoche zurückgeblieben sind.

Rheinisch-westfälisches Roheisen-Syndikat. Nach langen Verhandlungen ist am Sonnabend in Düsseldorf die Verlängerung des Düsseldorfer Roheisen-Syndikats erfolgt; und ist nun anzunehmen, daß auch das Siegerländer Roheisen-Syndikat und das Schienenkartell bis zum 31. Dezember 1903 verlängert werden. Vorläufig ist damit der wichtigste Teil der Verbandsfrage für die Eisenindustrie gelöst; ob zum Nutzen für das Gesamt-Wirtschaftsleben, dürfte allerdings recht zweifelhaft sein.

Die Elektricitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert u. Co. teilt mit: In einer zu München abgehaltenen Sitzung des Finanzkonsortiums, in welcher der letzte Finanzplan der Elektricitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert u. Co. und der Continentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zur Vorlage gelangte, wurden die von beiden Gesellschaften für den Ausbau aller ihrer Unternehmungen benötigten Kredite zunächst auf die Dauer von 5 weiteren Betriebsjahren in unkündbarer Weise zur Verfügung gestellt. Auf die Bestellung von Sicherheiten wurde seitens des Bankkonsortiums verzichtet.

Allgemeine Elektricitätsgesellschaft Berlin. Den Ausführungen über „die Lage der Elektricitätsindustrie" in letzter Nummer bleibt noch hinzuzufügen, daß der Geschäftsgewinn für das abgelaufene Berichtsjahr nach Abzug der Obligationszinsen sich auf 6 996 966 M. stellt (im Vorjahre 10 726 600 M.), hinzu kommt der Vortrag vom voraufgegangenen Jahre im Betrage von 226 290 M., so daß die Gesamtsumme 7 223 157 M. (im Vorjahre 11 012 157 Mark) beträgt.

Nach Abzug von Handlungsunkosten, Steuern und Abschreibungen stehen 5 634 042 M. (gegen 9 738 669 M.) zur Verfügung, deren Verteilung wie folgt vorgeschlagen wird: 8 Proz. Dividende (Vorjahr 12 Proz.) gleich 4 800 000 M. (7 200 000 M.), Tantiemen 120 000 M. (240 000 M.), Gratifikationen 240 000 M. (300 000 Mark), Unterstützungsfonds 240 000 M. (300 000 M.), Vortrag 234 042 M. (226 291 M.).

Gerichts-Zeitung.

Ein **kleiner Dämpfer** ist einem Schutzmann aufgesetzt worden, der es in einer Streikangelegenheit gar zu eilig mit einer Sistierung hatte. Der Tischler Schütthauff war angeklagt, am 3. September d. J. vor dem Hause Fruchtstraße 31 als Streikposten gestanden und dadurch mit Rücksicht auf einen in dem genannten Hause ausgebrochenen Streikzustand die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet und den Anordnungen eines Schutzmannes nicht Folge geleistet zu haben. In dem genannten Hause war ein Streik ausgebrochen, der Angeklagte war im dritten Stockwerk von einem Schutzmann betroffen worden und auf dessen Frage, was er da suche, hatte er geantwortet: „Ich arbeite hier und im übrigen geht Sie das gar nichts an!" Der Schutzmann verbot ihm darauf, sich in der Nähe des Streik-Lokals aufzuhalten, der Angeklagte ging zwar die Treppe herunter, erklärte aber dem Schutzmann: „Wenn Sie mich noch einmal belästigen, werde ich mich über Sie beschweren." Er wurde darauf zur Wache sistiert. Im Termin bestätigte der im Hause Fruchtstraße 31 wohnende Tischlermeister Sommer dem Angeklagten, daß dieser zur fraglichen Zeit bei ihm gearbeitet habe und noch arbeite. Der vernommene Schutzmann behauptete, daß der Angeklagte seine Absicht, sich zu beschweren, in sehr lärmendem Tone kund gegeben habe, worauf der Vorsitzende der VIII. Strafkammer den Zeugen darauf hinwies, daß er in seiner Anzeige mit keinem Worte von einem Lärm gesprochen habe. Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung, da der Angeklagte der Aufforderung des Schutzmannes, sich nicht vor dem Streik-Lokal aufzuhalten, gar nicht zuwider gehandelt habe. — Rechtsanwalt Dr. Heinemann beantragte nicht bloß Freisprechung, sondern auch Belastung der Staatskasse mit den Kosten der Verteidigung, da schon nach der Anklage selbst die Freisprechung des Angeklagten sich ergeben mußte. Dieser habe sich innerhalb des Hauses aufgehalten und sei dort von dem Schutzmann aufgefordert worden, das Straßenpolizeireglement gebe dem Schutzmann nur Rechte außerhalb des Hauses, indem es bestimme, „was zur Ruhe und Sicherheit des Publikums auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu geschehen habe." Abgesehen hiervon würde sich das Verbot des Schutzmannes auch in keiner Weise rechtfertigen, denn das Streikpostenstehen sei an sich nicht verboten, und daß irgend welche Gefährdung der Ruhe und Sicherheit vorgelegen, habe der Schutzmann nicht zu bekunden vermocht. Der Richter müsse dies nachprüfen, wie auch das Kammergericht neuerdings mit aller Schärfe ausgesprochen habe. Während früher die Ansicht geherrscht, daß der Richter nicht nachzuprüfen habe, ob ein solches Verbot eines Schutzmannes zu Recht oder Unrecht ergangen sei, spreche das Kammergericht in einem Urteil vom 11. November 1901 wider den Maurer Louis Schicke aus: „Auf die subjektive Auffassung des Beamten, ob er durch seine Aufforderung die öffentliche Ruhe und Sicherheit habe aufrecht erhalten wollen, könne es nicht ankommen, sondern darauf, ob die Aufforderung thatsächlich zur Erreichung des Zwecks, den der Polizeibeamte bei Erlaß des Verbots im Auge gehabt, geeignet war. Diese Feststellung zu treffen ist Sache des erkennenden Richters, der nachzuprüfen hat, ob die Aufforderung des Polizeibeamten sich auch in Wirklichkeit als eine solche darstellt, deren Nichtbefolgung in der Straßenpolizei-Verordnung unter Strafe gestellt ist. Wollte man die Auffassung des Beamten allein als entscheidend ansehen, so würde dies zur Folge haben, daß auch die Nichtbefolgung von Aufforderungen, die im Gegensatz zu der Annahme des Beamten thatsächlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf der Straße gänzlich ungeeignet sind, der Bestrafung unterläge." Die gleichen Gesichtspunkte hat das Kammergericht neuerdings geltend gemacht. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei und legte auch die außergerichtlichen Kosten der Staatskasse auf, unter folgender Begründung: Das Streikpostenstehen an sich ist zulässig; der Angeklagte hatte das gute Recht, sich in dem betreffenden Hause aufzuhalten. Die Straßenpolizei-Verordnung komme hier nicht in Frage, denn sie beziehe sich nur auf Vorgänge auf der Straße, nicht aber im Hause. Das Verbot des Schutzmannes an den Angeklagten, sich im Hause aufzuhalten, war auf Grund des § 132 der Straßenpolizeiordnung absolut ungerechtfertigt und der Angeklagte durfte sich durch das Verhalten des Schutzmannes beschwert fühlen. Jeder Beamte müsse es sich gefallen lassen, wenn jemand, der sich durch seine Anordnungen beschwert fühlt, sich an die vorgesetzte Stelle wende, für den Beamten folge daraus nur die Pflicht, seine Handlungen so einzurichten, daß eine Beschwerde keinen Erfolg haben könne. Diese Vorsicht habe aber vorliegend der Schutzmann nicht geübt, da er das Gesetz nicht beobachtet habe. Lag aber kein Grund für den Schutzmann vor, dem Angeklagten den Aufenthalt im Hause zu verbieten, oder gar ihn zu sistieren, so folge hierdurch auch die Verpflichtung, die außergerichtlichen Kosten auf die Staatskasse zu übernehmen.

Die schlimmen Folgen einer Wirtshaus-Hänselei beschäftigten gestern das Schwurgericht am Landgericht I, welches unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Heidrich eine neue Tagung begann. Auf der Anklagebank saß der Tischlermeister Stanislaus Stelmaszyk, um sich auf die Anklage der Körperverletzung mit tödlichem Erfolge zu verantworten. Der Angeklagte, welcher verheiratet und Vater dreier Kinder ist, betrieb hierselbst in der Warschauerstraße eine große Tischlerei, die aber infolge seiner Verhaftung aufgelöst worden ist. Am Abend des 26. August befand er sich mit seinem Werkführer Ludwig in einem Bierlokal und bekam dort Streit mit dem Milchpächter Gädicke und dem Hilfspostboten Franz Braasch, weil diese beleidigende Bemerkungen über ihn machten. Er verließ mit dem Werkführer das Lokal und beide begaben sich in eine andre Restauration; kaum hatten sie dort Platz genommen, da erschienen auch Gädicke und Braasch daselbst, setzten sich an denselben Tisch und es begann abermals ein Wortwechsel, den das Feierabend-Gebot des Wirtes beendete. Der Streit setzte sich aber auf der Straße fort und wurde so laut, daß ein Schutzmann sich genötigt sah, die Parteien mit zur Wache zu nehmen. Nach Feststellung der Personalien wurden erst die Gegner des Angeklagten entlassen, dieser aber blieb aus Vorsicht noch zehn Minuten länger auf der Wache. Als er wieder auf die Straße kam, glaubte er zu bemerken, daß ihm Gädicke und Braasch auflauerten, er kehrte deshalb noch einmal nach der Wache zurück und ließ sich zu seinem Schutze einen Beamten mitgeben. Der Schutzmann begleitete ihn auch eine Strecke, es zeigte sich aber nichts Verdächtiges und der Angeklagte erklärte ferneren polizeilichen Schutz nicht für nötig, da er mit seinem Werkführer die nächste Droschke besteigen und noch ein Café aufsuchen wolle. Bald darauf tauchten die Gegner aber wieder auf, es kam zum Wortwechsel und der Angeklagte gab dem Posthilfsboten Braasch einen Stoß vor die Brust. Er eilte dann mit Ludwig einer Droschke zu und trieb den Kutscher an, schleunigst wegzufahren. Ehe dies aber geschehen konnte, waren auch die beiden andern an der Droschke. Der Posthilfsbote Braasch war von seinem Begleiter angefeuert worden, sich den Stoß vor die Brust nicht gefallen zu lassen; er entriß dem in der Droschke sitzenden Angeklagten den Schirm und holte damit zum Schlage nach ihm aus. In demselben Augenblick fiel ein Droschkenkutscher dem Braasch in den Arm und hielt den Schirm fest. Der durch Alkohol animierte Angeklagte, der schon vorher seinem Begleiter gesagt hatte, daß es ihm so vorgekommen sei, als ob Braasch ein Messer in der Hand habe, kletterte aus der Droschke und entriß dem Braasch seinen Schirm, wobei er mit seinem Taschenmesser nach seinem Gegner stach. Dann fuhr er mit Ludwig davon. Der Gebrauch des Messers hatte sehr böse Folgen. Braasch hatte einen Stich in den Unterleib erhalten, von dem er anfänglich absolut nichts gemerkt hatte. Erst als er zu Hause angekommen war, stellten sich quälende Schmerzen ein und es zeigte sich, daß seine sofortige Ueberführung nach dem Krankenhause Friedrichshain notwendig war. Dort ist er zwei Tage darauf unter großen Schmerzen gestorben. Der Angeklagte gab den Gebrauch des Taschenmessers zu, machte aber zu seiner Entschuldigung geltend, daß er, seit er vor zwei Jahren an Bauten 80 000 M. verloren habe, sehr nervös und leicht erregbar sei, an jenem Abend viel getrunken habe und durch seine Gegner direkt bedroht worden sei. — Justizrat Bronker und Rechtsanwalt Grelling verwerteten diese Momente zur Verteidigung des Angeklagten und führten aus, daß dieser in der Notwehr gehandelt habe. Die Geschworenen nahmen auch Notwehr als vorliegend an und verneinten in diesem Sinne die Schuldfrage. Es mußte daher die Freisprechung des Angeklagten erfolgen.

Versammlungen.

Der Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg

hielt am Sonntag im „Volkshause" zu Charlottenburg seine Generalversammlung ab. Von 25 Orten waren 60 Delegierte anwesend; außerdem der Vorstand des Central-Wahlvereins, die Funktionäre und der Abgeordnete des Kreises, zusammen 74 Teilnehmer. Der Vorsitzende Hirsch erstattete den Bericht über die Zeit vom 1. Oktober 1901 bis zum 30. September 1902. Es wurden zwei Agitationstouren unternommen. An mehreren Orten hat sich der Vorstand mit der Schlichtung von Differenzen befassen müssen. Als Kalender für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg soll diesmal der für Pommern verfaßte mit einzelnen Abänderungen verwandt werden, da die Verhandlungen mit dem Verleger des Kalenders für die Provinz Brandenburg hinsichtlich der Annoncen nicht zu dem gewünschten Resultat geführt haben. Den Delegierten wurden Exemplare des neuen Kalenders zur Verfügung gestellt. Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen haben im allgemeinen große Erfolge gehabt, aber auch die Kasse sehr in Anspruch genommen. Durch Unterlassung der polizeilichen Anmeldung von Mitgliedern haben sich einzelne Vereinsvorstände Strafen zugezogen. Der Vorsitzende ersuchte, die Vorschriften des Vereinsgesetzes genau zu beachten, damit solche Unannehmlichkeiten vermieden werden. An den Parteivorstand sollen in Zukunft regelmäßig monatlich 100 M. abgeführt werden. Die Zahl der dem Central-Wahlverein angeschlossenen Vereine ist von 24 mit 3500 Mitgliedern auf 27 mit 5200 Mitgliedern gestiegen. Mit Rücksicht darauf, daß bei der letzten Reichstagswahl 42 699 socialdemokratische Stimmen im Kreise abgegeben wurden, muß jedoch noch eine große Steigerung der Mitgliederzahl möglich sein.

Der Kassenbericht lag den Delegierten gedruckt vor. Die gesamten Einnahmen betrugen 23 199,63 M., die Ausgaben 15 031,66 M., so daß ein Bestand von 8167,97 M., gegen 3731,86 Mark des Vorjahres, verbleibt. Für Agitation wurden 8180,98 Mark verwandt; dem Parteivorstand wurden 900 M. überwiesen. Des weiteren berichtete der Kassierer Eberhardt, daß im verflossenen Geschäftsjahre 22 000 Kalender, 44 000 Broschüren, 35 100 Flugblätter, 26 200 Handzettel, 570 Plakate und 888 Protokolle verbreitet wurden. — Dem Kassierer Eberhardt wurde nach kurzer Diskussion einstimmig Decharge erteilt. Darauf fanden die Neuwahlen statt. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren wurden Jäger-Rixdorf, Pielecke-Johannisthal und Gruhl-Nowawes gewählt. — Schubert, der Vertreter in der Agitationskommission, berichtet, daß diese Kommission eine ersprießliche Thätigkeit entfaltet hat. Da Schubert wegen Mangel an Zeit auf seine Wiederwahl verzichtete, wurde Obst-Schöneberg einstimmig in die Agitationskommission gewählt.

Von der Preßkommission berichtete Hoppe. Nach der letzten Flugblattverbreitung ist die Abonnentenzahl des „Vorwärts" um ca. 1500 gestiegen, sie beträgt jetzt ca. 60 000. Der Redner geht des weiteren auf die neuen Einrichtungen des „Vorw." ein und fordert zu thatkräftiger Unterstützung des neuen Unternehmens auf. — Als Vertreter in der Preßkommission wurden Hoppe-Rixdorf wieder- und Köster-Zehlendorf neugewählt. Die Diskussion über den Bericht, die sich wesentlich auf die Unterstützung des neuen Partei-Unternehmens mit Druckarbeiten bezog, führte zur Annahme folgender von Wollermann vorgeschlagenen Resolution:

„Die Delegierten der Generalversammlung verpflichten sich, in ihren Organisationen dahin wirken zu wollen, daß zu vergebende Druckarbeiten der „Vorwärts"-Druckerei überwiesen werden." — Ferner wurde auf Antrag von Baale folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung betrachtet die Preßkommission des „Vorwärts" als ein selbständiges Organ der Partei, das mit seinen Beschlüssen nicht unter der Kontrolle des Vertrauensmännerkörpers von Berlin und Umgegend steht. Den Preßkommissionsmitgliedern bleibt es selbstverständlich überlassen, sich bei principiellen Parteifragen mit den Parteigenossen ihrer Kreise in Verbindung zu setzen. Die Generalversammlung erklärt sich im übrigen mit dem Verhalten ihrer Preßkommissions-Vertreter einverstanden."

Von der Lokalkommission berichtete Schliebitz. Er bemängelte es, daß die Berliner entgegen den Wünschen der Genossen in Nieder-Schöneweide zwei Lokale freigemacht haben, und verlangte, daß die Ansichten der Genossen der Vororte mehr beachtet werden. In gleichem Sinne äußerte sich der Delegierte von Nieder-Schöneweide. Als Vertreter in die Lokalkommission wurde Schliebitz-Britz einstimmig wiedergewählt.

Darauf referierte Reichstags-Abgeordneter Zubeil über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Er wies auf die letzten Verhandlungen im Reichstage hin und auf die unverantwortliche Schlappheit, die die Freisinnige Volkspartei gegenüber dem Zolltarif bekundet. Bei dem nächsten Wahlkampfe werde man es im Kreise offenbar nur noch mit Konservativen zu thun haben. Es müsse danach getrachtet werden, daß der Wahlkreis im ersten Wahlgange erobert wird, und jetzt schon müsse mit der Wahlarbeit begonnen werden. Vor allem sollte auch für eine weitere Stärkung der Organisation gesorgt werden. Der Redner ging dann auf die Organisationsverhältnisse einzelner Orte näher ein und stellte schließlich den Antrag, daß der Vorstand des Central-Wahlvereins zum Central-Wahlkomitee des Kreises, mit dem Recht, sich zu ergänzen, ernannt werde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion, die sich hauptsächlich auf die Verhältnisse in den einzelnen Orten des Kreises bezog, teilte Hirsch mit, daß die Gegner bereits Vorbereitungen zur Wahl treffen und daß ein vertrauliches Cirkular an die Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien versandt wurde, worin zur Bildung eines Wahlkartells aufgefordert wird.

Sodann wurde über einen Antrag des Vorstandes, den Beitrag vom 1. Januar 1903 ab auf 25 Pf. zu erhöhen, beraten. Die Delegierten einzelner Orte sprachen sich dagegen aus und befürchteten, daß ein Rückgang der Mitgliederzahl dadurch herbeigeführt werden könnte, an andren Orten haben sich die Genossen jedoch einstimmig für die Beitragserhöhung erklärt. Der Antrag wurde angenommen. Ein Antrag von Sauer-Eichwalde, bei den neugegründeten Vereinen den Beitrag bis zur nächsten Generalversammlung auf 20 Pf. zu belassen, wurde abgelehnt. — Damit war die Tagesordnung erledigt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Socialdemokratischer Landtags-Wahlsieg.

Stuttgart, 10. November. (Privatdepesche des „Vorwärts".) In der heute stattgehabten Stichwahl in Amt Heilbronn wurde Genosse Schaeffler mit 2577 Stimmen in den Landtag gewählt. Der Gegenkandidat Hegelmaier brachte es auf 2397 Stimmen.

Nationalrats-Stichwahlen.

Zürich, 10. November. (Privat-Depesche.) Bei den Nationalratswahlen in St. Gallen wurde Genosse Brandt gewählt, während der Genosse Ernst in Zürich in der Minderheit blieb.

Damit wären insgesamt 7 socialdemokratische Nationalräte gewählt, während früher nur 4 Socialdemokraten dem Nationalrat angehörten, nach dem freiwilligen Rücktritt des Genossen Wullschläger sogar nur drei.

Türkisch-italienisches Abkommen.

Rom, 10. November. (W. T. B.) Die „Agenzia Stefani" meldet: In der Angelegenheit der Seeräuberei im Roten Meere ist ein Abkommen zwischen Italien und der Türkei auf folgender Grundlagen abgeschlossen worden: Alle in der Umgebung von Midi eingeschlossenen Seeräuber-Schaluppen werden zerstört oder dem Kommandanten Arnone ausgeliefert. Die türkischen Behörden werden diejenigen Seeräuber, welche türkische Unterthanen sind, streng bestrafen. Die von Arnone bezeichneten Seeräuber, welche nach der italienischen Kolonie Erythräa zuständig sind, werden von der Pforte binnen zwei Monaten nach Massauah ausgeliefert. An die Familien der beiden in Midi getöteten Seeleute wird eine Entschädigung von 15 000 Frank gezahlt.

Kabinettskrisis in Spanien.

Madrid, 10. November. (W. T. B.) In der Deputiertenkammer machte Ministerpräsident Sagasta Mitteilung von der Demission des Kabinetts. Die Kammer beschloß darauf, die Sitzung aufzuheben.

Lille, 10. November. (W. T. B.) Etwa 5000 Arbeiter haben in den Kohlengruben des Bassin du Nord die Arbeit wieder aufgenommen.

Peking, 10. November. (W. T. B.) Die chinesische Regierung hat dem Protest des Gouverneurs von Hunan gegen die Hinrichtung des für die Ermordung der britischen Missionare Bruce und Lewis verantwortlichen Beamten nicht stattgegeben. Die Behörden von Hunan verlangen, daß der britische Beamte, welcher Chenchau am nächsten stationiert ist, der Hinrichtung beiwohnt.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

212. Sitzung. Montag, den 10. November 1902, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt.

Zunächst erfolgen die namentlichen Abstimmungen über die zu § 5 gestellten Anträge Albrecht (Soc.), Dr. Müller-Meiningen (frs. Vp.) und Gothein (frs. Vg.)

Der Antrag Albrecht (Soc.) und Gen., der die Zollfreiheit für die von deutschen Fischern gefangenen Fische, Robben 2c. auch auf die von Helgoländer Einwohnern gefangenen Fische, Robben 2c. ausdehnen will, wird mit 165 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Die Präsenzziffer beträgt also 219.

Ein Antrag Gothein (frs. Vg.), die Worte „Von der Zollfreiheit ausgeschlossen sind die in fremdländischen Küstengewässern gefangenen Schal- und Krustentiere" zu streichen, wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt; ebenso ein Antrag Albrecht (Soc.) und Genossen, der gebrauchte Kleidungsstücke und Wäsche auch zur gewerblichen Verwendung zollfrei eingehen lassen will.

Ein weiterer Antrag Albrecht will die Beschränkung, „jedoch nur aufnahmeweise auf besondere Erlaubnis" in der Bestimmung streichen, daß gebrauchte Gegenstände vom Anziehenden zur eignen Benutzung zollfrei sein sollen. Die Abstimmung hierüber ist eine namentliche.

An der Abstimmung beteiligen sich 224 Abgeordnete. Der Antrag Albrecht wird mit 160 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

In einfacher Abstimmung werden abgelehnt der Antrag Albrecht (Soc.) u. Gen., der Ausstattungsgegenstände, Braut- oder Hochzeitsgeschenke auch ohne besondere Erlaubnis zollfrei lassen will, ebenso der Antrag Albrecht (Soc.), der auch bei gebrauchten Sachen, die als Erbschaftsgut eingehen, die besondere Erlaubnis streichen will.

Ferner wird in einfacher Abstimmung abgelehnt der Antrag Gothein (frs. Vg.) zu Ziffer 7, der den Bedarf von Schiffsmannschaften nicht nur für zwei Tage, sondern für unbegrenzte Zeit zollfrei lassen will.

Ueber den Antrag Albrecht (Soc.) u. Gen., der den Schiffsbedarf für eine Woche zollfrei lassen will, wird namentlich abgestimmt. An dieser Abstimmung beteiligen sich 216 Mitglieder. Der Antrag wird mit 160 gegen 56 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Albrecht (Soc.) u. Gen., der in Ziffer 10 nicht nur Proben von Kaffee, Kakao, Zucker, Rohtabak und getrockneten Früchten bis 350 Gramm, sondern alle Proben von Nahrungs- und Genußmitteln bis 350 Gramm zollfrei lassen will, wird in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Der Antrag Albrecht (Soc.) u. Gen., wonach in Ziffer 11 Kunstsachen außer für öffentliche Kunstanstalten auch für private Anstalten, die dem allgemeinen Besuch zugänglich sind, zollfrei bleiben sollen, wird in namentlicher Abstimmung bei einer Präsenzziffer von 214 Abgeordneten mit 157 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Gothein (frs. Vg.), der auch altertümliche Gegenstände (Antiken, Antiquitäten) für Sammlungen zollfrei lassen will, wird in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Der Antrag Albrecht (Soc.) und Genossen, wonach von der Zollfreiheit alle Binnenschiffe (nicht nur Binnensee- und Flußschiffe für Licenzzwecke) ausgeschlossen sein sollen, wird in namentlicher Abstimmung bei einer Präsenzziffer von 191 mit 149 gegen 42 Stimmen abgelehnt.

Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Präsident Graf Ballestrem beraumt die nächste Sitzung an auf Dienstag 12 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 3¾ Uhr.

An die Arbeiterschaft Berlins!

Gewerbegerichts-Wahl.

Mit dem Ablauf dieses Jahres scheidet auf Grund des vom Magistrat festgesetzten Verteilungsplanes das zweite Drittel der Gewerbegerichts-Beisitzer aus. Die Ergänzungswahl findet statt

am Sonntag, den 16. November,

von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends.

Zu wählen sind 70 Beisitzer in 16 Wahlbezirken.

Wahl-Berechtigung.

Zur Teilnahme an der Wahl ist berechtigt, **wer das 25. Lebensjahr vollendet und in Berlin Wohnung oder Beschäftigung hat.**

Darunter ist zu verstehen, daß jeder Arbeiter, wenn er auch nur einen Tag im Orte wohnt oder beschäftigt ist, wahlberechtigt ist. Personen, welche nicht in Berlin wohnen, aber ihre Beschäftigung hier haben, wählen im Bezirk ihrer Beschäftigung, dagegen die in Berlin wohnenden Personen in ihrem Wohnbezirk. Eine Auswahl für die letzteren zwischen Wohn- oder Beschäftigungsbezirk ist unzulässig. Personen, welche auswärts arbeiten und in Berlin wohnen, üben ebenfalls im Wohnbezirk ihr Wahlrecht aus.

Hausgewerbetreibende sind wahlberechtigt und wählbar als Arbeiter, sofern sie nicht selbst mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen und nicht gemäß § 14 der Gewerbe-Ordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben.

Nicht wahlberechtigt sind solche Personen,

a) welche nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind,

b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann,

c) welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, und

d) die Mitglieder der Innungen, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit des § 81b Nr. 4 und der §§ 91—91b der Gewerbe-Ordnung errichtet ist, sowie die von denselben beschäftigten Arbeiter.

Wahl-Legitimation.

Für die Arbeiter werden keine Wahllisten zum Zwecke der Wahlen angelegt, es genügt vielmehr für dieselben ein Zeugnis ihres Arbeitgebers oder der Polizeibehörde (Polizeirevier des Wahlbezirks), durch welches ihm bestätigt wird, daß er zur Zeit innerhalb seines Wahlbezirks in Arbeit steht oder wohnt.

Diese Zeugnisse oder Wahl-Legitimationen werden vom Magistrat herausgegeben und sind bei den Gewerkschaften, sowie im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, 2. Eingang, 9—1, 6—8, und im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, Zimmer 57, während der Dienststunden von 9—3 zu haben.

Die Formulare enthalten vier Fragen. Diese sind von in Arbeit stehenden Personen sämtlich, von Arbeitslosen nur Frage 1 und 2, auszufüllen und alsdann dem Arbeitgeber oder der Polizei zur Unterschrift oder zum Stempeln vorzulegen. Die Behörden sind angewiesen, diesem Wunsche nachzukommen. Jedoch empfiehlt es sich, im letzteren Falle einen Ausweis mitzunehmen.

Am Tage der Wahl ist die Wahl-Legitimation vor der Abgabe des Stimmzettels dem Wahlvorsteher oder einer von ihm beauftragten Person zu übergeben.

Die Wahl.

Die Wahl ist unmittelbar und geheim und erfolgt mittels Stimmzettel. Auf dem Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen enthalten sein, als im Bezirk zu wählen sind.

Die Agitation.

Es empfiehlt sich für alle Vertrauensleute der Gewerkschaften, in ihren Werkstätten usw. festzustellen, wieviel Wahlberechtigte dort arbeiten, alsdann für diese die nötige Anzahl Wahl-Legitimationen zu beschaffen, die Ausfüllung zu überwachen und die Abstempelung zu veranlassen. Desgleichen ist es notwendig, am Tage vor der Wahl die Wahlberechtigten an ihre Pflicht zu erinnern.

Parteinachrichten.

Gemeindewahlen. Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Gommern wurden zum erstenmale die zwei socialdemokratischen Kandidaten mit reichlicher Mehrheit gewählt.

In Ronneburg (S.-A.) wurden gleichfalls die beiden socialdemokratischen Kandidaten ins Stadtverordneten-Kollegium gewählt.

In Hornberg (bad. Schwarzwald) erhielt bei der Ersatzwahl zum Bürger-Ausschuß (dritte Klasse) unser Kandidat 118 von 125 abgegebenen Stimmen. Er zieht als 10. Socialdemokrat in die Gemeindevertretung ein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Eine polizeiliche Haussuchung** wurde am Sonnabend in den Räumen des „Sächsischen Volksblattes" in Zwickau abgehalten. Die Polizei unter Führung des ersten Kommissars forschte nach dem Manuskript eines Artikels gegen die Meeraner Textilfabrikanten. Die Kriminalbeamten erklärten, der Staatsanwalt habe im öffentlichen Interesse wegen dieses Artikels Strafverfolgung angeordnet. Natürlich fand die Polizei nichts.

Sociales.

Die skandalöse Gleichgültigkeit der sächsischen Agrarier gegen Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter, die erst kürzlich vom sächsischen Landeskulturrat scharf verurteilt wurde, wird jetzt auch von der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen offiziell zugestanden. Diese Körperschaft versendet an die Gemeindebehörden eine Denkschrift, in der sie ihre Mitglieder wegen der von diesen erhobenen Klagen über zu hohe Beiträge den Text liest. Es wird darin auf die erhebliche Zunahme der entschädigungspflichtigen Unfälle hingewiesen und dann gesagt, daß nach den Wahrnehmungen der Genossenschaft **eine große Zahl der Unfälle ihre Ursache in unzulänglichen Sicherheitsvorkehrungen habe.** Die Genossenschaft hat sich deshalb veranlaßt gesehen, zur Ueberwachung der Betriebe 5 besondere Aufsichtsbeamte anzustellen, die jetzt bereits viele Mängel abgestellt hätten.

Diese christlichen Landwirte müssen erst gezwungen werden, das Leben ihrer Arbeiter vor allzu schwerer Gefahr zu schützen.

Für die gesetzliche Einführung der völligen Sonntagsruhe im Bäckergewerbe haben sich die **Bäckermeister** von Barmen und Elberfeld in zwei gut besuchten Versammlungen ausgesprochen. In diesen Versammlungen, je einer in Elberfeld und Barmen, haben sie nach eingehender Beratung folgende Resolution angenommen:

„Die außerordentliche Innungsversammlung, zu der sämtliche Meister von Barmen resp. Elberfeld eingeladen sind, spricht über die Handlungsweise des Centralverbandstages zu Köln ihr Mißfallen aus bezüglich der Art und Weise, wie der Antrag der Innung zu Stolberg betreffend Einführung der Sonntagsruhe im Bäckergewerbe von der Mehrheit vergewaltigt worden ist. In der Erkenntnis, daß stete Sonntagsarbeit das Gefühl der Menschenwürde nicht aufkommen läßt, vielmehr geeignet ist, dasselbe tief herunterzudrücken, erklärt sich die Versammlung mit dem Vorgehen der Vorstände beider Innungen (Elberfeld-Barmen) einverstanden und verspricht denselben ihre volle Unterstützung, um eine völlige, auf gesetzlicher Grundlage beruhende Sonntagsruhe im Bäckergewerbe herbeizuführen."

Die Bäckergesellen werden wohl nicht verfehlen, den Meistern, welche sich gegen die Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe noch sträuben, diese Resolution vorzuhalten. Was in Elberfeld und Barmen möglich ist, das dürfte auch überall ohne Schaden für das Bäckergewerbe durchführbar sein.

Der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine hielt am Sonntag in Hannover einen außerordentlichen Verbandstag ab, um sich mit der Frage des Austritts aus dem allgemeinen Verbande zu beschäftigen. Von 93 dem Verbande angehörenden Vereinen waren 59 erschienen. Nach längeren Verhandlungen erklärten sich 57 Vereine für den Austritt und nur 2 dagegen. Der Austritt ist damit beschlossen.

In einem interessanten Lohnentschädigungsprozeß hat das Berliner Gewerbegericht eine wichtige Entscheidung gefällt. Der Schleifer J. und der Schleifereibesitzer Kasch hatten vereinbart, daß das zwischen ihnen bestehende Arbeitsverhältnis am 30. August sein Ende erreichen solle. Es kam aber schon am 23. August zum Bruch. Der Lohn für die verflossene Woche wurde dem Arbeiter einbehalten. J. klagte darauf beim Gewerbegericht und beanspruchte nicht nur den rückständigen Lohn, sondern auch eine Lohnentschädigung für die nächste Woche wegen unberechtigter Entlassung. Der Beklagte wandte vor der Kammer VIII ein, Kläger habe selber die Arbeit aufgegeben und den Lohn habe er ihm vorenthalten können, weil ihm Kläger viel Schaden bereitet habe.

Das Gewerbegericht verurteilte jedoch den Beklagten zur Zahlung der geforderten 42 Mark. Gewerberichter Dr. Meier führte begründend aus: Selbst wenn der Beklagte glaubte, durch die Arbeit des Klägers geschädigt zu sein, so hätte er ihm doch nicht den Lohn vorenthalten dürfen, da nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch Aufrechnungen gegen den schuldigen fälligen Lohn nicht zulässig seien. Was den Lohnentschädigungsanspruch des Klägers angehe, so gingen die Behauptungen der Parteien über die Voraussetzung, die Lösung des Arbeitsverhältnisses, auseinander. Das Gericht wolle nun davon ausgehen, daß der Beklagte recht habe, Kläger also selber gegangen sei. Dazu habe er trotz der Kündigungsfrist nach dem § 124 der Gewerbeordnung ein Recht gehabt, weil ihm „der Lohn nicht in der bedungenen Weise" ausgezahlt worden sei. Für den Gerichtshof sei die weitere Frage entstanden, ob dem Kläger auch noch ein Schadenersatzanspruch zustände. Diese Frage habe das Gericht bejaht. Ein Schaden sei dem Kläger durch die vorzeitige Lösung des Arbeitsverhältnisses, da er in der folgenden Woche keine Arbeit erhielt, zweifellos entstanden. Und diesen müsse Beklagter tragen, weil dem Kläger wegen der gesetzwidrigen Vorenthaltung des Lohnes nicht zugemutet werden konnte bis zum Ablauf der Vertragszeit für den Beklagten weiter zu arbeiten.

Bruchleiden als Folge eines Betriebsunfalles. Der Schiffer J., der in einem Baggereibetriebe thätig gewesen war, beanspruchte von der Tiefbau-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente, indem er geltend machte, er habe sich beim Lichten des Ankers ein Bruchleiden zugezogen. Die Kette sei plötzlich nach vorn geschnellt und dadurch habe sein Körper einen starken Ruck bekommen. Er sei zwar nicht hingefallen, habe sich auch nicht gestoßen, aber doch alsbald heftige Schmerzen verspürt. Des starken Windes wegen — der Bagger lag in einem Meereshafen — hätte er erst nach einigen Tagen ans Land kommen können, wo der Arzt den Bruchschaden und eine Leberquetschung feststellte. Die Berufsgenossenschaft und das Schiedsgericht wiesen J. mit seinem Anspruche ab und beriefen sich auf die Praxis des Reichs-Versicherungsamts. Danach seien die Leistenbrüche, die sich bei der Arbeit das erste Mal bemerkbar machen, in den seltensten Fällen als Unfallfolgen zu betrachten. Sie entständen meist infolge einer schon lange vorhandenen Bruchanlage und träten fast immer nur bei Gelegenheit der Arbeit, aber nicht infolge der Arbeit aus. Jedenfalls seien sie nicht das direkte Resultat eines auf einen engen Zeitraum beschränkten Ereignisses. Die seltenen Ausnahmen seien nach der Praxis des Reichs-Versicherungsamts namentlich daran zu erkennen, daß der Betroffene sofort von derartigen Schmerzen heimgesucht werde, daß er keine Handreichung mehr machen könne. Der Nachweis dafür fehle hier, wie ein ärztliches Gutachten ergebe.

Der Kläger legte noch Rekurs ein, worauf das Reichs-Versicherungsamt weiteren Beweis erhob. Er ließ sich zunächst ein Gutachten von einem Doktor Horn erstatten, der den Kläger behandelt hatte. Dieser konstatierte, daß ein Bruch in der gewöhnlichen Art nicht vorgelegen habe. Dann erstattete Professor Dr. Helferich ein Obergutachten. Er sprach sich dahin aus, daß beim Kläger wahrscheinlich bei schwerer Arbeit beschwerliche Verschiebungen stattfänden. Mit an Gewißheit grenzender Wahrscheinlichkeit wäre anzunehmen, daß der fragliche Unfall bei dem schon vorher nicht ganz normalen, zur Bruchbildung geneigten Manne eine Schädigung verursacht habe, die zur Zeit etwas zurückgegangen sei.

Das Reichs-Versicherungsamt verurteilte darauf die Berufsgenossenschaft, dem Kläger für die erste Zeit nach dem Unfall 20 Prozent und für die spätere Zeit 10 Prozent der Vollrente für Unfallverletzte zu zahlen. Soweit es sich um das, jetzt nur noch in Betracht kommende Bruchleiden handle, sei ja der Nachweis des ursächlichen Zusammenhanges mit dem Unfall dadurch erschwert worden, daß Kläger die nächsten Tage auf dem Schiffe verweilen mußte. Nachdem sich aber Professor Helferich, eine Autorität auf dem chirurgischen Gebiete, für den Zusammenhang ausgesprochen habe, trage auch der Senat kein Bedenken, ihn anzunehmen und für das Bruchleiden, zu dem in der ersten Zeit ein Leberleiden kam, 10 Prozent zu bewilligen.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „Entwicklungstendenzen der Frauenarbeit" sprach Frau Lily Braun am 3. November im „Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse". Erst seit verhältnismäßig sehr kurzer Zeit, so führte die Rednerin aus, können wir überhaupt die Entwicklung der Frauenerwerbsart genauer beobachten, da erst seit wenigen Jahrzehnten statistisch brauchbare Erhebungen darüber stattgefunden haben. Diese Erhebungen beweisen eine teilweise enorm starke Ausbreitung der Frauenarbeit. So konstatiert z. B. eine englische Statistik für den Zeitraum von 1840—1890 in gewissen Berufen eine Zunahme der männlichen Arbeitskräfte um 53 Proz., der weiblichen dagegen um 212 Proz. Aber nicht nur in England ist diese Erscheinung beobachtet; in Deutschland, in Amerika, in Oestreich vollziehen sich ähnliche Verschiebungen. So kamen in Amerika auf je 100 männliche Arbeiter im Jahre 1880, 124 männliche Arbeiter im Jahre 1890, dagegen auf je 100 Arbeiterinnen des ersten Zahlungsjahres 140 im zweiten.

Eine besonders intensive Steigerung erfuhr die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen. In Bezug auf diese gerade in letzter Zeit so stark erörterte Seite der Frauenarbeit hat man vielfach auf den Bericht der Miß Klara Collett über die Erwerbsarbeit der Frauen und Mädchen hingewiesen, der für England ein relatives Zurückgehen der Beschäftigung Verheirateter in dem Zeitraum von 1880—1890 zu beweisen versucht. Die Beweisführung dieses Berichts ist indessen in diesem Punkte höchst angreifbar, auch thatsächlich von den verschiedensten Seiten angegriffen worden, so daß seine Schlußfolgerungen als hinfällig betrachtet werden müssen.

Forscht man nun den Ursachen nach, die das ungeheure Anwachsen der proletarischen Frauenarbeit begünstigt oder sogar erzeugt haben, so ist an erster Stelle die Verdrängung der Handarbeit durch die Maschinen zu nennen. Die Maschine ermöglichte in so und so vielen Industrien das Eintreten der schwächeren Frau in die Stelle des männlichen Arbeiters. Frauen aber wurden, wo dies anging, mit Vorliebe eingestellt, weil sie sich anspruchsloser und fügsamer erwiesen, weil sie im Ueberfluß vorhanden und vor allem weil sie billiger zu haben waren. Die mittelbare Folge dieser Billigkeit der Frauenarbeit war wiederum eine Senkung auch der Männerlöhne, die dahin führte, daß häufig der Mann bald gar nicht mehr im stande war, ohne Mithilfe der weiblichen Familienglieder die Familie überhaupt zu ernähren. So fand hier eine unheilvolle Wechselwirkung statt. Frauenarbeit ist aber im allgemeinen schon deshalb schlechter entlohnt als Männerarbeit, weil sie fast überall ungelernte Arbeit ist. Da die Frau sich der Berufsthätigkeit meist nur zeitweise widmet, erlangt sie selten eine so hohe, specifische Geschicklichkeit in irgend einer technischen Handhabung wie der Mann. Wo dies ausnahmsweise dennoch der Fall ist, da finden wir auch meist für die Frauenarbeit die gleiche Entlohnung wie für die Männerarbeit.

Bei der gegenwärtigen Entwicklung unsrer industriellen Verhältnisse ist die weibliche Industriearbeit jedenfalls nicht mehr zu entbehren, so wenig die der Mädchen wie die der verheirateten Frauen. In Bezug auf letztere hat dies die bekannte Enquete der Gewerbe-Inspektoren in Deutschland aufs klarste gezeigt. Als Hauptursache der Frauenarbeit erwies sich nach den Aussagen der Arbeiterinnen überall die bittere Nothwendigkeit, d. h. die Unmöglichkeit, vom Verdienst des Mannes allein zu existieren, oder aber der Zwang für die Frau, für den eignen oder den Lebensunterhalt der Familie überhaupt ohne jede anderweitige Mithilfe aufzukommen.

Andre wirtschaftliche Momente wirken in gleicher Richtung. Der ausgesprochene Saisoncharakter vieler Gewerbe nötigt die Frau, in Zeiten zuweilen monatelanger Arbeitslosigkeit des Mannes zur Ernährerin der Familie zu werden; umgekehrt sind in Perioden starken wirtschaftlichen Aufschwunges die verfügbaren männlichen Arbeitskräfte oft erschöpft, so daß Frauenarbeit herangezogen werden muß. Gewisse Erwerbszweige erfordern andrerseits schon ihrer Natur nach die für sie geeigneteren weiblichen Hände. Endlich wirken aber auch die sich stetig steigernden Lebens- und Kulturbedürfnisse der Arbeiterschaft, wie der wachsende Freiheitsdrang der Frau auf eine immer weitere Ausdehnung der Frauenindustrie-Arbeit hin. Es sind dies Erscheinungen, die nur von dem reaktionären Gesichtspunkte der herrschenden Klassen beklagenswert genannt werden können. Für den social Aufgeklärten muß die Frauenerwerbsarbeit trotz der vielfachen tiefen Schädigungen und Leiden, die sie unter unsren gegenwärtigen Zuständen erzeugt, unbedingt als ein socialer Fortschritt erscheinen. Nicht allein ist sie im Verein mit der Kinderarbeit zum Ausgangspunkt der Arbeiterschutz-Gesetzgebung geworden — weil hier die furchtbaren Folgezustände der ungeschützten Arbeit am krassesten hervortraten —, die berufliche Thätigkeit der Frau ward auch der Anstoß der beginnenden socialen und geistigen Befreiung des weiblichen Geschlechts. Schon darum allein müssen wir uns wehren gegen jeden etwaigen Versuch eines Verbots der Frauenarbeit.

Heute allerdings wird die Erwerbsarbeit für das Weib meist zur Qual; das aber liegt einzig an den Mängeln ihrer gegenwärtigen Organisation. Was haben wir zu fordern, um diese Organisation zu verbessern und die weibliche Arbeit segensreich zu gestalten? Vor allem: Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden, ferner Erweiterung der Versicherungsgesetzgebung nach verschiedenen Richtungen hin, besonders Ausdehnung der Versicherung auf Schwangere und Wöchnerinnen für eine genügende Zeitdauer, Pflegemöglichkeit für Kranke und Wöchnerinnen durch geeigneten Ersatz ihrer häuslichen Arbeitskraft, zweckmäßige Einrichtungen zur Ueberwachung und Anleitung der Kinder während der Arbeitszeit der Mütter.

Dem lehrreichen Vortrage, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, folgte eine kurze Diskussion. Frl. Heidemann wies darauf hin, daß die Frauen überall dafür eintreten sollten, für gleiche Leistungen auch gleichen Lohn wie der Mann zu erhalten und eine Amerikanerin teilte sehr interessante Züge aus dem socialen Leben ihrer Heimat mit.

Die Vertrauensperson für Charlottenburg gab in einer Versammlung am 5. November im Volkshause, nachdem Frau L. Braun über: „Die Frauen und die Politik" gesprochen hatte, ihren Jahresbericht. Danach haben im letzten Jahre vier von den Frauen veranstaltete Versammlungen stattgefunden. Eingenommen hat die Vertrauensperson 22,65 M., ausgegeben 14,18 M. Frau Liedtke wurde wieder als Vertrauensperson gewählt.

Verbot von Frauenarbeit in Gastwirtschaften. In Pretoria (Südafrika) ist eine neue Verordnung erlassen worden, wonach die Beschäftigung von Frauen sowie von Kindern unter 16 Jahren und von Eingebornen in den Büffetts der Liqueurschenken verboten ist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Rohrlegerstreik dauert unverändert fort; der Stand des Streiks ist derselbe wie in voriger Woche. Bei der Kontrolle am Montag ergab sich, daß die Zahl der Streikenden nur um so viel abgenommen hat, als bei neubewilligten Firmen in Arbeit getreten sind. Zu den neuen Bedingungen arbeiten ca. 950 Mann, also etwa ein Drittel; die übrigen zwei Drittel harren mit gewohnter Zähigkeit im Kampfe aus. Arbeitswillige sind nach wie vor nur in geringer Zahl vorhanden.

Metallarbeiter. Der Streik bei den Firmen Rothmann und Heinze, sowie die Sperre über die Firma Sackuhr Nachfolger (Inhaber Laue), Hollmannstraße, dauern fort.

Deutsches Reich.

Der Weberstreik in Meerane.

Die Streikenden haben wiederum einen Beweis dafür geliefert, daß sie, soweit es an ihnen liegt, sich in Güte mit den Fabrikanten einigen wollen. Diese dagegen haben auch den in Rede stehenden Versuch, einen annehmbaren Frieden herbeizuführen, vereitelt. Bekanntlich hatten es die Fabrikanten abgelehnt, mit der Organisation oder der Streikleitung der Arbeiter zu verhandeln und erklärt, daß sie mit den einzelnen Fabrikausschüssen in Verhandlung treten würden. Nun haben die Streikenden den Versuch gemacht, durch die Fabrikausschüsse mit den Unternehmern zu verhandeln. Die Fabrikanten haben aber auch diese Verhandlungen abgelehnt, nachdem einzelne sich wohl mit den Abgesandten der Arbeiter besprachen, sonst aber keine befriedigenden Erklärungen abgaben. Die Arbeiter wurden wegen der weiteren Verhandlungen an den Vorsitzenden des Fabrikantenvereins gewiesen. Also die Organisation der Arbeiter wird grundsätzlich nicht anerkannt, nur mit den einzelnen Arbeitern wollen die Fabrikanten unterhandeln, für sie aber soll nur ihre Organisation maßgebend sein. Die Ausständigen haben unmittelbar nach dieser Zurückweisung drei stark besuchte Versammlungen abgehalten, in denen den Fabrikanten die gebührende Antwort erteilt wurde. Der Beschluß der Versammlungen lautet: Die ausständigen Arbeiter sind gewillt, in Verhandlungen einzutreten, jedoch nur von Organisation zu Organisation.

Der Meeraner Streik dehnt sich auf immer weitere Ortschaften aus. Im Mülsen-Grund, wo bekanntlich viel Meeraner Buntweberei in der Hausindustrie betrieben wird, haben die Hausweber beschlossen, die Arbeit sofort niederzulegen und in den Streik mit einzutreten, sobald ihnen zu wissen gethan würde, daß sie Streikarbeit verrichten. Auch aus dem Vogtlande mehren sich die Meldungen, daß dort die Arbeiter sich weigern, Streikarbeit für Meerane zu verrichten. Die Hausweber Glauchaus haben ebenfalls beschlossen, keine Meeraner Streikarbeit zu machen. Die dortige Weberinnung hat festgestellt, daß gegenwärtig 210 Hausweber für Meerane arbeiten. Von einem Anschluß an den Streik wollen diese absehen und lediglich nicht mehr für solche Fabrikanten arbeiten, deren Arbeiter sich im Streik befinden. Da jetzt Glauchau selbst wieder Beschäftigung bietet, wollen sich die dortigen Hausweber Arbeit am Platz suchen.

Textilarbeiter-Ausstand in Forst (Lausitz). In der Tuchfabrik von Ernst Schmidt legten am Sonnabend sämtliche 36 Weber und zwei Weberinnen die Arbeit nieder. Die betreffenden Arbeiter mußten die bis 4 Centner schweren Bäume von einem Fabriksaal zum andern, eine Treppe hinauf und eine hinunter schleppen. Dadurch wurde viel Zeit versäumt und zwar auf Kosten der Weber, die alle in Accord arbeiten. Das Ersuchen, die Bäume durch besondere Arbeiter befördern zu lassen, lehnte der Fabrikant ab mit der Bemerkung, wem der jetzige Zustand nicht passe, der solle machen, daß er hinauskomme. Darauf erfolgte die Arbeitsniederlegung.

Töpfer! Schon lange bemühen sich die Töpfer Hamburgs, ihren Lohntarif in zwei Geschäften zur Anerkennung zu bringen; bis jetzt ist es leider trotz der Sperre noch nicht gelungen. Wir müssen deshalb an alle Kollegen das Ersuchen richten, vorsichtig zu sein, um nicht auf etwaige Verschreibungen nach hier hereinzufallen. Die gesperrten Geschäfte sind A. Krüger u. Co. und Wesselly. Der Bruder des Firmeninhabers A. Krüger, Karl Krüger, sucht Töpfer auf seinen Namen anzuwerben; deshalb Vorsicht! Um etwaige Auskunft wende man sich an Otto Werner, Hamburg, Tieloh 10/0 r. Filiale Hamburg des Verbandes der Töpfer.

Die lieben Arbeitswilligen. In Rostock, wo sich bekanntlich die Maurer im Ausstande befinden, war es den Arbeitgebern gelungen, ein Dutzend Streikbrecher auswärts anzuwerben, die mit der Eisenbahn nach Rostock befördert wurden, bei welcher Gelegenheit ein Rostocker Maurermeister, seine „Standeswürde" ganz vergessend, die Reise im Eisenbahnwagen 4. Klasse als persönlicher Schützer seiner lieben Arbeitswilligen mitmachte. Aber es kam noch besser. Als die Streikbrecher in Rostock per Droschke vom Bahnhof abgeholt wurden, fand es ein andrer ehrsamer Maurermeister nicht unter seiner Würde, den Bock zu besteigen, während die Arbeitswilligen im Innern der Droschke Platz nahmen. So hat also der Streik die Standesunterschiede, die in einer mecklenburgischen Stadt wohl noch ängstlicher aufrechterhalten werden wie anderswo, verwischt. Unternehmer und Arbeiter gemeinsam in der vierten Klasse und in der Droschke. Freilich gehören diese Arbeiter zu den Stützen der Gesellschaft. Mit ehrenwerten Arbeitern, die selbstbewußt auftreten und Forderungen stellen, werden diese biederen Meister nach wie vor keine Gemeinschaft haben wollen, und um die innigen Beziehungen zu ihren Arbeitswilligen wird sie niemand beneiden.

Ausland.

Schriftsetzerstreik in Budapest. Neunhundert Schriftsetzer aus 30 Druckereien, welche den neuen Lohntarif nicht angenommen haben, sind in den Ausstand getreten.

In Luzern haben hundert Gotthard-Arbeiter beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten.

Lohnbewegung der norwegischen Buchdrucker. In Kristiania haben die Buchdrucker nach einer sehr lebhaften Debatte mit 204 gegen 224 Stimmen beschlossen, die Arbeit nicht niederzulegen. Damit haben sie auf diejenige Bestimmung ihres Tarifs, wonach nur gelernte Typographen als Maschinensetzer arbeiten dürfen, verzichtet und ebenfalls auf ihre Forderung bezüglich der Lehrlingsskala und des gleichen Lohnes für männliche und weibliche Typographen. Der schlechte Geschäftsgang, der gegenwärtig herrscht, ist hauptsächlich für diesen Beschluß maßgebend gewesen.

Zur Gewerkschaftsbewegung in Spanien. (Eig. Ber.) Der Verband der socialistischen Gewerkschaften Spaniens, die „Unión General de Tra'aiadores" (Allgemeine Arbeiter-Union), der von den spanischen Anarchisten, da er auf dem Boden des socialistischen Programms steht, aufs heftigste befehdet wird, macht in letzter Zeit ganz enorme Fortschritte. Seine Entwickelung seit der Gründung veranschaulichen folgende Zahlen:

November	1889	. . . 27	Sektionen,	3 355	Mitglieder
September	1890	. . . 36	„	3 896	„
August	1891	. . . 58	„	5 304	„
August	1892	. . . 97	„	8 014	„
August	1893	. . . 97	„	8 553	„
Mai	1895	. . . 79	„	6 276	„
September	1899	. . . 65	„	15 264	„
September	1900	. . . 126	„	26 088	„
Oktober	1901	. . . 198	„	31 558	„
März	1902	. . . 226	„	32 778	„
Oktober	1902	. . . 267	„	43 535	„

In den letzten sechs Monaten hat sich also die Zahl der Sektionen (Fachvereine) um 41, der Mitglieder um beinahe 11 000 vergrößert: in Anbetracht der Thatsache, daß die spanischen Arbeiter, was Auffassung und Entschließung anbetrifft, recht schwerfällig sind, ein außerordentlich gutes Ergebnis.

Am stärksten ist die Bewegung in Kastilien und den nördlichen industriellen Provinzen. Es haben: Kastilien 113 Sektionen mit 22 417 Mitgliedern, die baskischen Provinzen 46 mit 4627, Katalonien 18 mit 3688, Asturien 24 mit 3420, Valencia 17 mit 3168, Andalusien 14 mit 2647, Galicien 19 mit 2609, die Balearen-Inseln 7 mit 632, Navarra 3 mit 182, Aragonien 6 Sektionen mit 155 Mitgliedern. Centralpunkte der gewerkschaftlichen Organisation sind: Madrid mit 13 638, Bilboa mit 3630, Santander mit 2232, Vigo mit 2225, Oviedo mit 1518, Mataro mit 1319, Mieres mit 1080, Valladolid mit 1018 Mitgliedern.

Nach Industriebranchen geordnet, umfaßt das Baugewerbe 59, die Bekleidungsindustrie 50, die Metallindustrie 26, die Steinindustrie 23, das graphische Gewerbe 22, die Möbelindustrie 20, Nahrungsmittelindustrie 14, das Transportgewerbe 10, Landbau und Gärtnerei 9, Licht- und Heizungsindustrie 5, Mineninduftrie 4 Sektionen. Die übrigen Sektionen verteilen sich auf verschiedene kleinere Industriezweige.

Sehr bedeutend war die Streikbewegung im letzten Jahr. Wir hatten 38 Streiks, an denen Sektionen unsres Verbandes beteiligt waren. Davon verliefen 18 günstig für die Arbeiter, 5 endeten mit einer Niederlage und 15 sind zur Zeit noch in der Schwebe.

Briefkasten der Redaktion.

Walter. Beschlossen am 19. Oktober 1878, in Kraft getreten am 21. Oktober, abgelaufen September 1890 und nicht wieder erneuert.

S. B. Fehlt einem Wechsel ein Fälligkeitstermin, so ist es kein Wechsel. Ein Fälligkeitstermin darf nicht ohne ausdrückliche Einwilligung des Verpflichteten beigefügt werden. In solcher Beifügung kann keine Wechselfälschung gefunden werden. — **F. J. 102.** Leider machen Sie sich völlig überflüssige und kostspielige Scherereien. Den Betrag müssen Sie zahlen; erst durch eine ausdrückliche Austrittserklärung werden Sie Ihre Verpflichtungen los. Durch Pfändung 2c. entstehen weit mehr Kosten als die Forderung beträgt. Die Pfändung des 1500 M. überschießenden Teils Ihres Arbeitslohnes ist zulässig. — **C. P. 15.** Nein. — **T. 70.** 1., 2. und 4. Wenden Sie sich an einen Schweizer Genossen, z. B. Arbeitersekretär Greulich, um Auskunft. 3. Nein. — **K. L.** 1. Die Einreichung des Vermögensverzeichnisses ist dem Witwer und der Witwe durch Gesetz aufgelegt, soweit es sich um Vermögen der Kinder handelt, das ihrer Verwaltung unterliegt oder dem Kinde später zufällt. Eine Auseinandersetzung ist nur für den Fall einer Wiederverheiratung vorgeschrieben. 2. Soweit aus Ihrer Anfrage ersichtlich ist, ist der Magistrat im Unrecht: der Pachtvertrag läuft weiter. Zur Klarlegung des Sachverhalts steht der Frau der Besuch der juristischen Sprechstunde frei.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 11. November.

Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Der Wildschütz, oder: Die Stimme der Natur.
Schauspielhaus. König Laurin.
Deutsches. Monna Vanna.
Berliner. Wienerinnen.
Central. Madame Sherry.
Lessing. Der Schleier des Glücks. Hierauf: Das Rätsel.
Renes. Ledige Leute.
Residenz. Seine Kammerzofe.
Westen. Der Zigeunerbaron.
Thalia. Charleys Tante. Vorher: Cassis Pascha.

Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wallner-Theater.) Kabale und Liebe.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Sappho.
Belle-Alliance-Theater. Anno 48.
Wilhelm. Auf goldenem Boden.
Carl Weiß. Ilse Römer.
Luisen. Der grüne Karl.
Casino. Ein Sohn des Volkes.
Buntes Theater. Die Lore. Abergläubisch. Der Hund. Bunter Teil.
Palast. Goldene Jugend. Specialitäten.
Kleines. Ackermann.
Trianon. Die Liebesschaukel. (La Bascule.)
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Apollo. Nakiris Hochzeit.
Wintergarten. Specialitäten.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Steidl. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstr. 48/49. Tausend Jahre deutscher Kultur. Im Hörsaal: Dr. Naß: „Der Urstoff des Diamanten."
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Thalia-Theater.
Dresdenerstrasse 72—73.
Zum 477. Male: **Charleys Tante.**
Guido Thielscher als Charleys Tante.
Anfang: Charleys Tante. 8½ Uhr.
Vorher: Cassis Pascha. Anf. 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, 16. Nov., nachmittags 3 Uhr: Gastspiel des königl. Schauspielers Herrn Joseph Nespor. Die bezähmte Widerspenstige.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Ilse Römer.
Romantisches Schauspiel in 3 Akten (6 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Morgen u. folgende Tage: Ilse Römer.
Sonnabendnachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe. Sonntagnachm. 3 Uhr: Eine Paria.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. Naß: „Der Urstoff des Diamanten."

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.
Das neue Novbr.-Programm.
Anfang: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Agoston
der „Witze"-König.
Der Todessprung
d. Hundes, vorgef. v. Maud Griselda
Lotte Sebus,
das gewisse Etwas.
Yvette de Laabé,
Flammentanz d. 20. Jahrhunderts.
neue 14 erstklassige Nummern.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Hochaktuelle Neuheit!!
Ein „Boeren-Museum"
(Waffen, Kriegsbeute, Briefe, Dokumente, Handarbeiten gefangener Boeren etc. etc.) Grösste Sehenswürdigkeit der Jetztzeit!!

Residenz-Theater.
Blumenstraße 9.
Seine Kammerzofe.
(Nelly Rozier.)
Schwank in drei Akten von Bilhaud und Hennequin.
Morgen und folgende Tage: Seine Kammerzofe.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Heute Dienstag:
Militär-Konzert
Elisabeth G.-Gr.-Reg. No. 3 (Herr Brinkmann).
Im Kaiser-Saal:
Rückeburger Sänger.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Ein bürgerliches Trauerspiel von Friedrich Schiller.
Mittwochabend 8 Uhr:
Esther.
Hierauf: **Zwei Eisen im Feuer.**
Donnerstagabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Sappho.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.

Buntes Theater
(Ueberbrettl.)
Köpnickerstraße 68. Anfang 8 Uhr.
Die Lore. Abergläubisch. Der Hund.
Bunter Teil:
Tiny Senders. — Marcell Salzer. Charlotte Margu. — Hans Fredy. Emil Justitz.

Wilhelm-Theater.
Friedrich-Strasse 236.
Auf goldenem Boden.
Volksstück mit Gesang in 5 Bildern von W. Freeking.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 16. November, zu halben Preisen, nachmittags 3 Uhr: Die Anna-Lise.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstraße 34.
Zum 3. mal:
Der grüne Karl.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 10—2 Uhr. Kasse, Invaliden- und Künstlerdank und Warenhäuser A. Wertheim.
Morgen: Zum 1. mal: Deborah.
Donnerstag: Der grüne Karl.
Freitag: Othello, der Mohr von Venedig.
Sonnabend: ½3 Schülervorstellung. Hamlet. 8 Uhr: Berlin, wie es weint und lacht.
Sonntag: 3 Uhr: Maria Stuart. 8 Uhr: Robert und Bertram.

Kleines Theater
(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr:
Ackermann.
Eine tragische Komödie in 3 Akten von F. Holländer u. L. Schmidt.
Morgen: Rausch.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Die Näherin.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.
Mittwoch: Das Käthchen von Heilbronn.

Belle-Alliance-Theater.
Heute und folgende Tage:
Münchener Ensemble-Gastspiel
Konrad Dreher a. G.
Anno 48.
Allmünchener Posse mit Gesang in 3 Akten. Anfang 8 Uhr.

Cirkus Schumann
Dienstag, den 11. November, abends 7½ Uhr:
Grosse Elite-Vorstellung.
Wer lachen will,
muss
Die lustigen Heidelberger sehen.
Humor, Scherz, Witz
von Anfang bis zum Schluss der Pantomine.
Festlicher Aufzug
der Studierenden, überrascht durch strömenden Regen und das grossartige Programm.
Das musikalische Pferd. Trio Rossi. Direktor Alb. Schumann mit seinen phänomenalen Dressuren.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entree frei!
5 Künstler-Kapellen 5
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Casino-Theater.
Lothringer-Straße 37.
Wochentags 8, Sonntags 7½ Uhr.
8 Uhr: Chambre garnie.
8½ Uhr: Die brill. Specialitäten. U. a.: Nesemann als Sarah Bernhardt.
9½ Uhr:
Ein Sohn des Volkes.

Apollo-Theater.
Um 8 Uhr:
Die neuen Specialitäten.
Um 8¾ Uhr: Zum 6. Male:
Unter persönlicher Leitung des Komponisten:
Nakiris Hochzeit.
Ausstattungs-Operette in 2 Akten und 6 Bildern von Paul Lincke.
Im zweiten Bilde:
Der sensationelle Spiegeltrick.
Im letzten Bilde:
H. Hardins elektrisches Ballett.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Winter Garten
Neues Programm:
Die Sarethaler Singvögel, Tyroler Gesangs-Sextett.
Willi Walden, Soubrette.
Louise Glover, amerikanische Sängerin.
Der Schönheitspreis, Ballett-Divertissement in 1 Akt.
Mason u. Forbes, amerik. Excentriks.
Kara, Meister-Jongleur.
Emile Gautier, der Ritt auf der Tischplatte.
Theodor Franke, Humorist.
Germaine Gallois
Pariser Diva.
Valentine Petit, Phantasiotänzerin.
Rosario Guerrero, spanische Tänzerin.
Ministrels Parisiens, Pariser Strassensänger.
„Biograph".

Steidl-Theater
Oranienburg. Thor an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Steidl-Sänger.
Täglich wechselndes Programm.
Dienstag, Donnerstag, Sonntag im Festsaal:
Tanzkränzchen.

Cirkus Busch.
Dienstag, den 11. November 1902, abends 7½ Uhr:
Grosse Vorstellung.
Die neu engagierten Specialitäten und das grosse Ausstattungsstück
Dahomey mit Elefanten-Jagd.

Central-Theater
Heute und folgende Tage, abends 7½ Uhr:
Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Hugo Felix.
Sonntag, 16. Novbr., nachmittags: Die Geisha. Abends: Madame Sherry.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätestr.
Die Liebesschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachm.: Coralie & Cie.

Palast-Theater
Burgstr. 22. Direktion: R. Winkler.
Große Ausstattungs-Novität.
Wiederaufnahme d. Direktors R. Winkler.
Goldene Jugend.
Operetten-Burleske in 2 Akten mit Gesang u. Tanz von W. Gericke.
Musik von C. Bappaus.
Hyronimus Fiekig — Dir. R. Winkler.
Tanz-Divertissement errang. v. d. Ballettmeisterin Frl. Anna Bernhard, kgl. Tänzerin a. D.
Die neuen Kostüme aus dem Atelier R. Schaub.
12 neue Schaunummern.
Attraktionen I. Ranges.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Metropol-Theater.
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Erik Meyer-Helmund.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Siding. Hansi Reichsberg. Wisi Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. —
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater,
Badstr. 58.
Mittwoch, den 12. November 1902:
Der Goldbauer.
Original-Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Königstadt-Casino.
Holzmarktst. 72, Ecke Alexanderst.
Täglich erstkl. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabd. und Sonntag Tanzkränzchen.
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandantenstraße 77/79.
Direktion Carl Haverland (neue Direktion).
Das amüsante hochkomische mit großem Beifall aufgenommene
November-Programm.
Allererste Kräfte. U. a.:
Arthur Delbost.
Mr. Fredorf.
Mr. Dante.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
Familien-Tanzkränzchen.
Sonntags von 12—2 Uhr **Matinee** bei freiem Entree.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger

Nach jeder Vorstellung
Tanzkränzchen.
Entree: Sonntags 50 Pf., Sperrsitz 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf., Wochentags 30 Pf., Sperrsitz 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-1½ Uhr.

(Meysel, Pietro, Britton, Max Steidl, Krone, Böhme, Döbmann, Wittner ꝛc.)

Wollene Neutuch-Abfälle,
pr. Qualität (Konfektionsware ausgeschlossen) in kleineren und größten Partien **zu kaufen gesucht.** Off. sub **G. P. 2214** bef. **R. Mosse,** Leipzigerstr. 103.

Dr. Schünemann,
Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.** ½12—½3, ½6—½8. Sonnt. 9-11.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensors,** sowie **sämtliche Artikel zur Krankenpflege.**
Eigne Werkstatt.
Lieferant f. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen.
Berlin C., 5239L*
30. Linien-Straße 30.

Patentanwalt Dammann,
Moritzplatz 57.
Auskunft bis abends neun. [5220L*

Gesundheits-Pfeifen
mit Aluminium-Rauchkühler u. Patentkopf. Reise-, Marsch-, Klub-, Skat-, lange und halblange Weichselpfeifen. Pfeifenteile. Tabaksbeutel. Schnupftabakdosen. Schmalzler-Flaschen. Cigarren- u. Cigarettenspitz. Hamburger u. Duisburger Rauchtabake. [5071L*
Carl Schubert, Küstriner Platz 6.

Versende **garantiert unverfälschten,** sehr **wohlbekömmlichen** u. angenehm schmeckenden
1900er Rotwein
pr. Ltr. zu **38 Pf.** und pr. Flasche **einschließlich Glas zu 60 Pf.**
Fässer leihweise. 5370L*
Gebinde und Kisten jeder Größe.
Preisliste und Probe frei.
Carl Th. Oehmen,
Koblenz am Rhein 608.
Weinbergsbes. und Weinhandlung.

5½ Pfund Brot 50 Pf.
Backware
6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Wrangelstraße 9. Krautstraße 19. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2. Markthalle Pücklerstr., Stand 222/23. Markthalle Andreasstr., Stand 16/18.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. vers. die 10 Pfunddose zu 7,00 M., 5 Pfd. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg.*

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für [45/17*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Damen-Capes
Jaktets - Saccos
billiger
als in jeder Fabrik 5641L*
Reste
zu Kostümen, Damen-Mänteln, zu Mädchen- u. Knaben-Sachen.
Oranienstr. 202, part.

Prämiiert mit der goldenen Medaille.
Feurig-Süsser Santa Lucia
Kraft-Rothwein für Blutarme u. Kranke ärztlich empfohlen Fl. 1,50 u. 2 M. überall zu haben
in Apotheken, Droguenhandlungen, Delikatess- u. Kolonialwarengeschäften.

Neueste wahre billige Preise
per Nachnahme.
Wirkl. Salzfetth. ½ Faß **M** b. 500 St. **7 u. 8 Mk.** 250 St. **3½ u. 4 M.**
½ Faß **große M** (zu empfehl.) 400 St. **9 u. 10 Mk.** 200 St. **4½ u. 5 Mk. MK Speckfett** 320 St. **11 Mk.** 160 St. **5½ Mk.**
⅛ Faß **Vollheringe Milch Rogen. Fett** 200 St. **9 u. 10 Mk.** 100 St. **4½ u. 5 Mk., bessere Sorte 10½ u. 5½ Mk.**
Post-Dose. 70 zarte Fetth. 1½, 60 St. **2. Rollh. 2½ Mk. Brathering** 4 Ltr.-Dose **2½**, 8 Ltr.-Dose **3½ Mk., 80 Delikatessh. 2½ u. 2¾, Bismarckh. 2½ u. 2¾ Mk.**
Post-Kiste. Bücklinge 80 St. **2 Mk., Voll- u. Fett-Bücklinge groß 2 Mk., Flundern 2½ u. 3 Mk., gemischt Fl. u. Bückling. 3 M. Echte Sprotten 4 Mark-Kiste 2 Mk., 2 Kisten 3½ Mk.** 5446L*
W. Schwandt, Swinemünde,
Fischerei, Heringsgesch. engros, Räucherei und Marinier-Anstalt.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.
Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Stempel-Fabrik von [5237L*

Robert Hecht,
Berlin S., Oranienstr. 142,
liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammensetzen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von **1,50 M.** an.

Verfallene Pfänder. Goldf. wie Brillanten j. Art, gold. u. silb. Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, w. spottb. verk. Altes Gold, Silber w. getauscht u. in Zahlung gen. in der Pfandl. Prinzenstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

Steppdecken
billigst in der **Fabrik** Oranienstrasse **158.**
Katalog franco. **Emil Lefèvre,** Berlin S.

Englisch. Unterricht
(Einzel- oder im Zirkel) erteilt 5568L*
G. Swienty geb. Liebknecht.

⚒ Preßkohlen ⚒
Bruch per Centner 70 Pfg.
3225* **Pfuelstr. 5.**

⚒ Briketts ⚒
billig. billig.
Herrmanns Kohlenlager,
O., Mühlenstr. 12.
Wegen Aufgabe meines Bahnplatzes offeriere la **Senftenberger Briketts** Abnahme von 3000, 5000, 10000 Stck. frei Keller 7* 7,50 7,25 7,— . frei Boden 50 Pf. pro 1000 Stck. mehr, ab Lagerplatz entsprechend billiger. Bruch-Briketts **à Ctr. 60 Pfg.** ab Platz. Sämtliche andren Brennmaterialien ebenfalls billig. 5572L*

Meissener Geld-Lotterie.
Ziehung: 29. Nov.-5. Dzbr.
zur Erneuerung d. Domes in Meissen.
13 181 Geldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar von Mark
375000
Hauptgewinne: ev. Mark
100000
spec. **60000**
40000
etc etc etc
Originalloose à 3 Mark.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Bank-Geschäft [5588L*
Berlin W., Friedrich-Strasse 181.

Verein der Zimmerer
Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kamerad
Karl Schulz
am 8. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 12. November, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle der Gethsemane-Gemeinde in Nieder-Schönhausen.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
258/3 **Der Vorstand.**

Central-Verband der Töpfer.
Todes-Anzeige.
Am 9. November verstarb unser Mitglied
Alexander Ballendix.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 3 Uhr auf dem Elisabeth-Kirchhof, Prinzen-Allee, von der Leichenhalle aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Centralverband der Maurer ꝛc.
Zweigverein Berlin.
Donnerstag, 13. November, abends ½9 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:
Ausserordentl. Generalversammlung
aller zum Lohngebiet Berlin und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen, sowie der Sektionen der Putzer, Rabitzer und Cementierer.
Tages-Ordnung:
Diskussion über die Vorschläge zu den Wahlen zur Verbandsleitung.
NB. Zutritt haben alle in Berlin und Umgegend arbeitenden Kollegen, die sich durch das Verbandsbuch legitimieren können. — Ohne Verbandsbuch kein Zutritt.
Zur besondren Beachtung! Am Sonntag, den 16. November, findet die Wahl der Beisitzer zum Berliner Gewerbegericht statt. Da jeder Wahlberechtigte im Besitze einer Wahllegitimation sein muß, so ersuchen wir die Baudeputierten, auf den Bauten festzustellen, wer wahlberechtigt ist und in welchem Bezirk die betreffenden Kollegen wohnen. Diese Feststellung muß erfolgen auf Grund eines Flugblattes, welches mit einem Wahltableau versehen ist, und am Mittwoch- und Freitagabend in den Verkehrslokalen zur Verbreitung ausliegt. Wir ersuchen die Baudeputierten, sich an genannten Abenden in den Besitz dieser Flugblätter sowie der notwendigen Wahllegitimationen zu setzen.
143/17 **Der Zweigvereins-Vorstand.** J. A.: Karl Panser.

Danksagung.
Sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme und schöne Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau meinen tiefgefühlten Dank. 5644L
Franz Klawitter nebst Kindern,
Reinickendorferstr. 58.

Musikinstrumente u. Saiten aller Art liefert billigst unter Garantie die Fabrik Glässel & Mössner, Markneukirchen i. S. Kataloge frei.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Morgen Mittwoch, den 12. November 1902, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Privatdozenten Herrn **Dr. Rosin** über: „Das Blut und seine Bedeutung für die Gesundheit“, mit Demonstrationen.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 25/1
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse
für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Ordentliche Generalversammlung
Sonntag, den 23. November 1902, vormittags 10½ Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Sternberg: „Die Tuberkulose und ihre Bekämpfung, mit besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse der Forschungen, über welche auf dem Tuberkulose-Kongreß berichtet ist.“** 2. Fragestellung. 3. Besprechung über Bestrebungen im Krankenkassenwesen in letzter Zeit. 4. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1903—1905 (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). 5. Wahl des Rechnungsausschusses für das Jahr 1903. 6. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Johannes Bienz, Vorsitzender. **Otto Wonitzki,** Schriftführer.
Die Tribünenplätze bleiben für die Mitglieder der Kasse, welche nicht Delegierte sind, reserviert. 371b

Parkettbodenleger!
Mittwoch, den 12. November, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27:
Versammlung.
Tages-Ordnung: **Der Streik bei Mittag.**
91/4 **Der Obmann:** C. Kraschl.

Achtung! Achtung!
Genossinnen und Genossen.
Volks-Versammlung
heute, Dienstag, den 11. November, abends 8½ Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseestr. 103.
Tages-Ordnung:
Vortrag der Genossin **Adelheid Popp** (Wien) über: Die Beteiligung **der proletarischen** Frauen an den bevorstehenden Wahlkämpfen. Diskussion. 1/19
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersuchen
Die Vertrauenspersonen.

Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland,
Berlin C., Ross-Strasse 2.
Reste die sich aus unseren Engros-Beständen inzwischen wieder angehäuft haben, verkaufen wir so spottbillig, dass niemand diese Gelegenheit versäumen sollte.
Meist passende Masse
für **Herren-Anzüge, Paletots, Joppen, Beinkleider** und **Kinder-Anzüge.**
Neu aufgenommen
Damentuche,
Zibeline für Damen, Saccos und Capes.
Sonntags von 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet. 359b
Koch & Seeland.

Charlottenburg.
Donnerstag, den 13. November 1902, abends 8 Uhr, im Volkshause, Rosinenstr. 3:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Peus** über: „Die kulturelle Bedeutung eines der organisierten Arbeiterschaft gehörigen Volkshauses“. 2. „Der Volkshausverein.“ Referent Genosse **Baake.** 3. Diskussion.
Um zahlreichen Besuch bittet
203/18 **Der Einberufer.**

Kaffee billig.
Direkt vom Importhafen.
Roh: 59, 64, 68, 78, 84, 88, 92, 100, 110, 120 Pf. **Gebrannt:** 74, 78, 84, 88, 92, 98, 110, 120, 140 Pf. 5519L*
Specialität: Hamburger Melange, per Pfund 90 Pf.
Für sämtliche Kaffee übernehme ich volle Garantie, daß dieselben hochfein im Geschmack sind.
Nichtschmeckende Kaffees garantiert Zurücknahme.
Probe-Kolli 5 Kilogramm. — Preisliste gratis.
Wiederverkäufer Rabatt. Vertreter gesucht.
Kaffee-Versand-Haus
M. Lübbers, Hamburg 6.

Achtung! **Rixdorf.** Achtung!
Mittwoch, den 12. November 1902, abends 8½ Uhr, in Werneckes Festsälen, Hermannstr. 49:
Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Stadtverordneten über ihre Thätigkeit im Roten Hause. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl. 4. Verschiedenes. 203/17
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**
Emil Boeske, Hermannstr. 200 I.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, 12. November 1902, abends 8½ Uhr:
Bezirksversammlung f. Süden u. Südosten
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. **Vortrag des Herrn Gewerberat Dr. Hartmann.** 2. Verbands-Angelegenheiten.
Angesichts des hochwichtigen Vortrages ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Mittwoch, 12. November, 1902, abends 8½ Uhr:
Bezirksversammlung für Charlottenburg
im Volkshause, Rosinenstraße 3.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Kiesel über: **Kapitalismus und Armut.** 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Mittwoch, 12. November 1902, abends 8½ Uhr:
Bezirksversammlung für Westen und Schöneberg
im Klubhause, Schöneberg, Hauptstraße 5—6.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Agster.** 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet
165/11 **Die Ortsverwaltung.**

VAN HOUTEN's CACAO
wird von allen Cacao-trinkern wegen seines Wohlgeschmackes und seiner Nährkraft bevorzugt. ½ Kilo genügt für 100 Tassen.

Fordern Sie in den Tabakhandlungen 5239L*
Dänischen
Anker-Kautabak
Feinste Marke 5 und 10 Pf.-Schleifen.
Nur echt, wenn sich im Tabak der Firmenzettel mit Anker befindet.
Generalvertreter: **C. F…ker,** Berlin, **Grüner Weg 8,** Amt 7, 3861.

Achtung! Alle Freunde und Bekannte mache ich ergebenst aufmerksam, daß ich in **Berlin, Große Frankfurterstr. 88,** einen
4/10 Schultheiss-Ausschank
eröffnet habe und bitte ergebenst um gütigen Zuspruch. 5617L*
Vereinszimmer frei!
Zeitung liegt aus!
Paul Rietz.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Linden-Strasse 69.

Unsere seit Jahren mit der Expedition verbundene

Sortiments-Buchhandlung des „Vorwärts“

haben wir in unseren neuen Geschäftslokalitäten **Lindenstr. 69** wesentlich erweitert und vervollständigt.

In erster Linie pflegen wir nach wie vor unsere

Parteiliteratur

haben aber daneben ein reiches Lager

sozialpolitischer und nationalökonomischer Schriften

eingerichtet, ebenso eine grosse Auswahl der besten Werke aus dem Gebiete der

Unterhaltungsliteratur, Romane, Klassiker

in besseren und billigsten Ausgaben.

Bücher, die infolge ihres hohen Ladenpreises für Arbeiter zu teuer waren, können wir in älteren und neueren Auflagen in bester Ausstattung aus allen Wissensgebieten **zu herabgesetzten Preisen** empfehlen, besonders

Naturwissenschaftliche, Reise-, Geschichts-Werke, Romane und Erzählungen u. s. w.

Nicht vorrätige Bücher werden schnellstens besorgt.

Reclam's Universalbibliothek sowie **Händel's Klassiker-Bibliothek** stets in allen Nummern vorrätig.

Buchhandlung und Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69.

Rote + Lose.

Ziehung 13.—18. Dezember 1902. Haupttr.: **100 000, 50 000** M. bar ꝛc. Lose **3,50 M.** Porto u. Liste extra 30 Pf.

J. Rachor, Haupt-Kollekteur, **Mainz.**

Herren-Moden

elegante Ausführung, geringe Teilzahlung.

J. Kurzberg, Neue Königstr. 47, am Alexanderplatz. [5414L*

Oderbrucher Bettfedern,

wie sie von der Gans gerupft werden, mit ganzen Daunen, à Pfd. 1,40 M., kleine Federn (aussort.) à Pfd. 1,75 M., gerissene Federn à Pfd. 2,75 M. 2335

Versand nur gegen Nachnahme.

H. Korn, Neu-Trebbin, Oderbruch.

---

20. Ziehung 4. Klasse 207. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 19. November 1902 (Schluß).

Nur die Gewinne über **232** M. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

9 23 138 316 48 518 88 897 924 **1**380 491 505 837 85 **2**19 331 309 17 94 469 583 651 812 922 **3**269 93 378 509 693 95 856 **4**080 235 91 685 [500] 717 852 99 913 [500] **5**042 123 228 406 38 [3000] 559 66 622 720 71 **6**476 843 76 **7**069 187 229 53 461 536 [3000] 79 614 23 725 70 834 **8**587 **9**043 71 170 349 99 519 [1000] 61 87 783 [500] 890 988

10049 [500] 304 481 511 877 91 993 **11**109 56 231 301 14 420 66 77 753 832 56 950 70 **12**038 44 [500] 251 518 [500] 667 705 **13**265 509 744 53 874 969 **14**219 620 [1000] 80 **15**051 60 303 17 358 97 542 627 794 97 816 **16**010 748 896 **17**011 151 70 222 300 60 422 502 49 625 81 795 825 [500] 94 **18**006 31 429 536 870 973 **19**138 57 204 [500] 53 402 551 [500] 605

20286 383 **21**233 37 331 434 52 654 823 944 **22**038 298 337 461 509 672 773 **23**073 205 543 85 813 **24**189 222 76 389 406 31 548 690 938 **25**000 17 29 304 33 508 88 638 721 918 44 **26**100 21 38 574 95 629 83 743 50 85 92 **27**149 [1000] 368 473 602 [1000] 5 965 **28**030 50 210 42 579 83 922 72 **29**003 90 198 220 527 60 63 609 986

30380 404 514 657 851 98 978 **31**010 29 393 423 583 651 703 [500] **32**196 [500] 559 762 852 981 **33**098 26 219 793 986 **34**024 [500] 256 69 80 97 313 45 484 [3000] 540 715 924 **35**193 215 33 276 478 **36**056 121 [500] 49 257 615 60 823 61 **37**014 152 217 426 558 637 772 **38**344 [500] 446 47 731 839 **39**267 449

40015 18 257 471 559 730 86 [500] 902 [500] **41**418 [1000] 678 979 90 [500] **42**371 532 90 678 842 **43**127 254 [3000] 318 415 [1000] 560 74 837 39 69 **44**036 49 71 75 266 [500] 349 92 404 755 820 **45**114 [5000] 231 588 [500] 698 885 939 [3000] **46**308 33 525 [500] 615 749 69 [500] 957 **47**233 632 880 [3000] 63 65 916 62 67 **48**731 823 914 **49**234 753 830 71 969

50380 429 663 811 40 933 48 73 **51**162 231 [3000] 487 738 905 72 **52**239 626 **53**037 191 [500] 338 540 720 837 990 97 98 **54**037 139 68 285 642 [3000] 65 812 **55**031 113 93 [500] 463 [3000] 772 906 **56**278 403 534 611 68 789 834 [3000] 40 72 **57**029 331 33 419 [500] 597 [3000] 92 696 710 **58**334 896 963 **59**129 340 430 75 877

60089 988 **61**019 [500] 158 201 31 76 87 [1000] 309 454 595 824 **62**416 594 33 743 885 980 **63**003 143 333 86 881 685 [500] 769 [500] 864 920 **64**350 751 939 **65**068 85 396 635 777 **66**095 408 572 [1000] 615 17 61 93 **67**130 379 528 **68**016 25 [3000] 45 66 [500] 93 193 681 798 847 969 [500] 87 **69**163 215 40 315 419 22 82 747 55 851 949

70186 462 822 34 607 893 973 94 **71**403 31 682 739 957 **72**000 222 [1000] 315 582 822 51 58 924 40 97 **73**036 193 259 387 863 83 986 **74**061 906 **75**537 39 78 640 714 **76**110 267 340 465 545 614 34 58 **77**288 [1000] 357 566 [1000] 713 813 955 **78**062 64 380 811 986 **79**038 195 308 830

80031 68 102 235 46 [1000] 91 375 434 780 972 **81**198 316 728 964 **82**129 321 620 82 80 777 79 [500] 974 60 **83**304 519 82 **84**065 [500] 111 216 356 436 64 [1000] 527 51 72 678 86 844 66 **85**062 155 92 278 [3000] 402 701 **86**065 161 578 739 919 941 **87**075 235 82 88 396 615 714 900 **88**363 470 714 919 [500] 98 **89**235 371 421 59 522 56 644 824 26

90046 [1000] 53 294 312 19 952 **91**032 [500] 60 490 686 **92**163 66 295 [3000] 490 735 804 42 **93**057 278 388 632 995 **94**077 286 374 864 972 **95**147 68 279 318 638 89 [500] 862 914 **96**050 221 66 77 382 410 588 **97**026 256 411 536 [500] 654 728 49 994 **98**011 235 60 421 502 16 739 **99**387 466 609 64 70

100106 [1000] 367 453 794 [500] **101**064 157 [500] 78 [500] 261 [500] 748 **102**082 227 347 73 [500] 753 984 **103**083 300 71 853 90 **104**088 194 317 23 435 507 920 **105**142 [1000] 53 939 63 84 **106**029 41 154 233 390 521 85 853 970 **107**403 736 867 973 **108**004 201 73 305 17 410 64 92 518 [3000] 764 902 **109**020 330 592 600 877 78

110047 110 341 623 84 **111**123 [500] 92 338 51 525 [3000] 661 970 **112**254 374 84 763 94 [1000] 890 [500] **113**290 318 463 83 837 [500] 638 69 701 903 **114**006 181 365 73 449 80 [500] 551 694 904 **115**150 220 435 549 792 803 25 **116**353 59 423 709 831 **117**294 26 507 645 **118**674 704 **119**031 137 622 735 90 847 81 92 900

120028 77 319 27 53 80 86 89 469 769 846 909 **121**036 256 73 690 702 33 [1000] 882 914 17 52 84 **122**218 83 360 402 563 647 [500] 775 851 **123**027 218 478 [1000] 96 535 624 811 31 915 **124**050 263 494 665 936 **125**025 510 610 935 **126**054 59 248 365 449 93 640 828 61 956 **127**202 323 501 29 758 950 **128**325 409 532 601 89 923 39 68 **129**158 217 53 315 93 431 93 [500] 537 83 [1000] 618 23 926

130056 360 81 467 833 935 **131**043 71 84 334 99 532 657 857 [500] **132**397 404 886 951 **133**140 254 **134**002 45 232 52 [1000] 81 504 809 963 **135**048 253 446 528 84 717 73 **136**176 [500] 562 [500] 825 941 **137**320 654 719 844 945 [500] **138**137 335 445 [500] 36 68 631 762 951 [500] **139**344 500 35 53 741 80

140078 158 357 78 469 744 821 35 88 985 **141**146 398 628 742 68 969 **142**002 5 27 150 531 [1000] 97 650 944 **143**087 935 **144**072 [500] 133 413 21 615 32 734 91 899 **145**371 418 663 738 59 **146**008 67 156 322 558 91 618 27 863 88 908 **147**365 715 78 991 **148**040 72 109 85 271 302 485 [500] 580 733 994 **149**072 83 454 542 51 601 15 720 853

150400 71 [500] 669 87 715 890 93 **151**080 [500] 166 372 74 93 577 601 759 892 **152**050 155 302 311 412 36 83 [3000] 507 [500] 646 293 **153**049 437 634 **154**259 90 822 24 **155**115 62 258 363 700 31 51 **156**146 95 261 76 899 985 **157**191 313 530 603 833 903 93 [1000] **158**017 89 161 321 [1000] 61 [1000] 81 417 718 **159**151 397 945

160089 161 [1000] 218 68 330 33 425 679 853 79 922 82 **161**238 501 **162**033 79 219 319 908 24 **163**130 39 [500] 278 932 **164**127 **165**163 253 439 [500] 40 69 804 974 **166**216 18 38 328 [1000] 39 479 508 621 792 967 **167**053 160 299 503 863 68 **168**324 465 **169**217 419 687 867

170124 88 398 434 756 890 **171**117 203 43 317 544 611 754 78 828 66 918 40 **172**037 [500] 228 319 464 575 683 905 31 **173**097 289 304 56 456 93 579 920 **174**347 444 88 650 736 959 **175**019 304 48 87 411 534 861 **176**056 732 60 823 **177**138 213 18 313 [500] 534 **178**068 90 106 301 73 543 623 **179**153 304 16 864

180130 63 545 603 837 **181**019 155 41 281 587 [1000] 603 863 79 **182**029 148 206 [1000] 634 784 904 **183**089 328 [500] 657 772 871 90 902 20 **184**063 [500] 489 513 603 98 [3000] 791 993 **185**055 158 293 315 472 665 726 846 **186**028 105 23 [3000] 216 307 523 73 628 89 **187**060 498 90 537 605 729 **188**028 [1000] 208 [3000] 318 97 639 752 904 **189**111 314 [500] 64 406 530 620 994

190033 [1000] 147 [500] 293 483 618 876 **191**089 302 658 789 818 98 **192**090 [500] 508 712 **193**111 441 68 765 83 833 [1000] 62 994 **194**063 197 230 404 [500] 659 **195**147 340 57 498 815 30 [500] **196**206 69 87 [3000] 551 99 [500] 921 **197**041 223 342 [3000] 72 578 789 915 **198**026 [500] 123 219 332 482 601 43 73 734 59 **199**298 436

200028 296 409 781 94 **201**074 [1000] 504 67 73 678 714 71 946 81 95 **202**270 94 418 45 56 502 650 82 86 721 62 71 **203**129 [500] 79 97 621 732 95 **204**025 140 259 92 497 511 729 **205**065 [500] 86 643 944 **206**091 [1000] 347 516 27 35 746 **207**077 346 [500] 545 618 653 69 **208**021 439 793 900 91 **209**461 69 89 658 725 71 807 99

210025 159 550 604 [500] 817 **211**072 66 130 40 [1000] 71 75 273 93 356 617 **212**294 570 777 985 **213**028 [500] 275 511 19 761 71 977 **214**608 92 902 **215**032 235 793 854 74 [1000] **216**341 492 621 794 810 73 **217**065 [500] 140 63 [500] 94 259 578 934 **218**012 [1000] 231 307 85 715 57 907 **219**239 87 479 637 923 60 98 99

220138 294 [3000] 373 431 515 **221**344 422 45 779 802 [3000] 90 945 **222**644 788 961 **223**019 318 614 [1000] 844 964 **224**104 230 [1000] 350 90 527 67 679 730 87 803 [1000] 30 984

Berichtigung: In der Liste vom 30. Oktober vormittags lies 194 674 statt 194 677 und in der Liste vom 8. November nachmittags 196 104 statt 169 104.

Die Ziehung der 1. Klasse der 208. Königl. Preuß. Klassenlotterie findet statt am 12., 13. und 14. Januar 1903.

Albert Marquard

Berlin, Neanderstr. 26.

Dampf-Essenzen-Fabrik, gegr. 1858, empfiehlt seine vielfach prämiierten Essenzen für Liqueure und als besondere Specialität seinen

Jamaica-Rum-Extrakt

anerkannt als bester und billigster Extrakt zur Herstellung eines wirklich guten [5594L*

Rum.

Schutzmarke.

Jos. Gremmer's Wwe.

Landshut, Bayern.

Erste und älteste

Brasiltabakfabrik

Brasilschnupftabak per Pfd. Mk. 1.70, Mk. 1.50 und Mk. 1.30. Von 6 Pfd. an franco.

Staniol-Packete zum 10 Pfg.- und 5 Pfg.-Verkauf.

Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Specialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration (Parteilokal), Herberge, Zahlstellen, Vereine, Laufkunden, krankheitshalber billig, W., Postamt 63. 3456

Schankwirtschaft zu verkaufen Weißenburgerstraße 49. †66*

Grünkram-, Mehl-, Vorkost-, Holz-, Kohlengeschäft, mit Rolle, sofort billig zu verkaufen Rixdorf, Reuterstraße 56.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Garderobenhaus August Achilles, Große Frankfurterstraße 16. 1373K*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Zuthaten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. *

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1205K*

Winterpaletots, Anzüge, Remontoiruhren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 45/9*

Krawattenstoffe, große Auswahl, Wallnertheaterstraße 30. 2066

Rosenberg, der billige. Golfcapes, Damensaccos, Mädchenjacketts, spottbillige Preise. 1362K*

Rosenberg, der billige. Knabenjoppen 2,80; Knabenpaletots 3,50; Knabenhosen 75 Pfennig. Kottbuserdamm 93.

Rosenberg, der billige. Reste zur Konfektion, Plüsche, Krimmer, Besätze, moderne Stoffe. Spottpreise. Zuschnitt gratis. Kottbuserdamm 93.

Mädchenkleider für jedes Alter bis zu 16 Jahren. Spottpreise. Der billige Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Waldparzellen, Quadratmeter 85 Pfennige, nahe am See, sehr idyllisch, hundertjähriger Hochwald, verkauft Besitzer Pflaumbaum, Hermsdorf, Lindenstraße 15. 2389b

Kanarienhähne, tiefe Hohlroller, billig, Krause, Beusselstraße 38. †89*

Kanarienvögel verkauft Geisler, Ackerstraße 87, vorn II. †97*

Kanarienhähne in allen Preislagen verkauft Krebs, Groß-Züchterei, Köpnickerstraße 154a, 4 Treppen. †113

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. †92*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Blusen diese Woche Ausnahmepreise, unerreicht billig, Leipzigerstraße 112, II. 1403K*

Jacketts, Paletots, Capes (Reisemuster), unerreicht billig, Leipzigerstraße 112, II. 1404K*

Handarbeiten, angefangene und vorgezeichnete (Reisemuster), spottbillig Leipzigerstraße 112, II. [1405K*

Damenkonfektion jeder Art, Modelle und Reisemuster, spottbillig, Leipzigerstraße 112, II. 1406K*

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwartz: Nur Wallstraße!

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 45/9*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Orchestrions, gebraucht, eins elektrisch. Pianinos, neue, billig verkäuflich Siegfriedstraße 2, Ecke Frankfurter Chaussee, Lenk. †116*

Wringmaschinen auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 1388K*

Nähmaschinen, Langschiffchen, 12 Mark. Wheeler-Wilson 8 Mark, Bellmann, Gollnowstraße 26 nahe der Landsbergerstraße. 1386K*

Reichenbergerstraße 181 Nähmaschinen aller Systeme, auch ohne Anzahlung. Specialität Schuhmacher-Maschinen. Gebrauchte Ringschiffchen preiswert. 315b*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billigst. Turmstraße 39. 2. Geschäft Bernauerstraße 47 B. 1339K*

Brennholz, 200 eiserne Oefen und Kochmaschinen, billig, Charlottenburg, Bismarckstraße 89. 2195*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Kanarienhähne in allen Preislagen verkauft Brandt, Holzmarktstraße 61. 3425*

Menzenhauerzither, Notenblätter, neu, 5,00. Skrabei, Kastanien-Allee 27.

Papageienauswahl, Kanarienroller 5,00 an, Stieglitze, Zeisige, Buchfinken, Dompfaffen billig Oranienstraße 87.

Kanarienroller, 4,00. Neanderstr. 7.

Fahrräder, Nähmaschinen, Beleihung, Baustraße 7, Lagerspeicher.

Hochvornehme Herren-Anzüge, Winterpaletots aus feinsten Maßstoffen herrührend, 18—38 Mark, Beinkleider 7—10 Mark, Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, erste Etage. 353b*

Schanklokal zu verkaufen Stallschreiberstraße 69. †15

Feld mit Laube (Behmstraße) verkauft sofort Hempel, Voltastraße 50, Hof parterre. 311b*

Lebendes Fischfutter verkauft Maurer, Pannierstraße 13, Hof I. *

Gelegenheitskäufe: Paletots, Herren- und Knabenanzüge, Hosen, Betten, Koffer, Operngläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Teichings, Musikwerke spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 355b*

Goldsachen, Brillanten, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reißzeuge, Harmonika, Geigen, Zithern spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Steppdecken spottbillig. Fabrik, Weinstraße 20. †92*

Dame verkauft Familienstörung sofort Plüschsofa, 2 Bettstellen, Ruhebett, alles wie neu, Friedrichstr. 131 D, vorn IV, links. 77/14

Landwirtschaften, Gasthöfe, Destillationen, Restaurationen, Milchgeschäfte, Vorkostgeschäfte, Seifengeschäfte, Kohlen-Geschäfte verkaufe schnellstens, da gute Verbindungen habe. Clendt, Berlin, Boeckhstraße 51, Hof II. [†15*

Verschiedenes.

Deutsch. Richtigsprechen, Richtigschreiben, Schönschreiben, Schreibmaschine, Aufsatz, Korrespondenz, Buchführung, Rechnen. — Französisch, Englisch, Anfängern, Vorgeschrittenen. — Weiterbildung schulentlassener Kinder. 6,00 an. Richard Liebl, Oranienstraße 144. 148b*

Zitherunterricht, schnellfördernd, Frei-Instrument. Oranienstraße 144

Rechtsbureau, Teltowerstraße 45, Eingaben, Gesuche, Raterteilung. Unbemittelten unentgeltlich. 1326K*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 1332K*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge und Winterpaletots mit Futtersachen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59 III. *

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Fahrrad kauft Nahlaff, Schönhauser Allee 163a. 122/1*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1615*

Größeres Vereinszimmer mit Pianino, noch Tage zu vergeben, Palisadenstraße 24. 42/5*

Vereinszimmer Lenz, Alte Jakobstraße 69. 1278K

Vereinszimmer. Lier, Alte Jakobstraße 119. 1390K*

Vereinszimmer zu vergeben. Potsdamer Stangenbier. Franke, Zorndorferstraße 8. †40*

Vereinszimmer bis 60 Personen frei. Kurth, Lausitzerstraße 46. †14*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 364b

75 Pfennige! Eingabengesuche, Zahlungsbefehle, Raterteilung. Allerbilligst Strafaufschub, Ehescheidungs-, Interventions-, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Unfallsachen, Gnadengesuche. Bukow, Stallschreiberstraße 141. Abends 10 Uhr geöffnet. 3696

Ladewig, Otto. Neu eröffnet! Weiß- und Bayrisch-Bierlokal, Prokauerstraße 10. Vereinszimmer.

Ringschiffchen kauft Neanderstraße 7. 47/8

Platina, Gold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Kehrgold kauft Broh, Wrangelstraße 4. 47/7

Rechtsbureau Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Rechtshilfe, Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. 3658*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle vermietet Leininger, Ackerstraße 162. †133

Schlafstelle sofort, Dresdenerstraße 105, Peschke. 47/10

Schlafstelle, anständige Herren, Kleine Andreasstr. 19, vorn II. rechts.

Möblierte Schlafstelle für Herrn. Fr. Rosenthal, Waldemarstraße 65a.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Invalidenrente bezieht, bittet um Zuwendung schriftlicher Arbeiten. Seher, Adalbertstraße 40, bei Schmidt.

Dirigent O. Suchsdorf, Reinickendorf, Provinzstraße 82, sucht für Freitag strebsamen Arbeiter-Gesangverein.

Stellenangebote.

Balgenmacher bei hohem Lohn sofort gesucht. Harmonika-Fabrik Bernau bei Berlin, Weinbergstraße 9.

Knabenanzüge, Reversjacken, Blusenarbeiten, in und außerm Hause bei dauernder Beschäftigung in Betriebswerkstatt Laaser, Brunnenstraße 84, Fabrikgebäude. 1401K*

Kassierer, Versicherung gesucht. Zeugnisabschriften sub G. J. 560 „Lokal-Anzeiger“, Friedrichstraße 105a.

Farbigmacher sucht Goldleistenfabrik Barthels, Michaelkirchstraße 17.

Lohnenden Verdienst finden passende Leute durch Vertrieb gerösteten Kaffees an Private. Adresse K. 8, Postamt 17. 3606

Plätterin, dauernd, bei gutem Lohn Stettinerstraße 19a, Wasch- und Plättanstalt „Norden“. 370b

Taillen-Arbeiterin verlangt Zossenerstraße 55, 1 links. 367b

Schürzennäherin, weiße, Andreasstraße 37, II. †45*

Lehrmädchen für Knabensachen verlangt Laaser, Brunnenstraße 84. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Ein tüchtiger

Stahlgraveur

erhält dauernde Stellung bei [47/6*

C. G. Hallbergs

Guldsmedsaktiebolag,

Stockholm.

Achtung, Klavierarbeiter!

Die Pianofabrik von **Ernst Koch & Co., Greifswalderstraße 155/156,** ist wegen Lohndifferenzen bis auf weiteres gesperrt.

88/5 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einsetzer, Maschinenarbeiter und Polierer:

A. Schulz, Krautstr. 18/19.
Emmeluth, Dieffenbachstr. 33.
Lux u. Engelbrecht, Görlitzer Ufer.
Behner, Stallschreiberstr. 58.
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Krautstr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Jarius, Höchstestr. 17.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!

Wegen ständiger Ueberstundenarbeit haben die organisierten Kollegen der Möbeltischlerei von **Hahn & Retzkow, Weißensee, König-Chaussee 71,** die Arbeit eingestellt. Der Betrieb ist für die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes gesperrt. Zuzug ist alle fernzuhalten. 90/16*

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Vertrauensämter der Berliner Socialdemokratie.

A. Vertrauenspersonen:

1. Wahlkreis: Georg Oppel, Oranienburgerstr. 5 vorn III.
Georg Beihnacht, Grünstr. 21 part.
2. Wahlkreis: P. Scholz, Barutherstr. 22, Ecke Zossenerstr. 1.
H. Werner, Mittenwalderstr. 30 part.
3. Wahlkreis: Franz Hoch, Admiralstr. 7 v. IV.
Aug. Pohl, Gitschinerstr. 62, Seitenflügel I.
4. Wahlkreis (Ost): Paul Schneider, Blumenstr. 48 III.
Otto Franke, Zorndorferstr. 8 vorn part.
4. Wahlkreis (Südost): Rich. Hackelbusch, Curvstr. 16, Hof II.
Wilhelm Jöchel, Köpnickerstr. 190.
5. Wahlkreis: Leopold Liepmann, Linienstr. 242 I.
Leo Zucht, Kaiserstr. 4 vorn IV.
6. Wahlkreis (Moabit): Carl Fischer, Waldstr. 8.
(Wedding und Oranienburger Vorstadt): Karl Fahrow, Ravenéstr. 6.
(Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen): Adam Bittdorf, Fehrbellinerstr. 25.
(Schönhauser Vorstadt): R. Bünsch, Schönhauser Allee 103
Nieder-Barnim: Georg Freiwaldt, Pankow, Florastr. 36.
Teltow-Beeskow: Paul Hirsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Aug. Schnell, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

B. Preßkommission:

1. Wahlkreis: Rich. Strehl, Swinemünderstr. 118, I.
Fritz Kubat, Jakobikirchstr. 2.
2. Wahlkreis: Albrecht Fülle, Mariendorferstr. 1.
Richard Köckeritz, Plan-Ufer 92c.
3. Wahlkreis: Otto Kräker, Oranienstr. 143, Seitenfl. IV.
Max Voß, Köpnickerstr. 25a, Seitenfl. I.
4. Wahlkreis (Osten): Otto Büchner, Andreasstr. 75.
4. Wahlkreis (Südosten): Rich. Weise, Forsterstr. 39.
5. Wahlkreis: Willy Friedländer, Elsasserstr. 25 II.
Otto Wels, Greifswalderstr. 45 IV.
6. Wahlkreis: H. Steiniger, Pappel-Allee 135. H. Guttmann, Brunnenstr. 9.
Nieder-Barnim: Oswald Grauer, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 197.
Emil Schumann, Neu-Weißensee, Lehderstr. 118 part.
Teltow-Beeskow: Herm. Köster, Zehlendorf, Flensburgerstr. 2.
Fritz Hoppe, Rixdorf, Berlinerstr. 14.

C. Lokalkommission:

1. Wahlkreis: Jakob Ege, Roßstr. 23.
Wilh. Neyen, Kurstr. 25.
2. Wahlkreis: Wilh. Mews, Gräfestr. 6, Hof Quergeb. IV.
Karl Polenske, Gitschinerstr. 73 II.
3. Wahlkreis: Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66 v. IV.
Karl Heise, Melchiorstr. 18, Stfl. III.
4. Wahlkreis (Osten): O. Blume, Gubenerstr. 6 part.
F. Zimmermann, Zorndorferstr. 44.
4. Wahlkreis (Südosten): Wilh. Sedler, Reichenbergerstr. 122.
Wilh. Hauschildt, Falckensteinstr. 6 I.
(Treptow.) Gustav Beer, Skalitzerstr. 65 vorn IV.
5. Wahlkreis: Karl Klein, Georgenkirchstr. 12.
Wilh. Merker, Kl. Hamburgerstr. 10.
6. Wahlkreis: Joh. Pfarr, Putlitzstr. 10 (Moabit).
Otto Wegener, Boyenstr. 4 (für Oranienburger Vorstadt und Wedding).
Gustav Witzel, Brunnenstr. 164 (für Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen).
O. Rißmann, Dunckerstr. 13 vorn II (für Schönhauser Vorstadt).
Nieder-Barnim: Otto Riebe, Friedrichsfelde, Victoriastr. 4.
Teltow-Beeskow: Herm. Schliebitz, Britz, Jahnstr. 3.
Alle Zusendungen in Lokalangelegenheiten sind an Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstr. 66 vorn IV zu richten.

D. Agitationskommission für die Provinz Brandenburg:

1. Wahlkreis: Albin Schuster, Straßmannstr. 2.
2. Wahlkreis: Fritz Zinke, Reichenbergerstr. 138.
3. Wahlkreis: Karl Dimmick, Luisen-Ufer 11.
4. Wahlkreis (Osten): Albert Wasewitz, Friedrichsbergerstr. 20.
4. Wahlkreis (Südosten): Karl Scholz, Wrangelstr. 110.
5. Wahlkreis: Franz Kotzke, Marienburgerstr. 3/4.
6. Wahlkreis: Max Kiesel, Schulstr. 22.
Gustav Laukant, Brunnenstr. 117.
Nieder-Barnim: A. Taubmann, Neu-Weißensee, Elsasstr. 15.
Teltow-Beeskow: Ernst Obst, Schöneberg, Meiningerstr. 8.
Arthur Stadthagen, Corneliusstr. 3.

E. Vorsitzende der Wahlvereine:

1. Wahlkreis: Felix Guttmann, Neanderstr. 10 II.
2. Wahlkreis: Hugo Woldersli, Steglitzerstr. 84.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Oranienstr. 157 IV.
4. Wahlkreis (Osten): Ernst Bader, Große Frankfurterstr. 34.
4. Wahlkreis (Südosten): Paul Hoffmann, Oppelnerstr. 21.
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Kaiserstr. 4.
6. Wahlkreis: Wilh. Freythaler, Gartenplatz 1.
Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow: Paul Hirsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Vorsigwalde. Die Diskutierabende finden von jetzt an jedem Dienstag bei Uhlmann statt. Da am nächsten Diskutierabend ein Vortragscyklus über die Geschichte der deutschen Socialdemokratie begonnen wird, ist es wünschenswert, daß alle Mitglieder sich zahlreich beteiligen. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen.

Köpenick. Mittwochabend 8 Uhr findet im Kaiserhof eine Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Berichterstattung der Stadtverordneten-Fraktion über ihre Thätigkeit. Frauen haben als Gäste Zutritt.

Wahlverein Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Mittwochabend 8 Uhr, im Vereinslokal, Chausseestr. 104: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung des Kreis-Wahlvereins. Diskussion. Vereins-Angelegenheiten.

Lokales.

Die Polizeiverordnung zur Regelung des Straßenhandels, welche der Magistrat, wie gemeldet, der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnisnahme mitgeteilt hat, ist bereits in drei städtischen Kommissionen durchberaten worden und hat in allen drei eine verschiedene Aufnahme gefunden: Die Gewerbe-Deputation hält die Polizeiverordnung aus wirtschaftlichen Gründen für verfehlt und empfiehlt dem Magistrat, seine Zustimmung überhaupt zu versagen; die Verkehrsdeputation billigt das Verbot des Straßenhandels in der Umgebung der Markthallen, der Leipziger-, Friedrich- 2c. Straße, wünscht aber die Streichung der meisten Straßenzüge und Plätze der Anlage B, auf welchen der Straßenhandel nicht unter Zuhilfenahme von Fuhrwerk betrieben werden darf; die Straßen-Reinigungs-Deputation endlich empfiehlt die Zustimmung mit der Maßgabe, daß einige Straßen der Anlage B gestrichen und von dem Verbot des Straßenhandels nach Anlage A Blumen, Zeitungen, Extrablätter 2c. ausgenommen werden. Der besseren Uebersichtlichkeit wegen hat der Magistrat Stadtpläne anfertigen lassen, welche durch verschiedene Farben der Straßen das beabsichtigte Verbot illustrieren und auch über die Lage der Markthallen Aufschluß geben, in deren Umgebung der Straßenhandel mit Gegenständen des Wochenmarkt-Verkehrs schon jetzt verboten ist. Die Stadtverordneten-Versammlung soll sich nun ihrerseits gutachtlich äußern, danach wird sich der Magistrat darüber zu erklären haben, ob er dem Entwurf zustimmt oder nicht. Im letzteren Fall dürfte, wie es heißt, die Zustimmung im Aufsichtswege ergänzt werden, da das Polizeipräsidium fest entschlossen sei, die endliche Regelung des Straßenhandels und die Beseitigung seiner Auswüchse durchzusetzen.

Uns will scheinen, daß mit den Auswüchsen des Straßenhandels im Polizeisinne der Straßenhandel überhaupt gemeint ist. Anders ist die Klage über die Auswüchse heutigen Tages nicht zu verstehen, wo den armen Leuten, die mühsam ein paar Mark auf der Straße verdienen, die Haftstrafe auch bei aller Vorsicht ebenso sicher ist, wie dem socialdemokratischen Zeitungsredakteur die Gefängnisstrafe.

Ein Fernbahnhof für Einzugsfeierlichkeiten. Für unsre Zustände charakteristisch sind die Gründe, die man in Berliner Bürgerkreisen für die Möglichkeit der Errichtung eines Berliner Fernbahnhofes ins Feld führt. Wie in einer Versammlung Moabiter Bürger mitgeteilt wurde, zeigt der Kaiser für die Frage der Errichtung eines Fernbahnhofs in Moabit großes Interesse und will damit die Frage eines Berliner Centralbahnhofs verbunden wissen. Nachdem die Ausgestaltung des Bahnhofs Friedrichstraße zu einem der Reichshauptstadt würdigen Centralbahnhofe infolge der Raumverhältnisse großen Schwierigkeiten begegnet und sich auch keiner der andren Bahnhöfe leicht zu einem Mittelpunkte für den gesamten Berliner Eisenbahnverkehr ausbauen läßt, bleibt für die Ausführung des Centralbahnhof-Projektes nur ein Neubau übrig. Für diesen ist bereits ein umfangreiches Gelände an der Straße Alt-Moabit in Vorschlag gebracht. Dem Kaiser ist, wie von gutunterrichteter Seite versichert wurde, der Plan auch darum sympathisch, weil er ihm die Möglichkeit eines großartigeren Empfanges fremder Fürstlichkeiten durch Aufstellung einer Ehrencompagnie auf dem Bahnhofe usw. bieten würde. Auch die Nähe des Schlosses Bellevue kommt dabei in Betracht. Statt durch die enge Friedrichstraße könnten dann die Gäste des Kaisers durch den Tiergarten und die vornehmen Straßen um den Königsplatz in Berlin einziehen. Die Verbindung mit dem Anhalter und Potsdamer Bahnhof wäre unschwer herzustellen und die immer notwendiger werdende Centralisation des gesamten Berliner Verkehrs auf diese Weise durchgeführt.

Ob der Kaiser wirklich die erwähnten Gründe als maßgebend betrachtet, kann in diesem Augenblick weniger interessieren als die Thatsache, daß sie in Bürgerkreisen in erster Reihe als durchschlagend hingenommen werden.

Zur Bürgermeisterwahl. Auf die öffentliche Ausschreibung der Stelle des zweiten Bürgermeisters von Berlin sind 15 schriftliche Meldungen eingegangen, darunter mehrere von Bürgermeistern, Beigeordneten und Stadträten kleinerer Provinzstädte. Ferner haben sich noch einige hohe Regierungsbeamte, Militärs, Staasanwalte und Direktoren von Privatunternehmungen, ein Amtsgerichtsrat, ein Kaufmann 2c. gemeldet. Da noch Kandidaten in Betracht kommen, die schon vorgeschlagen worden sind, so hat der Ausschuß über eine Zahl von etwa 20 Kandidaten zu befinden.

Die Sparkassenbücher haben sich bei der städtischen Sparkasse in den letzten drei Jahren, vom Schluß des Etatjahres 1898/99 bis zum Schluß des Etatjahres 1901/02, im ganzen von 642 552 Stück auf 719 149 vermehrt, also um 76 597 Stück oder um rund 12 Proz. der Zahl vom Jahre 1898/99. Wenn aber die Bücher nach der verschiedenen Höhe ihres Guthaben gruppiert werden, dann ergiebt sich für die einzelnen Gruppen ein bemerkenswerter Unterschied in der Vermehrung. Von 1898/99 bis 1901/02 vermehrten sich die Sparkassenbücher mit 1—60 M. Guthaben von 187 111 Stück auf 203 020, also um 15 900 Stück oder um nur $8\frac{1}{2}$ Proz. der Zahl von 1898/99, die Bücher mit 60—150 M. von 103 968 Stück auf 112 720, um 8752 Stück oder um gleichfalls rund $8\frac{1}{2}$ Proz., die mit 150—300 M. von 96 367 Stück auf 104 418, um 8051 Stück oder um wieder nur $8\frac{1}{2}$ Proz. Dagegen vermehrten sich die Sparkassenbücher mit 300—600 M. Guthaben von 104 696 Stück auf 118 038, d. h. um 13 342 Stück oder um rund 13 Proz., die Bücher mit 600—3000 M. von 150 366 Stück auf 180 936, um 30 570 Stück oder um rund 20 Proz. Außerdem waren noch einige Sparkassenbücher mit Guthaben von 3000 M. bis über 10 000 M. vorhanden, 1898/99 nur 44, 1901/02 nur noch 17. Hier ist also eine Verminderung eingetreten, doch kommt diese — wegen der geringen Anzahl der Bücher mit so hohen Guthaben — wenig in Betracht.

Wenn man sein Kind der städtischen Waisenpflege anvertraut. Der Steindrucker Richter, jetzt Kastanien-Allee 74 wohnhaft, war durch andauernde Krankheit seiner in der Charité liegenden Frau genötigt gewesen, sein im Juni dieses Jahres geborenes Töchterchen Anfang September bis auf weiteres der städtischen Waisenpflege zu übergeben. Er hatte bei der Aufnahme auf dem Bureau in der Alten Jakobstraße ausdrücklich gebeten, daß man ihm, falls das Kind zu einer fremden Familie in Pflege gegeben werde, Nachricht darüber zukommen lasse. Als Herr Richter Ende September wieder nach dem Waisenhause kam, um sich nach dem Befinden des Kindes zu erkundigen, wurde ihm erst jetzt mitgeteilt, daß das Kind längst nach einem Dorf Golzow weggegeben worden sei. Mitte Oktober wünschte R. das Kind zurückzunehmen und stellte den erforderlichen schriftlichen Antrag. Ende Oktober wurde er von der Waisenverwaltung durch Postkarte aufgefordert, die Kleine am 8. November abzuholen. Als aber Richter und seine Frau am 8. November zur festgesetzten Stunde sich in der Alten Jakobstraße einfanden, wurde ihnen gesagt, am 7. November sei die Waisenverwaltung von der Pflegemutter des Kindes benachrichtigt worden, daß das Kind bereits am 11. Oktober gestorben sei.

Hiernach hat die Waisenverwaltung, wenn diese uns von Herrn Richter gegebene Darstellung zutrifft, erst volle vier Wochen nach dem Tode des Mädchens Kenntnis davon erhalten. Die Schuld an dieser Verspätung trifft natürlich nicht das Berliner Bureau der Waisenverwaltung. Aber wo war der sogenannte Waisenvater, dem die Aufsicht über das Kind übertragen war?! Hatte der Herr das Kind vom 11. Oktober bis zum 7. November nicht ein einziges Mal besuchen wollen? Und konnte es ihm in einem Ort wie Golzow so lange entgehen, daß das Kind gestorben war? Die Waisenväter für die in auswärtiger Pflege untergebrachten Kinder werden in der Regel aus den Reihen der Geistlichen, der Lehrer und ähnlicher kleinstädtischer oder dörflicher Honoratioren genommen. Gerade solchen Personen hätte der Tod des Kindes am wenigsten entgehen müssen. Wer war Waisenvater für das Richtersche Kind? Um Antwort wird gebeten.

Zu der Operettenverschwörung im Bunten Theater erhalten wir vom technischen Personal dieser Bühne folgende Zuschrift:

„Verschiedene Zeitungen lassen in der Berichterstattung über das dem Kapellmeister Strauß widerfahrene Malheur durchblicken, daß dieser Herr von Arbeitern unsres Theaters verprügelt worden wäre. Hierauf erwidern wir, daß keiner von uns Herrn Strauß ein Haar gekrümmt hat, eine Thatsache, die zum Ueberfluß durch die Feststellung von unser aller Alibi bestätigt worden ist. In dem für Herrn Strauß so kritischen Augenblick stand der Vorhangzieher Klogo am Vorhang und der Schnürbodenmeister Feldberg auf dem Schnürboden. Alle übrigen aber befanden sich in der Theaterkantine des Herrn Kohlsdorf. Zur Erläuterung des Vorfalles, dessen passiver Held unser Kapellmeister geworden ist, sei noch erwähnt, daß Herrn Strauß ein gleiches Unglück wie das vom Freitag früher schon sowohl am Theater des Westens als auch am Secessions-Theater widerfahren ist. Die Ursache solcher Unannehmlichkeiten scheint in dem etwas anmaßenden Wesen des Herrn Strauß zu liegen.“

So das uns vom technischen Personal zugesandte Schreiben. Eine neue eingehende Untersuchung hat bestätigt, daß überhaupt nicht geschossen worden ist. Es wurden von der Polizei jetzt in dem dunklen Gang Revolverschüsse abgefeuert und im Zuschauerraum gehört. Herr Strauß blieb aber bei seiner Behauptung und kam auch Sonntagabend nicht in das Theater. An demselben Tage meldete der Direktion Frl. Bradsky, daß sie infolge der durch das Attentat hervorgerufenen Aufregung nicht im stande sei, aufzutreten. Die Leitung sandte sofort den Theaterarzt zu Frl. Bradsky, der keinerlei Krankheit fand. Da zur Abendvorstellung weder Fräulein Bradsky noch Herr Strauß erschienen, wurde beiden die sofortige Entlassung wegen Vertragsbruchs mitgeteilt. Gleichzeitig wurde ihnen das Betreten des Bunten Theaters verboten. Frl. Bradsky soll außerdem zur Zahlung der Vertragsstrafe angehalten werden.

Kein Frieden im Milchkriege. Während die Milchcentrale behauptet, daß es ihr gelungen sei, ihre Milch bis auf ein geringes Quantum zu verpachten, erklären die Milchhändler, daß sie nicht nur im Augenblicke genügend ringfreie Milch zur Verfügung haben, sondern auch in der Lage wären, im Bedarfsfalle noch mehr ringfreie Milch herbeizuschaffen. Das Organ des Verbandes deutscher Milchhändler-Vereine stellt ausdrücklich fest, daß eine Aussöhnung mit der Milchcentrale vollständig ausgeschlossen sei und der Milchkrieg unerschütterlich mit eiserner Konsequenz weiter geführt werden würde. Dagegen seien die Milchhändler gern bereit, nach Auflösung des Ringes mit den Milchproduzenten Vereinbarung über den Milchpreis zu treffen. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß die Organisation der Milchhändler infolge des Milchkrieges sehr beträchtlich an Mitgliedern zugenommen hat und fortwährend neue Meldungen zum Beitritt eintreffen, indes immer mehr Genossenschaften, die der Centrale angeschlossen waren, sich auflösen. Unter diesen Umständen ist ein Ende des Milchkrieges nicht abzusehen.

Bureaukratismus in der Eisenbahnverwaltung. Von den sonderbaren Blüten, die der Bureaukratismus zuweilen auch in der Eisenbahnverwaltung treibt, sei hier eine kleine Probe gegeben. In der Nähe von Küstrin liegen die beiden Ortschaften Gorgast und Manschnow. Hier wohnen eine Anzahl Maurer, die schon jahrelang während der Sommermonate in Berlin auf Bauten arbeiten. Seit 1885 sind sie von der nächstgelegenen Station Golzow aus stets anstandslos des Montags und Sonnabends per Arbeiterbillet nach Berlin und zurück befördert worden, ohne daß ihnen jemals etwas in den Weg gelegt worden wäre. Dies änderte sich aber mit einemmale, als die Ortschaft Gorgast selbst Eisenbahnstation wurde. Am 1. Juli 1900 wurden den Maurern die Arbeiter-Rückfahrtkarten einfach entzogen und sie müssen seither wohl oder übel die verhältnismäßig teuren Billets 4. Klasse lösen. Diese Maßregel berührt um so sonderbarer, als sowohl von Golzow wie auch von Küstriner-Vorstadt aus nach wie vor Arbeiterbillets nach Berlin verausgabt werden. Alle Beschwerden der betreffenden Maurer an die Eisenbahndirektion Bromberg und selbst an den Minister sind erfolglos geblieben; die letzte abschlägige Antwort an die Beschwerdeführer datiert vom 6. Juni 1902. In diesen Bescheiden wird darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen der Eisenbahn-Verkehrsordnung Arbeiter-Rückfahrtkarten nur zulässig sind zur Fahrt zwischen Wohnort und Arbeitsort. Der Wohnort der Maurer ist nun Gorgast resp. Manschnow. Für sie kommt als Eisenbahnstation die neue Haltestelle Gorgast in Frage. Von Gorgast nach Berlin und zurück giebt es aber keine Arbeiterbillets, weil diese Station über 50 Kilometer von Berlin entfernt ist. Nun sind die Stationen Golzow und Küstriner-Vorstadt zwar auch über 50 Kilometer von Berlin entfernt, letztere sogar noch weiter als Gorgast, doch die Arbeiter jener beiden Orte erhalten Arbeiterbillets, die Gorgaster dagegen müssen den Fahrpreis 4. Klasse zahlen. An diesem Falle zeigt sich, daß das starre Festhalten an dem Buchstaben zu handgreiflichen Ungerechtigkeiten führt.

Ein Rekruten-Selbstmord aus eigenartiger Veranlassung ereignete sich bei dem 3. Garde-Regiment. Der Rekrut M. aus Kiel hatte in seiner Heimat mit einem jungen Mädchen ein Verhältnis gehabt, das nicht ohne Folgen geblieben war. Dazu kam, daß er in einer Scheidungsklage von dem klagenden Ehemann als Belastungszeuge vorgeschlagen war. Als ihm nun mitgeteilt wurde, daß er in diesem Prozesse hier kommissarisch vernommen werden solle, ging er hin und erhängte sich auf der Kegelbahn des Unteroffizierkasinos. Als ein Unteroffizier ihn fand und abschnitt, war er schon tot. M. stand bei der 9. Compagnie.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Einem in Haft befindlichen Paletotdiebe ist ein braunes Sommerüberzieher abgenommen worden. Der Ueberzieher hat braunes Futter, und auf der rechten Seite in Kreuzstich von Seide das Monogramm B. M. Er ist einreihig und sind die Knöpfe von Horn und gleichfalls braun. Der Diebstahl muß vor dem 13. Oktober ausgeführt sein. Eine Anzeige über denselben ist bisher nicht eingegangen und wird der Geschädigte ersucht, sich in den Vormittagsstunden zwischen 9 und 12 Uhr im Polizeipräsidium, Erdgeschoß, Zimmer 97, zu melden.

Wilddiebsromantik in der Umgegend Berlins. Eine Art Großreinemachen veranstaltete in den letzten Tagen die Kriminalpolizei in der Tegeler Forst und den angrenzenden Gemarkungen. Vogelsteller und Wilderer trieben es gar zu arg. Die Leitung der Razzia übernahm ein Kriminalkommissar, der früher dem Forstfach angehörte. Die Expeditionen hatten den Erfolg, einige zwanzig Wilderer und Vogelsteller zu erwischen. Daneben wurden auch noch andre interessante Entdeckungen gemacht. Früh morgens noch vor dem Eintreffen der gegnerischen Partei waren die Posten ausgestellt. Durch den ganzen Wald zerstreut, aber die Verbindung unter einander aufrecht erhaltend, gaben sie sich den Anschein von harmlosen Frühspaziergängern und griffen aus dem Versteck die Vogelsteller auf, sobald sie sich daran machten, die Fallen, Leimruten und Netze zu leeren. Es zeigte sich, daß man es nicht mit Anfängern zu thun hatte. Alles Material, das beschlagnahmt wurde, war geradezu vorzüglich, und der Fang mit den besten Lockvögeln ebenso trefflich eingerichtet. Eines Morgens stieß man auch auf einen Wilderer, der gerade ein Reh aufbrach. Der Bursche entkam durch Sumpf und Schilf, da er die Wege zu genau kannte, während einer seiner Verfolger so tief hineingeriet, daß es Mühe kostete, ihn wieder herauszuholen. Mehr als einmal mußten Beamte ihren Gegnern mit dem Revolver in der Hand entgegentreten. Ein Wilderer Drinzikowski wurde auf der Pürsche ertappt. Statt klein beizugeben, trat er dem Kommissar mit geladenem Drilling und gespannten Hähnen entgegen und setzte ihn erst ab, als ihn ein andrer Beamter mit dem Revolver in die Flanke fiel. Nun spielte er den Unschuldigen und erzählte, er habe nur im Auftrage eines Bauern Krähen schießen wollen. Auf Reinickendorfer Gebiet wurde ein guter Fang gemacht. Die „Arbeiter“ Harwirt und Müller, zwei „harmlose“ Laubenbewohner, hatten gerade einen frischen Zug gethan. Sie hatten das Netz von ihrer Laube aus, in der sie mit den unschuldigsten Mienen bei einer Pfeife Tabak saßen, auf eine große Entfernung zugezogen. Es enthielt fünfzig Singvögel. Diese beiden „Arbeiter“ haben die Vögel zu Tausenden weggefangen, die gefunden verkauft, die beschädigten aber, mit Bein- und Flügelbrüchen 2c., einfach ihrem Schicksal überlassen.

Ein gräßlicher Unglücksfall traf gestern morgen den Kutscher August Möllendorf, der mit seinem Gespann am Humboldthafen stand, um aus einem Kahn eine Ladung überzunehmen. Als die Pferde vor irgend etwas scheuten und plötzlich anzogen, geriet er so

unglücklich zwischen die Speichen eines Rades, daß ihm der rechte Fuß abgebrochen wurde. Der Verunglückte wurde mit einer Droschke nach der Charité gebracht.

Arbeiter und Heilstätten. Uns wird von einem kranken Arbeiter geschrieben: In den letzten Wochen beschäftigte sich die Presse, veranlaßt durch den Kongreß zur Bekämpfung der Lungentuberkulose, öfter mit den Heilstätten der Landesversicherung. Man hörte da verschiedenartige Ansichten über die Zweckmäßigkeit solcher Anstalten. Da nun aber die Anstalten ganz gern von den Arbeitern, welche hoffen, durch eine Kur daselbst ihre Gesundheit wiederzuerlangen, besucht werden, ist es verwunderlich, daß von keiner Seite einmal die finanzielle Frage angeschnitten wurde. Wenn ein Arbeiter von der Landesversicherung nach der Heilstätte geschickt wird, so erhält er als lediger Mensch bei seinem ordnungsmäßigen Abgange eine Unterstützung von sechs Mark für die ganze Zeit, welche er für seine Kur braucht. Ein Verheirateter ohne Kinder erhält etwa 7,50 M., einer mit Kindern etwa 9—10 M. wöchentliche Unterstützung von der Landesversicherung, da die Krankenkassen in solchen Fällen kein Krankengeld zahlen. Auf ein Gesuch an die Landesversicherung um eine monatliche Beihilfe zur Miete bekamen einige den Bescheid, daß kein Fonds für derartige Unterstützungen zur Verfügung stände, andren wurde mitgeteilt, daß das betreffende Gesuch an die Armendirektion weitergegeben sei. Man kann also wählen zwischen Weiterdarben oder Armenunterstützung, vorausgesetzt, daß man schon letzterer für würdig befunden wird. Hierin liegt auch der Grund, warum noch so viele Arbeiter von einem Aufenthalt in den Heilstätten nichts wissen wollen. Denn mit den paar Mark Unterstützung ist unter den heutigen Verhältnissen keine Frau im stande, sich und die Kinder auf ehrliche Weise durchzubringen, selbst wenn sie noch etwas mit zu verdienen kann. Um nun nicht die ganze Heimstätten-Bewegung als leere Phrase erscheinen zu lassen, müßte die Landesversicherung ernstlich bemüht sein, die Familien der Pfleglinge wenigstens so zu unterstützen, daß keine krasse Not eintreten kann. Für einen Arbeiter ist es ein sehr schwerer Schritt, wenn er die Heilstätten aufsuchen soll, während seine Angehörigen zu Hause darben müssen. Daher ist es schon öfter vorgekommen, daß Patienten vor Ablauf ihrer Kurzeit die Anstalt freiwillig verlassen haben.

Wir bemerken, daß wir auf diesen immer noch nicht genügend beseitigten Uebelstand schon mehrfach hingewiesen haben.

Ein Eifersuchtsdrama. Wie der Polizeibericht meldet, hat gestern morgen um 10 Uhr die Schneidersfrau Mathilde H., Novalisstr. 13 wohnhaft, im Hause von der Heydtstr. 1, der Köchin Therese St. einen Stich in den Unterleib beigebracht. Mit einem lauten Aufschrei sank die Köchin zu Boden, während Frau Henn mit den Worten: „Hoffentlich ist sie nun auch wirklich tot, daß sie mich nicht weiter unglücklich macht", die Wohnung verließ. Sie begab sich allsogleich zu ihrem in der Novalisstr. 13, Quergebäude 1 Treppe, wohnhaften Mann, den Schneider Martin Henn, und machte diesem von dem Geschehenen Mitteilung. Kurz darauf wurde Frau Henn in der Wohnung ihres Mannes von der Polizei verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Der von ihr anscheinend lebensgefährlich verletzten Nebenbuhlerin wurde die erste Hilfe durch einen Arzt zu teil, der sie mittels Koppschen Krankenwagens nach dem Elisabeth-Krankenhaus bringen ließ. Der Zustand der Steigner soll bedenklich sein. Die 36 Jahre alte Steigner hatte vor etwa vier Jahren den Martin Henn in Budapest kennen gelernt. Obwohl selbst verheiratet, ließ sich die Steigner mit Henn in ein Liebesverhältnis ein, aus dem drei Kinder hervorgingen, die jedoch nach der Geburt verstarben. Zur Zeit befindet sich Frau Steigner in andern Umständen. Sie war vor Jahresfrist auf Henns Veranlassung nach Berlin gezogen und hatte hier als Köchin Stellung genommen. Als die Frau des Schneiders Henn von dem Verhältnis erfuhr, wollte sie sich mit ihrem Kinde von Henn lossagen. Am Sonntag versprach er ihr jedoch, zur Steigner zu gehen und sich mit ihr auseinander zu setzen. Die Aussprache fand in einer Gastwirtschaft statt und dauerte so lange, daß Frau Henn aufs neue Grund zur Eifersucht zu haben glaubte. Gestern ging sie zu ihrer Nebenbuhlerin, um an ihr Rache zu nehmen.

Ein schlimmer Streich, der einer großen Anzahl Personen das Leben kosten konnte und nur durch die Pflichttreue des Bahnwärters Karl Götting aus Biesdorf verhütet wurde, ist am Sonnabendnachmittag auf der neuen Strecke Karlshorst—Kaulsdorf ausgeführt worden. Als der Beamte die Strecke abschritt, bemerkte er auf dem Bahndamm zwei Jungen, die sich da zu schaffen machten. Bei seinem Erscheinen versuchten sie die Flucht zu ergreifen, einen konnte er jedoch noch festnehmen. Es stellte sich heraus, daß die beiden das Geleise auf ca. einen Meter untergraben hatten. Der festgenommene Junge sagte aus, er sei von seinem älteren Kameraden unter Androhung des Totschlags gezwungen worden, bei der verbrecherischen Arbeit zu helfen. Zwanzig Minuten nach gethaner Arbeit war ein Personenzug fällig. Der Beamte machte sich sofort nach Entdeckung des Anschlags an die Reparatur des Geleises, so daß der Zug die gefährdete Stelle passieren konnte, ohne daß die Insassen ahnten, welchem Unheil sie entgangen waren. Gegen die beiden Jungen ist Anzeige erstattet. Es handelt sich um den elfjährigen Rudolf Kulmer und den 13jährigen Georg Tiepel.

Ueberschneidiger Schaffner. In einem Wagen der Straßenbahn Zoologischer Garten—Treptow war am Sonnabendabend ein Fahrgast eingeschlafen. Der Schaffner weckte ihn mit der Weisung, daß er sich anständig betragen und die übrigen Fahrgäste nicht belästigen solle. Als der Herr, der sich offenbar nicht der geringsten Unanständigkeit bewußt war, in bescheidener Weise erklärte, daß er doch niemand belästigt habe, verbot ihm der Schaffner den Mund, und als der Herr auch dagegen remonstrierte, ließ der Schaffner den Wagen halten und forderte den Herrn auf, sofort den Wagen zu verlassen. Da der Fahrgast sich weigerte, dieser Aufforderung nachzukommen, wurde er vom Schaffner unter Assistenz des Fahrers aus dem Wagen geschleppt und auf den Straßendamm geworfen. Von den im Wagen befindlichen Herren und Damen, die alle mehr oder weniger über den Vorgang empört waren, vermochte niemand, da der Wagen sofort weiterfuhr, dem Hinausgeworfenen mit Rat und That beizustehen. Der betreffende Herr kann aber, wenn er sich wegen der ihm widerfahrenen Unbill Genugthuung verschaffen will, auf unsrer Redaktion sowohl die Nummer des Schaffners wie auch die Adressen zahlreicher Zeugen des Vorganges erfahren.

Eine große Anzahl Kellerbrände, die sämtlich auf Brandstiftung zurückgeführt werden, hatte die Feuerwehr abzulöschen. Es wurden nicht weniger als zehn solche Brände gemeldet. Zunächst hatte die Wehr in der Neuen Schönhauserstraße 10 zu thun, wo Keller und Erdgeschoß auf dem Hofe der Roten Apotheke von Marggraff in Flammen standen. Die Ausdehnung des Brandheerds war auffallend groß. Da mehrere Familien dort wohnen, so war deren Lage recht unangenehm. Die Feuerwehr ging deshalb mit mehreren Schlauchleitungen erfolgreich vor. — Fast gleichzeitig brannte ein Lagerkeller Rosenthalerstr. 43, an der Ecke der Neuen Schönhauserstraße. Die Flammen hatten sich schon einen Weg über die Treppen gebahnt, als die Wehr eingriff. Gleichzeitig wurde ein Kellerbrand aus der Neuen Promenade gemeldet. Dort standen Oelfässer usw. in Flammen. Die Löschung dieses Brandes war eben erfolgt, als ein großer Kellerbrand vom Hackeschen Markt 3 gemeldet wurde. Später brannte ein Keller in der Landsbergerstr. 101. Ein sechster Kellerbrand wurde aus der Reichenbergerstr. 97 gemeldet. Ferner hatte die Feuerwehr noch mit der Löschung von Kellerbränden in der Neuen Königstr. 69, Großen Frankfurterstr. 80/81 u. a. O. zu thun. Nach Lage der Sache muß mit Brandstiftung gerechnet werden, da die Entstehung so vieler Brände in schnellster Aufeinanderfolge starke Verdachtsmomente liefert. Die Kriminalpolizei ist verständigt worden. Bei einer ähnlichen Brandstiftungs-Epidemie früherer Jahre in Kellerräumen waren Kinder die Thäter.

Eine kostspielige Kellerüberschwemmung gab es Montagnachmittag in der Neuen Friedrichstr. 82. Hier war in dem Lagerkeller der Lederhandlung von S. Fürst u. Comp. ein Haupt-Wasserrohr geplatzt, und das eindringende Wasser hatte dann den Keller vollständig unter Wasser gesetzt. Von den etwa 1000 Centner fertiger Lederhäute schwammen gegen 300 Centner in dem nassen Element herum. Eine Dampfspritze aus der Keibelstraße arbeitete stundenlang, um das Wasser auszupumpen. Dieses hatte eine braungelbe Färbung, die von dem Gerbstoff des Leders herrührte. Das auf diese Weise naßgewordene Leder ist stark entwertet, so daß der durch den Rohrbruch verursachte Schaden ein recht erheblicher ist.

In große Gefahr geriet am Montag mittag die Mamsell der Kassestube des Vereins für Volkshygiene in der Oranienburgerstraße. Der Spiritusapparat explodierte aus unbekannten Ursachen und die Kleider der Damen fingen Feuer. Durch das schnelle Eingreifen einiger Gäste blieb die Angestellte vor größeren Verletzungen bewahrt.

Neue freie Volksbühne. Wegen plötzlicher Erkrankung eines Hauptdarstellers muß die Vorstellung der 1. Abteilung auf Sonntag den 16. November, verschoben werden.

Der Turnverein „Fichte" hielt vorgestern im Saale der Brauerei Friedrichshain ein Künstlerkonzert ab, das in jeder Hinsicht befriedigend ausfiel. Der zahlreiche Besuch sowie die vortreffliche Ausführung des Programms bewiesen, daß die in Arbeiterkreisen rühmlich bekannte Vereinigung nicht allein den Leibesübungen ihr Recht werden läßt, sondern auch die geistige Anregung ihrer Angehörigen fördert. Unter der Leitung des Dirigenten Franz v. Blon spielte das Berliner Tonkünstler-Orchester den instrumentalen Teil, aus welchem die Wiedergabe der Ouverture zu Figaros Hochzeit und der Sonate in F-moll von Mendelssohn hervorgehoben sei. Die Hof-Opernsängerin Fräulein Hartwig erwarb sich durch den Vortrag einiger Lieder von Schubert, sowie durch ihre Mitwirkung im Vortrag von Venzanos Grande Valse wohlverdienten Beifall, während der Schauspieler Herr Max Laurence wirksam einige Dichtungen, so Fontanes Fritz Katzfuß recitierte. Der gute Verlauf der Veranstaltung wird hoffentlich weiter zum Gedeihen des Turnvereins „Fichte" beitragen.

Aus den Nachbarorten.

Wer ist Hausbesitzer im Sinne der Städte-Ordnung? Eine Entscheidung von principieller Bedeutung hat der Bezirksausschuß zu Potsdam in einer Klage des Maurers Mickler gegen die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung getroffen. Am 14. Februar dieses Jahres fand in Charlottenburg im vierten Wahlbezirk der dritten Wählerabteilung die Neuwahl eines Stadtverordneten statt, der bestimmungsgemäß Hausbesitzer sein mußte. Der Kläger war von unsern Genossen als Kandidat aufgestellt. Am 20. Januar d. J. hatte er mit seiner Ehefrau, welche Eigentümerin des Hauses Christstraße 4 zu Charlottenburg ist, einen notariellen Vertrag abgeschlossen, in welchem diese bekennt, ihrem Ehemanne ein Darlehn von 1000 M. zu schulden und ihm zu seiner Sicherung und Befriedigung den Nießbrauch an ihrem Hause bestellt. Auf Grund dieses Vertrages war Mickler am 1. Februar d. J. im Grundbuche der Stadt Charlottenburg als Nießbraucher eingetragen worden. Bei der Wahl wurde Mickler mit 726 von 1292 abgegebenen Stimmen gewählt; ein Einspruch gegen die Wahl wurde nicht erhoben. Trotzdem beschloß die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung, wie erinnerlich, die Wahl unter der Begründung für ungültig zu erklären, daß das Bürgerliche Gesetzbuch den Nießbrauch des Ehemanns am Vermögen der Ehefrau nur als Nutznießung bezeichne und als Begriff des Nießbrauchs nur den vertragsmäßig eingeräumten, nicht aber den gesetzlichen kenne. Der Vertrag, durch den Mickler den Nießbrauch an dem Grundstücke seiner Ehefrau erworben, sei nur ein Scheinvertrag und daher ungültig. Aber selbst wenn dieser Vertrag gültig wäre, so würde doch durch ihn Nießbrauch im Sinne des § 16 der Städte-Ordnung nicht begründet worden sein. Die Städte-Ordnung sei unter der Herrschaft des Allgemeinen Landrechts emaniert, ihr Sprachgebrauch daher nach diesem zu beurteilen. Das Allgemeine Landrecht unterscheide aber Nießbrauch und Antichrese und verstehe unter dem letzteren Rechtsbegriffe einen Vertrag, durch den einem Pfandgläubiger, der an sich keinen Anspruch auf den Ertrag des verpfändeten Grundstücks habe, durch Nebenvertrag Besitz und Ertrag des Grundstücks gewährt werde. Ein derartiges antichretisches Pfandrecht sei nur ein erweitertes Pfandrecht, kein Nießbrauchrecht im Sinne des § 16 der Städte-Ordnung. Diese Auffassung der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hat der Bezirksausschuß als rechtlich unzutreffend und thatsächlich irrig bezeichnet und ohne mündliche Verhandlung entschieden, daß unter Aufhebung des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung die Wahl Micklers für gültig zu erklären sei und die Kosten der Beklagten zur Last zu legen sind.

Am Mittwoch wird sich die Stadtverordneten-Versammlung darüber schlüssig zu machen haben, ob sie sich bei dem Urteil beruhigen oder von dem Rechtsmittel der Berufung Gebrauch machen will. Es ist zu erwarten, daß sie von der Berufung an das Oberverwaltungsgericht Abstand nehmen wird, da der höchste Gerichtshof erst vor kurzem, am 26. September 1902, in dem Fall unsres Genossen Faustner in Rixdorf dahin entschieden hat, daß grundsätzlich gemäß § 1363 des Bürgerlichen Gesetzbuches das Vermögen der Frau durch die Eheschließung der Verwaltung und Nutznießung des Mannes unterworfen wird, und daß zu diesem eingebrachten Gut auch das Vermögen gehört, das die Frau während der Ehe erwirbt. Nach § 1383 des Bürgerlichen Gesetzbuches aber erwirkt der Mann die Nutznießung des eingebrachten Gutes in derselben Weise und in demselben Umfang wie ein Nießbraucher. Die Einlegung der Berufung würde nur zur Folge haben, daß den Charlottenburger Steuerzahlern noch größere Kosten erwachsen, als ihnen durch die Ungültigkeitserklärung der Wahl Micklers durch die Mehrheit des Stadtparlaments bereits erwachsen sind.

Der Klempnermeister Heyden war in Lichtenberg auf der Frankfurter Chaussee im Dezember 1899 infolge von Glatteis ausgeglitten und hatte eine Gehirnerschütterung und Verletzung der Wirbelsäule davongetragen. Er verklagte im Civilprozeß die Besitzerin des fraglichen Terrains und den von dieser mit der Erfüllung der polizeilichen Verpflichtungen betrauten Gärtner Gullnick auf Schadensersatz. Gullnick, als für die Reinigung des Bürgersteiges verantwortlich, wurde darauf verurteilt. Jetzt hat aber ein Civilsenat des Kammergerichts die Entscheidung aufgehoben und Heyden mit folgender Begründung abgewiesen: Weder die Terraingesellschaft noch der Gärtner Gullnick seien für die ungenügende Reinigung verantwortlich, denn die Pflicht zur Reinigung der Bürgersteige und Straßendämme in Lichtenberg liege **nicht** den Eigentümern und ihren Vertretern ob, sondern der Gemeinde. Die örtliche Polizeiverordnung, welche die Unterhaltungs- und Reinigungspflicht den Straßenanliegern (Grundeigentümern) auferlege, sei rechtsungültig. Es seien stets die Gemeinden zur Unterhaltung und Reinigung der Straße einschließlich des Bürgersteiges verpflichtet, wenn nicht durch Observanz die Verpflichtung auf die Anlieger oder Mieter von anliegenden Grundstücken übergegangen sei. Eine solche Observanz sei aber für Lichtenberg nicht nachgewiesen.

Heyden muß nun gegen die Gemeinde klagen, wenn er seinen Anspruch nicht fallen lassen will.

Treptow-Baumschulenweg. In unserm Weiblatte, dem „Treptower Anzeiger", salbadert in der Sonntagsnummer ein P. S. über unsre letzten Gemeindevertreterwahlen. Eine „Kraftprobe" nennt P. S., nach einem aus der gleichen Werkstatt stammenden Artikel des „Teltower Kreisblattes", den Beschluß des Wahlvorstandes, nach welchem die Stichwahl am Sonntag stattfinden sollte. Die Herren Socialdemokraten hätten alles versucht, um ihren Willen durchzusetzen, aber die Aufsichtsbehörde — d. h. der Landrat — sei energisch eingeschritten und habe einfach dekretiert, daß die Wahl am Dienstag stattzufinden habe. Für einen Subalterngeist, der in jedem Schneuzen der geheiligten Person des Herrn Landrats einen weltgeschichtlichen Akt erblickt, mag das ja von überwältigender Wirkung sein und die socialdemokratischen Arbeiter von Treptow haben auch gar nichts dagegen, wenn P. S. sich aus Freude über das Eingreifen der Behörden auf den Kopf stellt und mit den Beinen in der Luft herumfuchtelt. Nur vom Bescheide des Herrn Regierungspräsidenten, den die beiden Beisitzer auf eingelegte Beschwerde erhalten haben, thäte P. S. klüger zu schweigen. Denn in diesem spiegelt jede der gequälten Zeilen die Verlegenheit wieder, in der der Regierungspräsident sich infolge der Beschwerde befand. Muß der Regierungspräsident doch im Eingange seines Bescheides bedingungslos zugeben, daß die Wahl am Sonntag gesetzlich zulässig war und zum Schluß deckt er den Landrat durchaus nicht voll, sondern behilft sich mit der charakteristischen Wendung, nachdem an der Sache doch nichts mehr zu ändern ist, kann es bei der Anordnung des Herrn Landrats sein Bewenden haben.

Also mit diesem Bescheide kann P. S. für die Sache der „Ordnung" wirklich keinen Staat machen und im übrigen ist es ja, um ein Wort Bismarcks zu gebrauchen, auch völlig Wurscht, welche Meinung Landrat, Regierungspräsident ꝛc. von der Sache haben. Denn nicht sie haben in letzter Linie zu entscheiden, sondern das „Von Rechts wegen". Von diesem heillen Kapitel schweigt P. S. aber aus guten Gründen fein säuberlich still. Würde das Philisterium doch dabei die entsetzliche Mär vernehmen, daß das Ober-Verwaltungsgericht bereits im Sinne der von der socialdemokratischen Arbeiterschaft vertretenen Auffassung entschieden hat.

Dagegen scheint P. S. die Gabe des Hellsehens oder zweiten Gesichtes wie die Schottländer sagen, in hohem Maße zu besitzen. Nicht nur muß er den Inhalt der Zuschrift des Regierungspräsidenten an die beiden Wahlvorstands-Beisitzer, die von diesen dritten Personen bisher nicht mitgeteilt wurde, im Geiste erschaut haben, er behauptet auch unter dem 9. November, „daß von der unterlegenen Partei (den Arbeitern) ein Wahlprotest gegen die Gültigkeit der Wahl eingelegt worden ist", während der Protest erst am 10. November dem Herrn Gemeindevorsteher zugestellt wurde.

Dann huldigt P. S. den bürgerlichen Mannen von Treptow, die kühnen Muthes mit ihren hektographierten Papierwählern einen grausigen Feind niederrangen, der — lachend zu Hause geblieben war, und den Schluß bildet wieder eine tiefe Reverenz vor der Aufsichtsbehörde, der jeder gute Bürger auf den Knien danken müsse, daß sie in der „Kraftprobe" die bösen Roten so energisch bezwungen habe. Nicht nur auf die socialdemokratischen Arbeiter Treptows, sondern auch auf die der übrigen Vororte habe dieser Ausgang sehr deprimierend gewirkt, sie allesamt hätten nun in solchen „Kraftproben" ein Haar gefunden.

O liebe, heilige Einfalt von P. S.! Die Socialdemokraten von Treptow-Baumschulenweg sind über den Gang der Dinge, der es mit sich gebracht hat, daß sie sogar die Verteidigung der erzreaktionären Landgemeinde-Ordnung übernehmen müssen, während das Bürgertum nur noch unter den Fittichen der heißgeliebten Aufsichtsbehörde sein verkümmertes und verkrüppeltes Geistesleben fristen kann, höchlichst vergnügt. Auch die socialdemokratischen Arbeiter der übrigen Vororte lassen ob des Ausganges unsrer „Kraftproben" durchaus nicht den Kopf hängen, sondern sie verfolgen, in richtiger Würdigung der in unsrer Gemeinde für die Arbeiter so außerordentlichen ungünstigen Gesamtverhältnisse mit großem Interesse die von uns geführten Kämpfe. Und wer schließlich in diesen sogenannten „Kraftproben" nicht nur ein Haar, sondern wahrscheinlich etliche Haare von recht hübschen Dimensionen finden wird, ob die unter dem Banner der Freiheit für Recht und Gerechtigkeit kämpfende Socialdemokratie, oder das von der Aufsichtsbehörde beschirmte und geleitete für Cliquenwirtschaft schwärmende Bürgertum, die Entscheidung dieser Frage können wir Socialdemokraten getrost der Zukunft überlassen.

Steglitz. Die Gemeindevertretung genehmigte in ihrer letzten Sitzung die Annahme eines Vermächtnisses von 22 000 M., das der verstorbene Rentier Emil Lademann gestiftet hatte. Von den Zinsen sollen alte oder kranke Personen, die keine Armen-Unterstützung erhalten, mit Brennmaterial versorgt werden. — Nach einer Mitteilung des Gemeindevorstehers ist nunmehr — nach ungefähr einem Jahr — das Gewerbegerichts-Statut genehmigt und sind die Wahlvorbereitungen im Gange.

Die Erweiterung der hiesigen Realschule zu einer Ober-Realschule wurde mit der Maßgabe beschlossen, daß das Schulgeld wie beim Gymnasium auf 136 M. erhöht wird. Gleichzeitig sollen die Schulgeld-Freistellen für begabte unbemittelte Schüler von 7 auf 10 Proz. erhöht werden.

Der Antrag des Gemeindevorstehers, „zur Bekämpfung der Völlerei" die Erteilung der (sogenannten halben) Schankkonzession von der Bedürfnisfrage abhängig zu machen, wurde abgelehnt gegen ganze drei Stimmen. Außer den Socialdemokraten erklärten sich auch die andern Parteien gegen eine Erweiterung der Polizeibefugnisse. Die Schattenseiten der Polizeiallmacht scheinen, seit der Beamten-Wohnungsverein ohne Baukonzession bauen konnte, auch den Hausagrariern aufzudämmern. — Für die öffentliche Lesehalle wurde eine jährliche Beihilfe von 400 M. bewilligt. — Ferner wurde eine Kommission gewählt, die die Rentabilität und Anlagekosten einer eventuellen Straßenbahnverbindung Steglitz—Dahlem—Grunewald prüfen soll. Zur Förderung der Vorarbeiten wurden 1000 M. bewilligt.

Spandau. Zu der projektierten Verlegung des Bahnhofes an das rechte Havelufer verlangte der Eisenbahnfiskus von der Stadt einen Zuschuß von zwei Millionen Mark. Die Verkehrsdeputation wollte eine Million bewilligen, der Magistrat setzte diesen Betrag auf 600 000 M. herab. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde diese Angelegenheit erörtert. Unser Parteigenosse Rieger teilte mit, daß die socialdemokratische Fraktion keinen Pfennig Zuschuß bewilligen werde, da die Beseitigung der heutigen Mißstände schon längst Pflicht des Eisenbahnfiskus gewesen wäre. Einen ähnlichen Standpunkt nahm der konservative Stadtverordnete Dr. Engelhardt ein, während der Oberbürgermeister und Herr Jenne für den Zuschuß sprachen. Eine Abstimmung wurde trotz eines dahingehenden Antrages unsrer Parteigenossen nicht vorgenommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 6. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Neues über die Märzrevolution. — Cornelie Huygens zum Gedächtnis. Von Max Grunwald. — Die englischen Utilitarier. Von M. Beer. — Ueber die Grenzen der öffentlichen Gesundheitspflege in der heutigen Gesellschaftsordnung. Von Dr. Ludwig Teleky (Wien). — Die Kapitalkonzentration in den Vereinigten Staaten. Von A. H. Simons (Chicago). — Der Versuch einer Personaldesteuerung. Von Hans Markwald. — Bergbau und Bergarbeiter. Von O. Hué. — Litterarische Rundschau: Leo Berg, Henrik Ibsen. Brockhaus' Konversationslexikon.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit" unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Witterungsübersicht vom 10. November 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	761	SSW	3	Dunst	7	Haparanda	756	S	2	Nebel	2
Hamburg	760	SW	4	wolkenl	5	Petersburg	767	OSO	1	bedeckt	0
Berlin	762	SW	2	wolkig	7	Cork	755	SSW	4	bedeckt	11
Frankf./M.	764	WSW	2	bedeckt	5	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	766	SW	3	wolkig	6	Paris	764	SSW	3	wolkenl	4
Wien	766	Still	—	bedeckt	5						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 11. November 1902.

Zunächst meist heiter, nachts etwas kühler, am Tage ziemlich warm bei mäßigen südlichen Winden; später Trübung und leichter Regen.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.